

Stenographisches Protokoll.

2. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. III. Gesetzgebungsperiode.

Donnerstag, 19. Mai 1927.

Inhalt.

Personalien: Urlaube (39).

Bundesregierung: Bericht des Hauptausschusses, betr. die Wahl der Bundesregierung — Berichterstatter Dr. Fink (8).

Wahl der Bundesregierung (8).

Erklärung, betr. die Annahme des Amtes seitens des Bundeskanzlers Dr. Seipel (9).

Bußchrift des Bundeskanzlers, betr. die Angelobung der neuen Bundesregierung durch den Bundespräsidenten und die Einthebung der bisherigen Bundesregierung vom Amte (9).

Bußchrift des Bundeskanzleramtes: Vorlage der auf Grund des § 6, Absatz 4, des Bundesverfassungsgesetzes in der Zeit vom 1. März bis 30. April 1927 für das Burgenland erlassenen Verordnungen — Zuständige Ausschüsse (39).

Regierungsvorlagen, betr.: 1. Regelung des Mittelschulwesens (Mittelschulgesetz) (B. 1);

2. Bürgerlichschulnovelle (B. 2);

3. Errichtung eines Bundesministeriums für Justiz (B. 3);

4. Ergänzung des Bundesgesetzes vom 30. Juli 1925, über den Erwerb und den Verlust der Landes- und Bundesbürgerschaft (B. 4);

5. Soldatenversorgungsgesetz (B. 5);

6. Protokoll über die Schiedsklausuren (B. 6);

7. Änderungen der Notariatsordnung (B. 7);

8. Behandlung junger Rechtsbrecher (Jugendgerichtsgesetz) (B. 8);

9. Erweiterte Vormundschaft (B. 9);

10. Dritte Zolltarifnovelle (B. 10);

11. Übereinkommen zwischen Österreich und Italien zur Beendigung der restlichen, zwischen dem österreichischen und dem italienischen Prüfungs- und Ausgleichsamte anhängigen Forderungen (B. 11);

12. Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Republik über die steuerliche Behandlung von Eisenbahn- und Schifffahrtsunternehmungen (B. 12);

13. Bericht über die Vorschläge der I. Internationalen Arbeitskonferenz in Washington vom Jahre 1919 (B. 13);

14. Bericht über den Entwurf eines von der I. Internationalen Arbeitskonferenz angenommenen Übereinkommens über die Beschäftigung der Frauen vor und nach der Niederkunft (B. 14);

15. Bericht über den Entwurf eines von der I. Internationalen Arbeitskonferenz angenommenen Übereinkommens über das Mindestalter für die Zulassung von Kindern zur gewerblichen Arbeit (B. 15);

16. Bericht über die Beschlüsse der II. Internationalen Arbeitskonferenz in Genua vom Jahre 1920 (B. 16);

17. Bericht über die Vorschläge der III. Internationalen Arbeitskonferenz in Genf vom Jahre 1921 (B. 17);

18. Bericht über den Entwurf eines von der III. Internationalen Arbeitskonferenz angenommenen Übereinkommens über die Arbeitsunfallentschädigung in der Landwirtschaft (B. 18);

19. Bericht über den Vorschlag der VI. Internationalen Arbeitskonferenz in Genf vom Jahre 1924 über die Ausnutzung der Freizeit der Arbeiter (B. 19);

20. Bericht über den von der VII. Internationalen Arbeitskonferenz in Genf im Jahre 1925 angenommenen Entwurf eines Übereinkommens über die Entschädigung aus Anlaß von Betriebsunfällen, den Vorschlag über die Mindestsätze der Entschädigung aus Anlaß von Betriebsunfällen und den Vorschlag über die Rechtsprechung in Streitigkeiten bei Entschädigung aus Anlaß von Betriebsunfällen (B. 20);

21. Bericht über den von der VII. Internationalen Arbeitskonferenz in Genf im Jahre 1925 angenommenen Entwurf eines Übereinkommens und den Vorschlag über die Gleichbehandlung einheimischer und ausländischer Arbeitnehmer bei Entschädigung aus Anlaß von Betriebsunfällen (B. 21);

22. Bericht über den von der VII. Internationalen Arbeitskonferenz angenommenen Entwurf eines Übereinkommens und den Vorschlag über die Entschädigung aus Anlaß von Berufskrankheiten (B. 22);

23. Förderung des Luftverkehrs (B. 23);

24. Tiroler Landesschulratsgesetz (B. 24);

25. III. Schulgesetznovelle für Tirol (B. 25);

26. Beitritt Österreichs zum Völkerbund (B. 26);

27. Änderungen der Völkerbundsatzung (B. 27) (39).

Verhandlung: Regierungserklärung — Bundeskanzler Dr. Seipel (9) — Antrag Sefer auf Eröffnung der Debatte (12) — Glöckel (12 u. 36), Kunisch (23), Dr. Wotawa (30), Dr. Schönbauer (34).

Ausschüsse: Wahl eines Finanz- und Budgetausschusses, Justizausschusses, Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft, Ausschusses für soziale Verwaltung, Verfassungsausschusses, Zollausschusses, Rechnungshofausschusses, Ausschusses für Erziehung und Unterricht, Ausschusses für Handel, Ausschusses für Heereswesen, Ausschusses für Verkehrsweisen und Unvereinbarkeitsausschusses (37 bis 39). Konstituierung des Hauptausschusses (8).

Unterbrechung der Sitzung (9).

Eingebracht wurden:

Anträge: 1. Dr. Gräler, betr. die Errichtung von Kammern für öffentliche Angestellte (16/A);

2. Dr. Ferzabek, betr. Schaffung eines Gesetzes gegen Missbrauch und zur weitgehenden Anwendung der Versuche an lebenden Tieren (Bivisektionen) (17/A);

3. Sefer, Adelheid Popp, auf ein Bundesgesetz über die Führung der Standesregister (18/A);

4. Sefer, Adelheid Popp, betr. das Ehrerecht (19/A);

5. Gareter, Meißner, Sailer, auf ein Bundesgesetz über die Regelung der Schulaufsicht im Burgenlande (20/A);

6. Böltzer, Schneeberger, Hammerstorfer, Müller, Duda, betr. den Pächtererhitz (21/A);

7. Gareter, Müller, Lagger, Schneeberger, auf ein Bundesgesetz, betr. grundjährige Bestimmungen über die Agrargemeinschaften (22/A);

8. Popp, Prost, Leutnner, Zelenka, auf ein Gesetz über die Gleichstellung der Geschlechter im Familiengerichtsrecht (23/A);

9. Gierlinger, Dr. Hofer, Gürler Johann, Bauer Franz, Duscher, wegen Unterstützung der durch Hagelschlag, Frost- und Wolkenbruchkatastrophen im Monate Mai schwer heimgesuchten Gebiete des Mühlviertels (24/A);

10. Lagger, Fallo, Gabriel, Tüch, für die durch das Brandungslück in Annabichl bei Klagenfurt Geschädigten (25/A);

11. Dr. Eisler, Högl, Schiegl, Töstner, über die Verteilung der Schäden der Geldentwertung (26/A);

12. Dr. Fink, Födermair, Buchinger, Pirchegger, Haueis, Geisler, Binder, Gritschacher, betr. die Beseitigung von Härten in der bestehenden Steuer- und Gebühren- gesetzesgebung für Landwirte (27/A).

Auftragen: 1. Paulitsch, Gritschacher, Handelsminister, betr. die Einrichtung von staatlichen Kraftwagenfahrten (2/I);

2. Paulitsch, Gritschacher, Handelsminister, betr. die Bahnverbindung Lavanttal—Unterdrauburg—Klagenfurt und umgekehrt (3/I);

3. Paulitsch, Gritschacher, Bundesminister für Landwirtschaft, betr. Hilfe für Besitzer, die wirtschaftlich durch Umstehen von Pferden infolge schwarzer Hornwinde schwer geschädigt sind (4/I);

4. Zwanziger, Muchitsch, Handelsminister, betr. die Graz-Köflacher Eisenbahn- und Bergbau-A. G. (5/I).

Verteilt wurden:

Regierungsvorlagen B. 1 und 2.

Präsident **Miklas** eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min. vorm.

Der Hauptausschuss hat sich konstituiert und gewählt:

zum Obmann: den Präsidenten Miklas;

zum 1. Obmannstellvertreter: den Präsidenten Ederlisch;

zum 2. Obmannstellvertreter den Abg. Dr. Botawa.

Es wird zur T. O. übergegangen. Der erste Punkt der T. O. ist der Bericht des Hauptausschusses über den Wahlvorschlag für die Wahl der Bundesregierung.

Dr. Fink: Hohes Haus! Der Hauptausschuss hat sich in seiner gestrigen Sitzung mit dem Wahlvorschlag für die Neuwahl der Bundesregierung befasst und beschlossen, dem Nationalrat folgenden Gesamtvorschlag zu erstatten (liest):

„Der hohe Nationalrat wolle gemäß Artikel 70 Bundes-Verfassungsgesetz wählen:

den Abg. Dr. Ignaz Seipel zum Bundeskanzler,

den Abg. Karl Hartleb zum Vizekanzler,

den Abg. Richard Schmitz zum Bundesminister für Unterricht,

den Präsidenten des Kuratoriums des Kriegs- geschädigtenfonds Dr. Josef Neß zum Bundesminister für soziale Verwaltung,

den Abg. Dr. Viktor Kienböck zum Bundesminister für Finanzen,

den Abg. Andreas Thaler zum Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft,

den Abg. Dr. Hans Schürff zum Bundesminister für Handel und Verkehr,

den Abg. Karl Baugoin zum Bundesminister für Heereswesen,

fernern den Abg. Dr. Franz Dinghofer zum Bundesminister gemäß Artikel 78, Absatz 1, Bundes-Verfassungsgesetz.“

Ich ersuche um Annahme dieser Vorschläge.

Präsident: Wünscht jemand zu diesem Vorschlag des Hauptausschusses das Wort? (Nach einer Pause:) Es ist nicht der Fall. Ich werde daher sogleich zur Wahl schreiten. Die Wahl findet gemäß § 58 der Geschäftsordnung in namentlicher Abstimmung unter Benutzung der in der Rade jedes einzelnen Abgeordneten befindlichen Stimmzettel statt. Ich bemerke das für die neuen Mitglieder des Hauses. Jene Abgeordneten, welche dem Vorschlag des Hauptausschusses zustimmen, wollen sich der weißen Stimmzettel, die auf „Ja“ lauten, bedienen, jene, die den Vorschlag des Hauptausschusses ablehnen, wollen sich der rotafarbenen Stimmzettel, die auf „Nein“ lauten, bedienen.

Ich ersuche nunmehr die Beamten des Hauses, mit dem Einsammeln der Stimmzettel vorzugehen. (Nach Abgabe der Stimmzettel:)

Die Stimmenabgabe ist geschlossen. Zur Annahme der Stimmenzählung unterbreche ich die Sitzung auf einige Minuten. (Nach Wiederaufnahme der Sitzung:)

Hohes Haus! Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf und teile das Ergebnis der Wahlabstimmung mit. Die Zahl der abgegebenen Stimmen beträgt 164, somit die absolute Mehrheit 83. Für den Antrag mit „Ja“ haben gestimmt 94 Abgeordnete, gegen den Antrag mit „Nein“ 70. Damit ist der Vorschlag des Hauptausschusses mit Mehrheit genehmigt. (Lebhafter Beifall.)

Mit „Ja“ stimmten die Abg.: Aigner, Ammann, Bauer Franz, Bichl, Binder, Birbaumer, Brinnich, Buchinger, Buresch, Burgstaller, Clessin, Dersch, Deiwathy, Dinghofer, Drexel, Duscher, Eisenhut, Ertl, Fahrner, Fink, Födermair, Gangl, Geisler, Geyer, Gierlinger, Graiter, Gritschacher, Gürler Alfred, Gürler Johann, Hampel, Hartleb, Haueis, Heigl, Heini, Heizinger, Heuberger, Hofer, Hollersbacher, Jerzabek, Kern, Kienböck, Klemayr, Klimann, Klug, Kneifl, Kolb, Kollmann, Kunzhal, Lestkowar, Luttenberger, Manhalter, Markschläger, Mataja, Mayerhofer, Miklas, Odehnal, Delzelt, Parrer, Partif, Paulitsch, Pichler, Pirchegger, Pistor, Raab, Ramer, Rauhofer, Rintelen, Schnitz, Schönauer, Schönsteiner, Schürff, Schuschnigg, Seipel, Spalowsky, Steiner, Straffner, Streeruwitz, Strießnigg, Tauschitz, Teufl, Thaler, Unterberger, Baugoin, Volker, Waber, Wagner, Waß, Weidenhoffer, Wiesmayer, Wollef, Botawa, Zangl, Zarboch, Zauner.

Mit „Nein“ stimmten die Abg.: Abram, Allina, Auerlätz, Bauer Alois, Bauer Otto, Baumgärtel,

Boschek, Brachmann, Danneberg, Deutsch, Domes, Duda, Ebner, Eisler, Eldersch, Ellenbogen, Falle, Forstner, Gabriel, Glöckel, Hammerstorfer, Hareter, Hartmann, Hermann, Hohenberg, Hözl, Horvatsek, Hueber, Janecek, Janicki, Klimberger, Lagger, Lafer, Leuthner, Meißner, Moßhammer, Mutschitsch, Müller, Pich, Plasser, Pölzer, Popp, Probst, Prost, Renner, Richter, Rieger, Rösch, Sailer, Scheibein, Schiegl, Schlesinger, Schneeberger, Schneidmädl, Seidel, Amalie, Seidel Richard, Seitz, Sever, Skaret, Smitka, Stika, Strunz, Tomschik, Tusch, Volkert, Weisser, Witternigg, Wizany, Zelenka, Zwanziger.

Ich richte nunmehr an den gewählten Herrn Bundeskanzler Abg. Dr. Seipel die Frage, ob er und die mit ihm gewählten Mitglieder der Bundesregierung gewillt sind, diese Wahl anzunehmen.

Bundeskanzler Dr. Seipel: Im Namen der soeben zu Mitgliedern der Bundesregierung gewählten Kollegen und in meinem eigenen Namen erkläre ich, diese Wahl anzunehmen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Präsident: Der Herr Bundeskanzler hat die Annahme der Wahl in seinem eigenen Namen wie im Namen der übrigen Mitglieder der Bundesregierung erklärt.

Um nun der neugewählten Bundesregierung die Möglichkeit zu geben, die Angelobung in die Hand des Herrn Bundespräsidenten zu leisten, unterbreche ich die Sitzung bis 2 Uhr nachmittags.

(Unterbrechung der Sitzung von 11 Uhr 30 Min. vorm. bis 2 Uhr 10 Min. nachm.)

Hohes Haus! Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf. (Die Mitglieder der neugewählten Bundesregierung nehmen ihre Plätze auf der Ministerbank ein. — Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Zwischenrufe.)

Hohes Haus! Mir ist folgende Zuschrift des Herrn Bundeskanzlers zugestellt (liest):

„An den Herrn Präsidenten des Nationalrates!

Ich beeibre mich, die Mitteilung zu machen, daß die vom Nationalrat in seiner heutigen Sitzung gemäß Artikel 70 des Bundes-Verfassungsgesetzes gewählte, unter meinem Vorsitz stehende Bundesregierung am heutigen Tage vom Herrn Bundespräsidenten angelobt wurde und daß somit die Mitglieder dieser Bundesregierung heute ihr Amt angetreten haben. Gleichzeitig hat der Herr Bundespräsident die mit der Fortführung der Geschäfte betraute bisherige Bundesregierung vom Amt enthoben.

Wien, 19. Mai 1927.

Seipel.“

Die neugewählte Bundesregierung ist im Hause erschienen. Zum Worte hat sich gemeldet der Herr Bundeskanzler Dr. Seipel. Ich erteile ihm das Wort.

Bundeskanzler Dr. Seipel: Hohes Haus! Zum fünftenmal in drei verschiedenen Gesetzgebungsperioden hat mich die Wahl durch den Nationalrat auf diesen Platz gestellt. Ich hoffe, daß meine Kollegen und ich der uns gestellten Aufgabe gerecht werden können. Dazu brauchen wir nächst der Hilfe Gottes das Vertrauen der Volksvertretung und die rege Mitarbeit unserer wackeren und opferwilligen Beamenschaft. Volksvertretung und Beamenschaft gilt mein erster Gruß nach der Wiederwahl zum Bundeskanzler.

Die parlamentarische Arbeitmehrheit hat diesmal eine Veränderung erfahren. Seit 1922 hatten zwei Parteien, die christlichsoziale und die großdeutsche, die Regierung gestellt und getragen. Die Abgeordneten des Landbundes hatten zwar die Regierungen, die bisher meinen Namen trugen, mitgewählt. Diesmal sind sie in die Arbeitsmehrheit und in die Regierung selbst eingetreten und werden daher in Zukunft auch das gleiche Maß an Verantwortung tragen wie die bisherigen Mehrheitsparteien. Darauf gehen die wenigen Veränderungen in der Regierung zurück.

Als neuen Mann, als den ersten Minister aus der Partei des Landbundes, stelle ich Ihnen den Herrn Abg. Hartleb vor, den Sie zum Vizekanzler gewählt haben.

Der bisherige Vizekanzler Dr. Dinghofer wird der Regierung für, wie ich hoffe, kurze Zeit als Minister, ohne mit der Leitung eines der Bundesministerien betraut zu sein, angehören. Einem Bedenken der mit der Rechtspflege Besaßten entsprechend, das niemals verstimmt ist und in der jüngsten Zeit starken Widerhall in der weitesten Öffentlichkeit gefunden hat, ist dem hohen Hause bereits eine Gesetzesvorlage auf Wiedererrichtung eines selbständigen Justizministeriums zugegangen. Sobald sie Gesetz geworden sein wird, werde ich dem Nationalrat vorschlagen, den Minister Dr. Dinghofer zum Justizminister zu wählen. In der Zwischenzeit wird er die Überführung der Sektion IV des Bundeskanzleramtes in die Form eines selbständigen Ministeriums vorbereiten. Da eine finanzielle Mehrbelastung mit der eben angeregten Änderung in der Abgrenzung der Bundesministerien nicht verbunden ist, wird sie wohl keinen Schwierigkeiten begegnen, so daß ich hoffen darf, die Leitung der Justizangelegenheiten recht bald in die Hände des bewährten Kollegen zurücklegen zu dürfen.

Die Zahl der Minister übersteigt auch jetzt jene Grenze nicht, die durch die bekannte außerordentliche Kabinettsratverordnung vom Jahre 1923 bezo gen wurde. Sie ist vermehrt worden, damit die Regierungsmehrheit verbreitert werden konnte. Ja, meine Frauen und Herren, so ist es. Ich finde in dieser Feststellung keinen Vorwurf, im Gegenteil. Aus den Parteien des Nationalrates eine möglichst

feste Arbeitsmehrheit herzustellen, ist die erste Aufgabe, die der Mann zu lösen hat, der zur Führung des Kabinetts bestimmt ist. Diese Aufgabe habe ich in den paar Wochen seit dem Wahltag als meine wichtigste Arbeit betrachtet. Das Ergebnis dieser Arbeit ist die neue Regierung. Es schien uns wünschenswert und nützlich, die Arbeitsmehrheit zu vergrößern; es schien uns notwendig, daß alle Parteien der Arbeitsmehrheit in der Regierung vertreten seien. Deswegen haben wir die Regierung erweitert, allerdings im allerbescheidensten Maß, das möglich war. Wir haben dabei nichts zu verleugnen und nichts zu verschleiern.

Die Regierungsmehrheit setzt sich aus drei durchaus selbständigen Parteien zusammen, was auch in der Obmännerkonferenz und bei der Besetzung der Ausschüsse zum Ausdruck kommt. Weder das Zusammengehen zweier dieser Parteien im Wahlkampf noch der Eintritt der dritten in die Regierung hat daran etwas geändert. Es sind auch keineswegs geringfügige Unterschiede, die die Programme der Mehrheitsparteien voneinander trennen. Was sie zusammengeführt hat und zusammenhalten wird, ist der Wille des Volkes nach einem arbeitsfähigen Parlament. Alle wissen, daß der gegenwärtige Nationalrat wichtige Aufgaben zu erfüllen haben wird, aber auch, daß er nicht alles wird leisten können, was überhaupt in Österreich noch einer gesetzgeberischen Lösung harrt. Es muß daher eine Auswahl getroffen werden. Die Mehrheitsparteien meinen, daß die seit dem Kriege nicht überwundenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten aller Stände und Berufe unseres Volkes am dringendsten der Abhilfe durch die gemeinsame Arbeit aller bedürfen. Deswegen haben sie sich gegenseitig verpflichtet, alles andere, was sie trennen könnte, zurückzustellen. Die Parteien, die heute die Regierung wählten, haben den festen Willen, ihre ganze Kraft der Arbeit zur Überwindung des wirtschaftlichen Notstandes zu widmen. (Zustimmung.)

Die Aufgaben, die der neue Nationalrat und die neue Regierung zu bewältigen haben werden, sind groß. Es scheint, daß wir uns jener Ära nähern, in der nach Überwindung der letzten politischen oder eigentlich psychologischen Nachwirkungen des Weltkrieges die Völker Europas ihren dauernden Platz mit- und nebeneinander finden werden.

Außenpolitisch sind wir für eine solche Zeit gut vorbereitet. Wir unterhalten mit allen Staaten freundliche Beziehungen, und wir werden uns bemühen, dieses gute Verhältnis nicht nur zu erhalten, sondern soweit als möglich auszubauen und zu vertiefen. Die alarmierenden Nachrichten über das gegenseitige Verhältnis zweier unserer Nachbarstaaten und die sich daran knüpfenden Besorgnisse, die in den letzten Wochen mancherorts laut geworden sind, haben sich glücklicherweise als übertrieben erwiesen. Wir hoffen zuversichtlich und sind überzeugt,

dß es der Einsicht und dem guten Willen der in Betracht kommenden Regierungen gelingen wird, alle etwa bestehenden Missverständnisse aus dem Wege zu schaffen. Auch die mancherlei Gerüchte, die in gleicher Weise das jüngste unserer Bundesländer, das Burgenland, beunruhigten, wie sie unsere freundnachbarlichen Beziehungen zu Ungarn zu föhren drohten, waren unbegründet. (Beifall.) Wir sind froh darüber; denn an der ungestörten Erhaltung einer Atmosphäre des Friedens und des Vertrauens ist niemand stärker interessiert als wir.

Wenn wir irgendwo Schwierigkeiten haben, die übrigens bisher nirgends die diplomatischen Beziehungen beeinträchtigen konnten, so sind sie handelspolitischer Natur. Damit stehen wir aber nicht allein. Auch die Staaten, die sich traditionell am nächsten sind, die großen gerade so wie die kleinen, ringen noch miteinander, um gegenseitig ihren Wirtschaften die für sie besten Lebensmöglichkeiten zu sichern. Ich freue mich, feststellen zu können, daß die Verhandlungen über die Erneuerung der gefündigten Zusabkommen zum Handelsvertrag mit der Tschechoslowakei, trotzdem es einstweilen zu einem vertragslosen Zustand kam, fortgeführt werden konnten und eine baldige Einigung erwarten lassen. Mit anderen Staaten versuchten wir auf der Grundlage von Vereinbarungen ohne vorherige Kündigung der Verträge möglichst weit zu kommen. Wir haben auch bereits — zum Beispiel mit Jugoslawien — einiges erreicht. Im Gange sind auch Verhandlungen mit Italien wegen Ergänzung des geltenden Tarifabkommens sowie mit Frankreich.

Was den Grad der Herzlichkeit unserer Beziehungen zu anderen Staaten anlangt, spielt nichts eine größere Rolle als das Schicksal jener Bürger dieser Staaten, die mit uns gleichen Blutes und gleicher Sprache sind. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Wenn wir uns auch immer der Schranken bewußt sind, die uns dadurch gezogen sind, daß es sich um Bürger fremder Staaten handelt, zu deren diplomatischem Schutz wir nicht berufen sein können, so sind es doch lebendige Nervenstränge, die das Volk von hüben und drüben miteinander verbinden. Das Zittern, das zuzeiten durch diese Nerven ging, hat zwar nicht unsere Außenpolitik, aber doch mitunter den Ton in der öffentlichen Auseinandersetzung beeinflußt. Ich kann nur hoffen, daß wir in dieser Beziehung besseren Zeiten entgegengehen, als es die letzten Jahre waren. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Ganz besonders am Herzen liegt uns die Aussgestaltung der Beziehungen zu unseren Brüdern im Deutschen Reich. (Stürmischer, unhaltender Beifall.) Auf allen geistigen Gebieten kann das Verhältnis nicht mehr enger werden (lebhafte Zustimmung); es ist in unserer gemeinsamen Abstammung, Kultur und Geschichte begründet. Dazwischen darüber hinans

auch jede wirtschaftliche und sonstige Annäherung der beiden Staaten fördern und wünschen, die je nach der Zeitlage möglich und zulässig ist, weiß alle Welt. Die österreichische Außenpolitik ändert sich auch im neuen Nationalrat nicht. Nicht nur nicht, was die Person ihres Leiters betrifft, sondern auch nicht in ihren Zielen und Methoden.

An den Arbeiten des Völkerbundes nehmen wir regen Anteil, ebenso an allem, was unter seiner Ägide geschieht. Unsere Delegierten zur Weltwirtschaftskonferenz sind zum Teil noch in Genf, zum Teil sind sie zurückgekehrt, um an der Konstituierung des hohen Hauses teilzunehmen. Ohne von der Weltwirtschaftskonferenz eine sofortige grundstürzende Änderung der Wirtschaftspolitik zu erwarten, nehmen wir sie doch ernst. Die Regierung hat vor, den Nationalrat einzuladen, sich ehestens mit den Ergebnissen der Weltwirtschaftskonferenz zu befassen. Sie hofft, dabei eine Aussprache ohne Leidenschaft über die wirtschaftlichen Probleme überhaupt und die Mittel, ihrer Herr zu werden, zu erreichen. Die Wirtschaftsfragen müssen so behandelt werden können, denn die Wirtschaft ist und bleibt eine Einheit, in der das Wohl der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, der ländlichen und der städtischen Bevölkerung in gleicher Weise beschlossen ist. Wenn der Nationalrat durch die Art und Form, wie er gerade diese Fragen behandelt, zeigt, daß er sich dessen bewußt ist, wird er sein Ansehen und das Vertrauen zu ihm festigen. Wie die Regierung ihrerseits derartige Fragen behandelt, hat sie bei der Neuinbringung der Zolltarifnovelle gezeigt, die sie ohne wesentliche Änderungen so vorlegt, wie sie schon den früheren Nationalrat beschäftigte. Das Weitere ist Sache des Nationalrates. Die Regierung vermeidet jedenfalls, ohne von dem, was sie als recht und notwendig erkannt hat, abzugehen, alles, was dem neuen Parlament die Arbeit erschweren könnte.

Ein Musterbeispiel, wie eine ernste wirtschaftliche Frage ersten Ranges nicht behandelt werden soll, war die Behinderung jeder Beratung des Mietensproblems im alten Nationalrat. (Lebhafte Zwischenrufe.) Die Regierung hält die Schaffung eines modernen Mietensrechtes für unerlässlich. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) — Stürmische anhaltende Zwischenrufe. — Sever: Da werden Sie nicht viel Glück haben! — Dr. Deutsch: Vor den Wahlen las man's anders! — Leuthner: Da werden Sie sich sehr täuschen! Was war es mit den Plakaten? — Sever: Euer Versprechen während der Wahlen werden wir einhalten! — Andauernde stürmische Zwischenrufe und Lärm.)

Präsident (gibt wiederholt das Glockenzeichen): Ich ersuche um Ruhe.

Bundeskanzler Dr. Seipel: Ob es schon ein definitives oder zunächst noch ein für eine gewisse Übergangszeit berechnetes sein wird, mag dahin-

gestellt bleiben. Sie möchte es sich aber vorbehalten, selbst eine diesbezügliche Vorlage ins Haus zu bringen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Stürmische Zwischenrufe.) Sie wird bestrebt sein, sie ehestens fertigzustellen, damit diese große volkswirtschaftliche Frage, die im innigen Zusammenhang mit den Fragen des Wohnungswesens überhaupt steht, nicht erst im vorausgeworfenen Schatten kommender Wahlen zur Verhandlung komme. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Anderseits will sie aber den Entwurf des neuen Mietensrechtes nicht vorlegen, ohne vorher der Öffentlichkeit zu neuerlicher Stellungnahme Gelegenheit zu geben. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Zwischenrufe, Lärm. — Skaret: Schauen Sie, wie blöd der Vizekanzler lacht! — Stürmische Entrüstungsrufe und großer Lärm.)

Präsident: Herr Abgeordneter, ich rufe Sie wegen dieser Äußerung zur Ordnung. (Andauernder Lärm.)

Bundeskanzler Dr. Seipel: Ich habe vom Ansehen des Nationalrates und damit eigentlich des Parlamentarismus in Österreich überhaupt gesprochen. In der Zeit vor den Wahlen und nachher ist lebhafte und vielfältige Kritik an unserem Wahlsystem geübt worden, und manche versuchten, mit Berufung auf diese Kritik den Wählern jene Freude am öffentlichen Leben zu verderben. Damals war nicht die richtige Zeit zur Überprüfung und zu Reformen. Jetzt aber ist es anders. Ich empfehle dem hohen Hause dringend, rechtzeitig, das heißt frühzeitig, selbst an die Überprüfung unseres Wahlsystems und Wahlgesetzes zu gehen, und behalte mir vor, nähere Anregungen zu geben.

Nun lassen Sie mich aber zur Haupthache, zu den wirtschaftlichen Angelegenheiten zurückkehren. Die Zahl der Arbeitslosen sinkt Gott sei Dank seit einigen Monaten wieder (Sever: Dank der Gemeinde Wien! — Zwischenrufe) wie alle Jahre in dieser Jahreszeit, aber erfreulicherweise doch heuer beharrlich in einem höheren Maße als im Vorjahr. Die Arbeitslosigkeit durch rationelle Maßnahmen zu mildern, soll eine Hauptfuge für uns alle sein. Arbeitslosigkeitsbekämpfung heißt natürlich Produktionssteigerung.

Im letzten Jahr war das Erschreckendste ein Übergreifen der Not weit über die Industriezentren hinaus aufs Land. Im letzten Bundesvoranschlag hat der Nationalrat die Ansätze für die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion namhaft erhöht. Die zweckmäßige Verwendung, die allein zu Erfolgen, die ein weiteres Fortschreiten auf diesem Wege ermöglichen können, führt, soll durch die nun aktuell gewordene Schaffung eines Landeskulturförderungsgesetzes gesichert werden. Für die vollkommen entsprechende Bedachtnahme auf die Bedürfnisse der Landwirtschaft, der Industrie, des Gewerbes und

des Handels in der allgemeinen Wirtschaftspolitik, insbesondere auch in der Zoll- und Handelspolitik, wird gefordert werden. (Lebhafter Beifall.)

Milderung der Arbeitslosigkeit und Erfolg der wirtschaftlichen Produktion zusammen sind die Voraussetzung für die Sozialpolitik, die das wertvollste Gut des Volkes und der Volkswirtschaft, die Menschen und ihre Arbeitskraft, zu sichern hat. Der frühere Nationalrat hat in dieser Beziehung Großes geleistet. Wir wollen im neuen sein Werk ergänzen und vollenden. Die Angestelltenversicherung wird in einigen Belangen auf Grund der Erfahrungen novelliert werden müssen. Dem Arbeiterversicherungsgesetz werden Vorlagen über die Sozialversicherung der Landarbeiter folgen. (Lebhafter Beifall.) Alles aber wollen wir daransetzen, daß unsere Wirtschaftslage bald die volle Inkraftsetzung des Gesetzes über die Arbeiterversicherung ermögliche. (Neuerlich lebhafter Beifall.) Für die Verfügung des Hauptausschusses bezüglich der Feststellung der Voraussetzungen für die Inkraftsetzung werde ich schon in den nächsten Tagen einen Vorschlag machen. (Lebhafte Zustimmung.)

Der Nationalrat wird sich auch mit der Kleinrentnerfrage befassen müssen. Die Regierung wird die notwendige Initiative nicht vermissen lassen.

Von den Gesichtspunkten der Wirtschaftspolitik wird sich auch die Finanzpolitik des Bundes wie bisher leiten lassen. Die Regierung wird daher durch die Art, wie sie die Finanzpolitik führt, Zeugnis von ihren Bemühungen ablegen, daß die Steuerbelastung der Wirtschaft nicht nur keine Erhöhung, sondern soweit als möglich eine Verminderung erfahren. Großes Gewicht wird auf die Vereinfachung des Abgabenwesens gelegt werden. Selbstverständlich muß auch in Zukunft der Grundsatz strengster Sparsamkeit eingehalten werden. Damit wird die Voraussetzung geschaffen, daß der Bund und die andern öffentlichen Körperschaften ihren Bedarf an Investitionskrediten zu günstigen Bedingungen befriedigen können. Durch die Entlastung der privaten Wirtschaft wird auch ihr der Weg zu entsprechenden Krediten eröffnet.

Von andern Belangen sind folgende Arbeiten des Nationalrates besonders dringend. Der Unterrichtsminister hat heute zwei Gesetzesvorlagen eingebracht, deren eine die Bürger-, die andere die Mittelschulen betrifft. Da das Ende des Schuljahres nicht mehr fern ist und bis dahin Verfügungen, die sich aus diesen beiden Vorlagen ergeben werden, zu erlassen sind, bitte ich um deren beschleunigte Behandlung. Eine zweite dringliche Aufgabe ist die Verabschiedung des Soldatenversorgungsgesetzes, das schon seit vielen Monaten einen Ausschuß und einen Unterausschuß des Nationalrates beschäftigt hat und nunmehr mit den Änderungen, die sich aus diesen Beratungen ergeben, wieder eingebracht wurde.

Auch auf dem Gebiete der Justizgesetzgebung wird der Nationalrat wichtige Aufgaben zu lösen haben. Schon in der früheren Gesetzgebungsperiode hat die Regierung ein Jugendgerichtsgesetz vorgelegt. Leider wurde es nicht erledigt. Ich möchte wünschen, daß im neuen Hause diesem wichtigen, von tiefem sozialem Empfinden getragenen Gesetz nicht das gleiche Schicksal widerfährt, sondern daß es baldigst eine wertvolle Ergänzung unseres Strafrechtes bilde. Auch das große Werk der allgemeinen Strafrechtsreform, die schon so lange Öffentlichkeit und Fachkreise beschäftigt, bereitet die Regierung vor, und sie hofft, bald dem Hause eine Vorlage unterbreiten zu können. Der im früheren Nationalrat als Parteiantrag bereits in Beratung gezogene Gesetzentwurf über eine Präzessreform (Zustimmung) wird nunmehr in neuer Form als Regierungsvorlage eingebracht werden. (Sever: Über das Ehrerecht haben Sie nichts zu sagen?) Über das Ehrerecht steht eine Regierungsvorlage nicht bevor. (Lebhafte Heiterkeit. — Zwischenrufe.)

Hohes Haus! Ich möchte diese Ausführungen nicht schließen ohne eine Versicherung und einen Wunsch, die beide über den Rahmen des Nationalrates hinausgehen sollen. Die Versicherung ist, daß die Regierung und meiner Meinung nach auch der Nationalrat sich auf Ehre verpflichten, alles zu tun, damit die Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten in aller Reinheit geführt werde, ohne jegliche Verquälzung mit anderen Dingen. (Sever: Herr Rintelen, dös geht Ihna an! — Stürmische Heiterkeit.)

Präsident: Aber ich bitte, Herr Abg. Sever!

Bundeskanzler Dr. Seipel: Die Bitte aber richte ich an die Regierungen und parlamentarischen Körperschaften der Länder: Vergessen wir nie, daß die Bürger des Bundes und der Länder dieselben Menschen sind, die es nicht ertragen, daß irgendwie vermeidbare Differenzen, sei es in der Politik überhaupt, sei es namentlich in der Finanzpolitik, auf ihrem Rücken ausgetragen werden. Arbeiten wir, die wir zu regieren und Gesetze zu machen haben, gut zusammen, dann werden die Bürger unseres Bundesstaates zusammen- und zu uns halten. (Lebhafter anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Auf Antrag Sever wird einstimmig beschlossen, über diese Erklärung sofort die Debatte zu eröffnen.

Glöckel: Hohes Haus! Der Herr Bundeskanzler hat heute seine Ausführungen mit dem Satze begonnen, er stünde heute das fünftemal an diesem Platze, er hätte das fünftemal die Aufgabe, eine Regierung, die seinen Namen trägt, dem hohen Hause vorzustellen. Man sollte eigentlich meinen, daß diese Situation dem Herrn Bundeskanzler daher nicht unbekannt und nicht selten wäre. Und doch glaube ich, daß es dem Herrn Bundeskanzler noch nie so schwer gefallen ist, ein Regierungsprogramm zu entwickeln,

als an dem heutigen Tage. Was mußte der Herr Bundeskanzler alles durchmachen, bevor er diese Rede halten konnte! (Heiterkeit. — Zwischenrufe Sever.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Herr Abg. Sever!

Glöckel (fortfahrend): Die Rede des Herrn Bundeskanzlers ist auch danach ausgefallen. Sie war inhaltlich mehr als dürtig, und wichtige, drängende Fragen zog er nicht in den Kreis seiner Erörterungen. Selbstverständlichkeiten breitete er sehr weit aus. Die Rede war das Produkt einer außerordentlich qualvollen politischen Situation. Herr Seipel hat sich heute auf sehr schwankendem Boden bewegen müssen. Vor ganz kurzer Zeit stellte sich der heutige Herr Bundeskanzler diese Rede noch ganz anders vor. (Zustimmung.) Er meinte, er werde hieher treten und eine Triumphrede halten können als der Führer des geeintigen Bürgertums, dem es gelungen ist, die Sozialdemokratie an die Wand zu drücken. (Sever: Ruck nach rechts! — Heiterkeit und Unruhe.) Ich darf vielleicht einen Augenblick an die letzte Regierungserklärung des Herrn Kanzlers erinnern, als er so aus dem Handgelenk heraus ausführte: Wenn das Haus bis zum 15. März die Altersversicherung nicht erledigt haben werde, dann müsse man mit dem Abschluß der Tätigkeit dieses Hauses rechnen. Damals war allgemeiner Beifall zu hören; ich weiß nur nicht, ob dieser Beifall bei allen Teilen dieses Hauses ganz ehrlich gemeint war.

Herr Seipel ging von dem Gedanken aus: Gelingt es, die Sozialdemokratie wirklich zu treffen, dann wäre nicht nur der unmittelbare Erfolg erwünscht, das Entscheidende bestünde in der Hebung des Selbstbewußtseins des Bürgertums, und dann wäre der Weg für alle weiteren reaktionären Wünsche frei. Man kam heute rechnungsmäßig festlegen, wie groß sich der Herr Bundeskanzler Seipel seinen Erfolg gedacht hat. Wenn der Herr Bundeskanzler Seipel so großmütig war, im voraus den Großdeutschen 12 Mandate zu verschenken — ich glaube nicht an die Selbstlosigkeit des Herrn Bundeskanzlers —, dann weiß ich, daß er damit rechnete, mindestens 12 Mandate der Sozialdemokratie abnehmen zu können, denn er wollte nicht die Mandate der Christlichsozialen verschenken, sondern er wollte unsere Mandate verhrenken. (Heiterkeit. — Zwischenrufe.) Dann hätte er mindestens 104 Mandate der Einheitsliste den 56 Sozialdemokraten gegenüberstellen können und mit diesem Minimalerfolg wäre er der unumschränkte Herr Österreichs gewesen. Die Zweidrittelmehrheit wäre von der Einheitsliste erreicht worden, dann brauchte er bei Verfassungsfragen mit den Sozialdemokraten nicht mehr zu rechnen, endlich hätte man den Revolutions- schutt beseitigen können, und in seinem tiefsten

Innern lockte er vielleicht mit der Idee, daß dann die Zeit gekommen wäre, um auch ein Konkordat à la Bayern abschließen zu können. Meine Herren von den Landbündlern, wie es Ihnen ergangen wäre, wenn die Träume des Herrn Seipel in Erfüllung gegangen wären, die Sie es gewagt haben, allerdings nur vor der Regierungsbildung, in Opposition zu den christlichsozialen Agrarier zu treten, das mögen sie sich im stillen Hämmlein allein einmal selbst ausmalen. Der Herr Seipel ist nicht ein Mann der Kompromisse. Er will selbstherrlich herrschen, er ist ein Mann der Eitelkeit, der keinen Konkurrenten verträgt. Bei diesen Wahlen setzte er alles auf das Spiel, mehr als er auf das Spiel setzen durfte. Denn das, was sich die Einheitsliste bei diesem Wahlkampf geleistet hat, das übersteigt weit die Grenzen des Anstandes. (Lebhafte Beifall.) Für Sie, meine Herren, gab es keinerlei Hemmungen. Ich kann Ihnen nur einen einzigen Widerungsgrund zubilligen: Sie haben einen Verzweiflungskampf zu führen gehabt. (Gelächter.)

Der Herr Seipel ging planmäßig an seine Arbeit. Auf dem Wege zum Erfolg mußte er die Einheitsliste konstruieren. Das war Seipels erste Enttäuschung. Durch 14 Tage oder noch mehr wurde vor aller Öffentlichkeit ein wirklich unwürdiger Schachzug mit Mandaten betrieben, allerdings mit Mandaten, die man noch nicht erobert hatte. Es kamen und gingen Parteien, „ich geb, ich nehm“, die Demokraten kamen und gingen und die Wolffianer, das sind jetzt die Monarchisten, kamen und gingen, spalteten sich und kamen wieder. Zum Schlusse fand der Herr Seipel natürlich den getrennen Knecht Friedolin, die Großdeutschen und etwas Neues: Die Mittelständische Volkspartei, eine Partei, von der nicht feststeht, ob sie damals, als Herr Seipel das Wahlbereinkommen geschlossen hat, lebte, feststeht heute aber, daß sie seither kein Lebenszeichen von sich gegeben hat.

Die Schwierigkeiten begannen schon bei der Verfassung des Wahlauftrufes. Es war ungemein lustig, da von der Ferne zuzusehen, wie schwer es Herrn Seipel wurde, endlich einen Wahlaufruf zu konstruieren. Der Wahlaufruf mußte völlig nichtssagend sein. Von der Vergangenheit konnte man nicht reden, denn dann hätte man über die Banken Skandale nicht hinwegkommen können; die Rassenantisemiten — es gibt unter ihnen Führer des Antisemitismusbundes, die für gelegentliche Pogrome sind — durften nicht einmal — wie heißt es in ihrem Programm? — „über den zerstörenden Einfluß der Juden“ sprechen; die Klerikalen durften nicht über die konfessionelle Schule, das Kind-Grüppchen durfte nicht über die Kulturschande des Antisemitismus sprechen. Was bleibt von Ihren politischen Idealen noch übrig? Das Um und Auf bei Ihnen sind doch solche Dinge.

Und mit diesem Wahlaufruf wollten Sie die wilde Begeisterung für die Einheitsliste hervorrufen! Schon die Anrede machte Schwierigkeiten. Sie konnten doch nicht sagen: Liebe Christen! weil Sie die Juden auch haben wollten. (Heiterkeit.) Sie konnten nicht sagen: Deutsche Volksgenossen! Sie konnten nicht sagen: Republikaner und Republikanerinnen! Da kam der herrliche Einfall: Sie schrieben darüber: Österreicher und Österreicherinnen! (Heiterkeit.) In der Einfachheit liegt die Stärke. Die Situation gestaltete sich immer bedrohlicher, und da entschloß sich Herr Seipel, zu dem Äußersten zu schreiten und ließ auf den Dachstüten in glühenden Lampen aufleuchten: Mieter schütz gefichert, wählt Einheitsliste! (Heiterkeit und Beifall.)

Der Herr Seipel hat wirklich das Menschenmögliche getan. Er hat den Wahltag auf den 24. April festgesetzt, weil er sehr darauf rechnen konnte, daß die Ordre des Korrespondenzblattes des katholischen Klerus, die Österfeiertage für die politische Aufklärung zu verwenden, eingehalten werden wird, das heißt, daß er auch davor nicht zurückgeschreckt, die Religion in den Dienst der politischen Agitation zu stellen. Er richtete an die frommen Juden einen lieben Brief, um ihnen zu sagen: Schaut, ich kann nicht, ich muß leider am letzten Tag des Pessahfestes die Wahlen ansetzen, weil sonst der 1. Mai in die Wahlagitation hineinkäme. So hat er alles fein säuberlich ausgeklugelt. Am 24. April erschien in der „Reichspost“ ein Leitartikel mit der Überschrift: „Der Sieg der Einheitsliste“ und in der „Arbeiterzeitung“ der Leitartikel mit der Überschrift: „Das Volk hat das Wort.“ Die Einheitsliste siegte Sonntag früh und die Sozialdemokraten am Sonntag Abend. (Heiterkeit.) Wir waren mit dieser Teilung durchaus einverstanden. (Ruf: Wahlschwindel!) Sie sollten das Wort nicht in den Mund nehmen, nachdem die Wahlbehörden selbst aussprechen mußten, daß in Wien und überall dort, wo Sozialdemokraten die Verantwortung tragen, von einem Wahlschwindel auch nicht im geringsten die Rede sein kann. (Zwischenrufe und Gegenrufe.)

So wie ernste Theoretiker sagen, das Entscheidende sei der Tag nach der Revolution, so war der Tag nach der Wahl außerordentlich interessant, wenn man sich der Lektüre der Zeitungen hingab. Die „Österreichische Volkszeitung“, Ihr getreuester Knappe, schrieb: „Was alle erwartet haben, ist eingetreten. Es bleibt alles beim alten.“ (Heiterkeit.) Die „Neue Freie Presse“, die in der Konkurrenz der Verteidigung Ihrer Politik weit die „Reichspost“ übertraf, schrieb: „Der sozialdemokratische Ansturm ist abgeschlagen!“ und die „Reichspost“ endlich: „Der Marxistensieg ist vereitelt.“ (Heiterkeit.) Alle waren also zufrieden, Ihre Presse wandte die Methode, die in dem neuesten Volksliede Wiens dargestellt wird:

„Ich red' mir ein, es geht mir gut!“ (Lebhafte Heiterkeit.) Wir waren zufrieden, denn wenn wir den ruhigen, stetigen Aufstieg der Sozialdemokratie überblicken, wenn wir feststellen, daß im Jahr 1920 36 Prozent aller Stimmen in Österreich sozialdemokratisch waren, im Jahre 1923 schon 40 Prozent und im Jahre 1927 bereits 43 Prozent, dann können wir durchaus zufrieden sein. Vollzieht sich die Entwicklung in dem gleichen Tempo auch in Zukunft, dann ist die Zeit nicht mehr fern, wo wir den Herrn Seipel nicht mehr als Regierungschef hier sehen werden.

Dieser Wahlausgang war die zweite bittere Enttäuschung des Herrn Seipel. Denn die Einheitsliste verfügte, als er nachrechnen ließ, über 85 Stimmen gegen 71 Sozialdemokraten und gegen 9 Landbündler. Das ist wohl keine tragfähige Mehrheit. Herr Dr. Seipel warf sich heute in die Brust und sagte: Wir haben gar nichts zu verschweigen, wir haben natürlich den Landbund zu uns genommen, weil wir eine möglichst breite Regierungsbasis haben wollen. Ausgezeichnet! Nur ist jetzt — es wird nicht lange so sein — diese Mehrheit in zwei interessante Teile gespalten: Sie, Herr Seipel, mit der christlich-sozialen Partei sind die regierende Gruppe, und die neun Landbündler sind die kommandierende Gruppe! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Zwischenrufe.)

Ich kann es dem Herrn Seipel lebhaft nachfühlen, daß ihm der Gang zu den gegnerischen Landbündlern nicht sehr leicht geworden ist. Er stellte es so dar, daß diese neue Regierungsmehrheit das Ergebnis seiner Arbeit durch Wochen hindurch gewesen ist. Es war eine schwere Krankheit und jetzt 23 Stimmen Mehrheit! Das war die Mainacht, in der der berühmte Reif fiel; das war die dritte Enttäuschung des Herrn Seipel.

Aus den Ausführungen des verehrten Herrn Bundeskanzlers war zu entnehmen, wie schwer es ihm weiter geworden ist, den Herrn Dr. Dinghofer, den einstigen Vizekanzler, der heute in seiner Verzweiflung schon auf den Bänken der Christlichsozialen Platz genommen hat (Heiterkeit und Beifall), zu überzeugen, daß der Bestand der Republik Österreich in keiner Weise gefährdet ist, wenn Herr Dr. Dinghofer nicht mehr seine glorreiche Tätigkeit als Vizekanzler ausüben kann. Und der zweite Unfall bei der Regierungsbildung ereignete sich, als es ihm nicht gelang, bei der Gelegenheit einen ganz kleinen Verfassungsbruch zu begehen: einen Minister ohne Portefeuille, aber mit einer bestimmten Aufgabe, die in eine Sektion des Bundeskanzleramtes — in die Sektion IV, glaube ich — gehört, zu schaffen. Wir Sozialdemokraten konnten auch diesen kleinen lieblichen Verfassungsbruch nicht durchlassen. Und nun stellen Sie sich vor, jetzt soll der Herr Bundeskanzler mit seinen völlig fehlgeschlagenen Hoffnungen,

nach einer verlorenen Schlacht, mit der frisch geleimten Einheitsliste, nach so vielen Unfällen eine Rede halten, von der sein Leiborgan, die „Neue Freie Presse“, morgen berichten soll: Der Bundeskanzler hat eine weitausblückende, über die Niederungen der Tagespolitik hinaufsteigende — wie sagt man bei Herrn Seipel? —, staatsmännische Rede zu Beginn der Session gehalten. (Heiterkeit.) Nach so vielen Enttäuschungen kann man dem Herrn Dr. Seipel nicht zu große Vorwürfe machen.

Und wie sieht das Ministerium aus, das uns Herr Seipel heute präsentiert? Ich habe mir vorgestellt, daß es der bezwingenden Persönlichkeit des Herrn Dr. Seipel doch leicht sein müßte, ein Ministerium zusammenzusetzen, das auch die Achtung des Gegners erhält. Die gesamten Talente des Bürgertums stehen dem Herrn Dr. Seipel zur Verfügung. Heraus mit den Talenten! Er kann sich ausgezeichnete Theoretiker aus den Kreisen der Hochschulprofessoren auswählen, die ihm alle untertanig sind; er kann sich Praktiker aus der Finanzwelt holen — tausende Jäden ziehen sich von der christlichsozialen Partei hin zu den Banken —, er kann Wirtschaftspolitiker aus den Kreisen der Industrie, des Gewerbes und des Handels berufen, die alle im praktischen Leben stehen, er hat Politiker in großer Zahl zur Auswahl, so insbesondere aus den Kreisen der Journalistik ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses. (Heiterkeit.) Wer wäre imstande, dem Ruf eines Dr. Seipel Widerstand zu leisten? Ein unerschöpfliches Reservoir ausgezeichneter Menschen — sollte man meinen — stünde dem Herrn Dr. Seipel zur Verfügung. Und jetzt, Herr Dr. Seipel, schauen Sie sich diese Ministerbank an, wie sie sich jetzt augenblicklich darstellt. Schauen Sie, wer jetzt Ihr Stellvertreter ist. Welch schwere Enttäuschung scheint sich auf Ihren Zügen zu malen. Der Herr Vizekanzler an Ihrer Seite, der Sie zu vertreten hat, der erste Minister, den der Landbund gestellt hat — wie Sie sagten —, er ist wirklich die Überraschung des Parlaments, die Überraschung der Bevölkerung. (Heiterkeit. — Beifall und Händeklatschen.) Ich möchte gerne wissen (Zwischenrufe), ob Sie dem jetzt so heißgeliebten, so wertvollen Herrn Vizekanzler vor vier Wochen noch die Ehre erwiesen hätten, ihm die Hand zu reichen. Aber daß es Ihnen auch so ergangen ist, wie es 99 Prozent der Bevölkerung ergeht, daß Sie den Namen Hartleb früher noch nie gehört haben, und daß er jetzt dazu berufen ist, als Vizekanzler zu fungieren — armer Herr Dr. Seipel —, einen solchen Vizekanzler haben Sie bitten müssen, daß er sich hieher setzt. (Lebhafte Heiterkeit und Beifall.) Der Herr Vizekanzler Hartleb hat eine ganz merkwürdige und ziemlich schwer zu vereinbarende Pflicht: der Herr Hartleb hat die Aufgabe, die grüne Fahne des Landbundes nicht etwa im Landwirtschaftsministerium, sondern im Ministerium des

Innern zu schwingen und dabei als Fahnenträger die entsprechende Uniform zu tragen. (Heiterkeit.) Sehr begeistert scheinen die Herren Christlichsozialen von ihrem neuen Vizekanzler ja nicht zu sein. (Heiterkeit. — Ruf: Sie sehen ja nicht in uns hinein!) O ja, ich sehe hinein. Schauen Sie, Sie sollten nicht solche Zwischenrufe machen. Der Herr Dr. Rintelen war so gütig, uns in die innere Struktur Ihrer Partei hineinschauen zu lassen. Am letzten Sonntag fand nämlich in Graz ein christlichsozialer Landesparteitag statt, da trat Herr Dr. Rintelen auf, sprach über die Landbündler und sagte, es erfolge durch sie eine agrarische Radikalisierung auf dem Lande, und man glaube nun, daß von diesen neuen Männern Abhilfe gegenüber der Krisenzeit erwartet werden könne. Man hört da die ganze Bosheit des Herrn Rintelen heraus, wie er so auf die radikalen Agrarier verweist, die es auch nicht besser machen werden als die anderen. Gar agrarisch-brüderlich klingt also die Geschichte nicht. Man hat schon Gelegenheit, ein wenig in die innersten Organe der christlichsozialen Partei hineinzuschauen. (Heiterkeit.)

Dann drängt sich die Frage auf: Wie steht es mit den Ehedispensen? Wie war es bisher damit? Mit Ausnahme eines einzigen Landeshauptmannes lehnten alle anderen Landeshauptleute die Ehedispense einfach ab. Die Brutalität des österreichischen Ehegesetzes verspüren aber nicht nur die Sozialdemokraten, sondern verspüren ebenso hart die Deutschnationalen und die Christlichsozialen, und wir wissen, daß nicht zuletzt aus den Reihen der christlichsozialen Partei Leute gekommen sind, die nach der Wohltat der Ehedispense mit Recht gerufen haben. (Sehr richtig!) Es setzte sich nun der Grundsatz durch, wenn Herr Dr. Seipel Bundeskanzler ist, dann wolle er mit den Ehedispensen nichts zu tun haben. (Bundeskanzler Dr. Seipel: Ich habe sie immer selbst erledigt und werde sie auch in Zukunft erledigen. Das ist die Antwort auf die Frage nach der Ehereform. Jetzt wissen Sie es!) Sie haben alle Ehedispensgesuche erledigt? (Bundeskanzler Dr. Seipel: Wenn ich gerade nicht in Wien, sondern auf dem Lande war, erledigte sie der Vizekanzler!) Wir glauben — bitte, vielleicht sind wir schlecht unterrichtet, Herr Bundeskanzler —, wir glauben, daß es vielfach der Herr Vizekanzler war, der auf Grund von Protektionen und vielleicht auch dann und wann auf Grund der besonderen Wichtigkeit des Falles diese Ehedispense durchgeführt hat. Es ist bezeichnend, daß es dabei verschiedene Perioden gab: Zeiten, wo das leicht ging, und Zeiten, wo es nicht leicht ging. Vielleicht waren das immer die Zeiten, wo der Herr Bundeskanzler verreist war. Immerhin, wir wollen darüber Aufklärung haben, wir wollen wissen, ob das Ministerium des Innern den Ehedispensen jetzt jene Bedeutung zusäßt, die

ihnen zukommt. Es ist ja für einen Staat eine Schande, daß man auf diese Art solch ungeheuer wichtige Fragen erledigen muß. Ich bedauere es außerordentlich, daß der Herr Bundeskanzler heute einfach in den Saal hineinrief. Die Regierung hat nicht die Absicht, ein Ehegesetz einzubringen — unter dem Beifall jener Herren, die draußen immer wieder nach der Ehereform schreien. (Zustimmung.)

Sonst finden wir auf der Ministerbank eigentlich lauter Altbekannte, die leider nicht, wie der Herr Hartleb, den Vorzug haben, ein unbeschriebenes Blatt zu sein. Wir begrüßen den Herrn Dr. Reich, der mit seiner völlig unzureichenden Altersversicherung nicht einmal die Kraft verband, diese schlechte Altersversicherung ins Leben rufen zu können, da er den Winken des Schwarzenbergplatzes, soweit es sich um die Industriellen handelt, völlig kraftlos gegenüber stand. Wir begrüßen auf der Regierungsbank den verehrten Herrn Dr. Kienböck, der mit Ausnahme des Bundeskanzlers den Glanz der Regierung darstellen soll; ein merkwürdiger Herr, ein Wiener Abgeordneter, dem es ein sadistisches Vergnügen macht, jede Gelegenheit auszunutzen, um dem Lande Wien nicht nur Schwierigkeiten zu bereiten, sondern es womöglich zu schädigen (Zustimmung), ein ganz merkwürdiger Wiener Abgeordneter, der sich da als Finanzminister präsentiert.

Wir begrüßen ferner die zwei bewährten nationalen Minister, die in der Vertretung der nationalen Belange in frumem Kreise schon eine gewisse Routine erlangt haben. Wir sind überrascht, daß Herr Dr. Schürff wieder auf der Ministerbank erscheint, der mit der Postsparkasse in so innige Beziehung gekommen ist, daß wir uns wundern, daß Herr Dr. Seipel hier nicht seine starke Hand hat fühlen lassen (Lebhafte Zustimmung), um es dieser Regierung zu ersparen, daß auch ein Herr Dr. Schürff in ihrem Kreise ist. Und der Herr Dinghofer, der Arme, das Opfer! Herr Dr. Dinghofer, Minister ohne Portefeuille, ist plötzlich arbeitslos geworden. (Heiterkeit.) Er hat nur eine Aufgabe, die Trennung der vierten Sektion des Bundeskanzleramtes vorzubereiten und die Sektion in ein eigenes Ministerium umzuwandeln. Er wird einige Zeit dazu brauchen, diese Vorbereitung durchzuführen. Es scheint mir, daß diese recht bescheidene Tätigkeit nicht die Vollkraft eines teutonischen Mannes verbrauchen wird. Aber der Herr Bundeskanzler hat für uns gleich wieder einen lieben Trost. Er sagt: Glücklicherweise entsteht dadurch keine finanzielle Mehrbelastung. Ein Trost ist uns geblieben; wenn uns das auch noch etwas gefolstet hätte, das wäre doch ein bisschen zuviel. (Heiterkeit. und Händeklatschen.)

Endlich sind wieder die zwei Minister für ständige Provokation vorhanden, das ist der Herr Minister

Baugoin und der Herr Minister Schmitz. Der Herr Bundeskanzler Seipel konnte sich von den beiden Herren nicht trennen; er braucht beide. Er ist nicht abgeneigt, seinen politischen Gegnern Bosheiten und Gehässigkeiten angedeihen zu lassen, aber er hat das Empfinden, daß das seiner selbst nicht würdig wäre. Er braucht daher andere Menschen. Er betraut diejenigen mit dieser Ressortangelegenheit, die er für die geeignesten dazu hält, und das sind eben der Herr Baugoin und der Herr Schmitz. Herr Seipel weiß ganz genau, daß die beiden Herren für uns eine Herausforderung bedeuten. (Zwischenrufe.) Er weiß ganz genau, daß wir den Schluß seiner Rede, wo er an das ganze Parlament appelliert, solange nicht ernst nehmen können, solange diese zwei Herren auf der Ministerbank sitzen.

Herr Baugoin ist der Verweser des Heeres. Er ist aber als solcher ausschließlich Parteimann. Er muß seinen Auftraggebern augenscheinlich berichten, wieviel Wehrmänner in den Wehrbund hineingezwungen worden sind, und die Bilanz seiner Tätigkeit zieht er öffentlich jedes Jahr am Fronleichnamstage, da zeigt er, wie viele Leute — natürlich freiwillig und begeistert — an dem schönen Umgang teilnehmen. Das, was sich gegenwärtig unter dem Protektorat Baugoins und insbesondere durch einige monarchistische Offiziere in den Kasernen abspielt, ist unerhört und wir werden mit allen Mitteln dafür sorgen, daß die staatsbürgerlichen Rechte der Wehrmänner nicht in irgendeiner Weise angetastet werden. Wir wollen nicht, daß das Gesetz an den Mauern der Kasernen aufhört, wir wollen nicht, daß unsere Wehrmänner einigen übermütigen monarchistischen Offizieren einfach preisgegeben sind. (Lebhafte Zustimmung.) Das sagen wir nicht aus parteipolitischen Rücksichten, sondern das sagen wir im republikanischen Interesse, weil uns die Wehrmacht der wichtigste Schutz der Republik ist. Und wir wiederholen in aller Ruhe, was von dieser Stelle aus schon einmal gesagt wurde: Wir werden das Ministerium und die Regierung so behandeln, wie dieses Ministerium unsere Wehrmänner in den Kasernen behandelt. (Beifall und Händeklatschen.)

Der Herr Unterrichtsminister Schmitz hat eine persönliche Eigenart, die ihn zur Verwaltung eines großen Ressorts wenig geeignet macht. Der Herr Unterrichtsminister Schmitz hat sich schon als Minister für soziale Fürsorge so merkwürdig bewährt. In der kurzen Zeit seiner Amtsführung als Unterrichtsminister kommen wir aus den Konflikten überhaupt nicht mehr heraus. Da er in fachlicher Beziehung manche Schwäche zeigen muß, ist er in die Hände einiger ehrgeiziger, rücksichtsloser, kindischboshafter Beamter des Unterrichtsministeriums gefallen, die seine persönliche Eigenart ausnutzen und eine unerträgliche Atmosphäre schaffen, die unweigerlich zu den schwersten Konflikten führen muß.

Der Herr Unterrichtsminister hat vor einigen Tagen eine klatzende Ohrfeige durch das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes bekommen, das ausspricht, daß der Herr Unterrichtsminister die verfassungsmäßigen Rechte eines seiner Ministerialbeamten schwer verletzt hat. Der Herr Bundeskanzler möge sich an die Sitzung im Jänner erinnern, in der wir diese Sache zum Gegenstand einer dringlichen Anfrage gemacht haben. Wir haben damals den Herrn Bundeskanzler, nicht den Unterrichtsminister, gefragt, ob er die schwere Verlezung der staatsbürgerlichen Rechte der Bundesangestellten decke. Der Herr Bundeskanzler Seipel wurde von Herrn Schmitz glücklich so hineinmanövriert, daß er sich vor Schmitz stellte. Jetzt hat Herr Dr. Seipel mindestens den halben Anteil an der Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes!

Da wir vom Bundeskanzler Seipel und vom Unterrichtsminister Schmitz gemeinsam reden, möchte ich bei dieser Gelegenheit eine Sache zur Sprache bringen, die von den Herren der Einheitsliste als Agitationsmittel für sie ausgewertet wurde. Diese Sache darf nicht untergehen, sie war so graß, so furchtbar, daß sie mit der Hitze des Wahlkampfes nicht mehr gedeckt werden kann. Ich habe hier die Nummer 1 der Wahlzeitung der Einheitsliste vom 9. April 1927, sie führt den Titel „Wahrheit“. (Lachen.) Diese Nummer 1 ist mit dem Bilde des Dr. Lueger, des Dr. Seipel und des Herrn Kunisch gekennzeichnet. Das war die Firma, unter der dieses Blatt in die Öffentlichkeit gelangte. In diesem Blatte ist folgendes zu lesen (liest): „Das Nachturnen an den Glöckel-Schulen stachelt den Geschlechtstrieb und die Sinnlichkeit unmündiger Kinder unnatürlich früh auf.“ (Hört! Hört!) „Die ganze sozialdemokratische Erziehungsmethode ist auf hemmungslose Entfaltung des Geschlechtstriebes eingerichtet.“ (Hört! Hört!) „Die aus der Glöckel-Schule kommenden Mädchen haben den Begriff der Sittlichkeit verloren. Die Folge davon ist, daß 14- bis 15jährige Mütter in Wien schon etwas ganz Gewöhnliches geworden sind.“ (Rufe: Unerhört!) „über das sich niemand mehr aufregt.“ (Rufe: Pfui! — Leuthner: Ist das die Moraltheologie? — Forstner: Schweinehund!)

Präsident: Herr Abg. Forstner, ich bitte, derartige Zwischenrufe zu unterlassen.

Glöckel: Ich habe hier den Wahlauftruf der Einheitsliste, der im Verlage der Österreichischen Druck- und Verlagsgesellschaft, Wien, VIII., Josefsgasse 4, erschienen ist. In diesem Wahlauftruf ist zu lesen (liest): „Dafür erfuhr man kürzlich aus einer Gerichtsverhandlung, daß an den Wiener Schulen sozialdemokratische Turnlehrerinnen ihre Turnstunden so erteilen, daß sie sich splitternaß ausziehen und von den Kindern das gleiche verlangen. Das ist die sittliche Erziehung der roten Parteischule.“

(Forstner: Du sollst nicht lügen! — Zwischenrufe.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe!

Glöckel: Als ich diesen Satz das erstmal las, war ich wirklich sprachlos. Ich habe es nicht für möglich gehalten, daß solche Sätze erdacht, geschrieben und gedruckt werden könnten, um so weniger, als die Herren der Einheitsliste sich so stark für die sittlich-religiöse Erziehung begeistern. Eine solche unerhörte Handlungswise steht völlig singulär da. Ich frage den Herrn Unterrichtsminister, für dessen Wahl diese Art von Agitation angewendet wurde, ob es ihm als obersten Chef des Schulwesens bekannt ist, daß in Wiener Schulen durch das Nachturnen der Geschlechtstrieb der Kinder in unnatürlicher Weise aufgefachtelt wird, daß die Methoden in unseren Schulen die hemmungslose Entfaltung des Geschlechtstriebes bewirken. Der Herr Unterrichtsminister Schmitz ist dem Nationalrate dafür verantwortlich. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.) Der Herr Unterrichtsminister Schmitz muß hieherkommen und sagen, wo sich solche Dinge in Wien ereignet haben. Und der Herr Bundeskanzler — auch für Ihre Wahl wurden solche Mittel in Anwendung gebracht — soll auftreten und soll sagen, ob er von diesen entsetzlichen Verbrechen in den Wiener Schulen amtlich oder außeramtlich Kenntnis erlangt hat. (Zwischenrufe.) Wenn der Herr Minister Schmitz und der Herr Bundeskanzler Seipel von diesen Dingen gewußt haben, wenn sie selbst glauben, daß das wahr ist, was in ihrem Agitationsblatt drinnen steht, wie konnten sie es über sich bringen, so lange zu schweigen, nur um ein billiges Agitationsmittel für die Wahl zu haben? (Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Stürmische Pfui!-Rufe.) Wenn diese Anwürfe wahr sind, dann hat der Herr Bundeskanzler, dann hat der Herr Unterrichtsminister eine schwere, unentschuldbare Pflichtverletzung begangen, weil sie nicht eingriffen haben, weil sie nicht untersucht haben, weil sie nicht abgestellt haben, wenn solche Verbrechen begangen worden sind. (Beifall und Händeklatschen.) Herr Bundeskanzler! Wenn ich von einer solchen Sache gehört hätte, und ich hätte etwa mit meinem amtlichen Apparat nicht ausgereicht, um eine solche Sünde aus der Welt zu schaffen: ich wäre an die nächste Straßenecke gegangen und hätte das Volk aufgerufen, mir zu helfen, damit den Kindern nicht so Durchbares angetan werde. (Zustimmung. — Zwischenrufe.) Gegenüber diesen diffamierenden Anwürfen gibt es nur klare Beweise, und es muß die Ehre der Wiener Lehrerschaft wiederhergestellt werden! (Anhaltender Beifall und Händeklatschen. — Frau Popp: Und das ist den Kindern auf der Straße in die Hand gegeben worden!) Wer das einmal schreibt und verbreitet,

schreckt vor gar nichts mehr zurück, der gibt es auch Kindern in die Hand.

Aber, hochverehrter Herr Bundeskanzler, ich darf diese Frage noch von einem anderen... (Zwischenrufe und Unruhe.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte um Ruhe!

Glöckel (fortfahren): Ich darf diese Frage noch von einem anderen Standpunkte aus behandeln. Ich frage den Herrn Bundeskanzler, ich frage den Herrn Bundesminister Schmitz, ob ihm die entsetzlichen Zustände im frommen Lande Tirol bekannt sind. Auf dem Parteitag der Tiroler Christlich-sozialen hat der Herr Referent Dr. Kurt Schuschnigg, also einer Ihrer Parteigenossen, folgendes gesagt (liest): „30 Prozent schulpflichtiger Kinder Tirols genießen regelmäßig Alkohol, und zwar vielfach Schnaps. In einem Orte Tirols wurde entdeckt, daß unter den Schulkindern im Alter von 8 bis 14 Jahren ganz ernstliche Liebesverhältnisse bestanden, daß eine namhafte Anzahl der verschiedenen Bärchen von unter 14 Jahren in regelmäßigem sexuellem Verkehre stand, und zwar unbegreiflicherweise indirekt von den Erwachsenen gefördert. 65 Prozent aller Schulkinder sind in die innersten Geheimnisse des Geschlechtswesens der Menschen voll eingeweiht.“

Diese Konstatierung ist sehr ernst und außerordentlich bedauerlich. (Dr. Renner: Von wem stammt sie?) Von Dr. Schuschnigg. Ich frage den Herrn Unterrichtsminister, ob er diese Angaben, die in aller Öffentlichkeit auf einem Parteitag, durch die Presse verbreitet, erhoben wurden, amtlich überprüfen ließ; ich frage ihn, ob seine obrigkeitliche Gewalt bis nach Tirol reicht oder ob er meint, seine Oberaufsicht nur auf Wien beschränken zu müssen? (Lebhafte Zwischenrufe.) Da drüben in Tirol, da liegt die Schulverwaltung ausschließlich in klerikalen, ja in Priesterhänden. (Dr. Schuschnigg: Das ist nicht wahr!) Schauen Sie, wir sind über die Tiroler Verhältnisse mindestens so gut unterrichtet wie Sie. Ich habe nicht das Vergnügen, Ihren Namen zu kennen, aber daß das Tiroler Schulweinen in den Händen der Geistlichkeit und der Klerikalen liegt, das wird wahrhaftig niemand sonst bestreiten außer Sie, der Sie als Neuling die Dinge hier noch nicht kennen. (Kunschak: Die Kinder kriegen den Schnaps doch nicht in der Schule!) Nein, das habe ich nicht behauptet. Ich habe nur angeführt, was Dr. Schuschnigg angeführt hat, und um kein Wort mehr oder weniger. (Dr. Schuschnigg: Sie haben falsch zitiert!) Glauben Sie, wer sind Sie eigentlich, daß Sie mir einen solchen Vorwurf machen. (Lebhafte Zwischenrufe.)

Präsident: Ich bitte, derartige beleidigende Zwischenrufe zu unterlassen. (Neuerliche Zwischenrufe.)

Glöckel: Ich stelle den mir unbekannten Herrn, der in seiner Naivität die Rühmheit aufbringt... (Zwischenruf Partik.) Wer kann mir sagen, daß ich schlecht zitiere? Ich frage Sie, Herr Partik, wollen Sie die Behauptung dieses unbekannten Herrn auf sich nehmen? Glauben Sie, daß ich schlecht zitierte oder nicht? Solche Mätzchen überlasse ich anderen, das habe ich nicht notwendig. Hier haben Sie die Zeitung. (Seitz: Das ist der Schuschnigg selber! — Lebhafte Zwischenrufe.) Ach, ich freue mich außerordentlich, daß ich auf dem etwas ungewöhnlichen Wege die Ehre habe, den Herrn Dr. Schuschnigg kennenzulernen. (Heiterkeit.) Ich kann ihn also persönlich fragen, ob der Bericht, der über seine Rede in den christlichsozialen Zeitungen erschienen ist, seine Rede richtig wiedergegeben hat oder nicht. (Dr. Schuschnigg: So wie Sie es hier zitiert haben, habe ich es nicht gesagt!) Ich habe das vorgelesen aus der Zeitung.

Präsident: Ich bitte, meine Herren, keine Zwiespräche.

Glöckel: Ich habe dem Herrn Dr. Schuschnigg daraus, daß er es gesagt hat, gar keinen Vorwurf gemacht — das ist die Pflicht jedes verantwortungsvollen öffentlichen Funktionärs —, sondern ich habe nur gefragt, ob der Unterrichtsminister daraus Konsequenzen gezogen hat und diesen Dingen nachgegangen ist, was seine Pflicht gewesen wäre. Nicht daran liegt es, daß man Übelstände und Verbrechen verschweigt, sondern daran, daß man diese Übelstände beseitigt und daß die amtlichen Stellen dazu berufen sind, diese Beseitigung mit aller Energie vorzunehmen. (Zustimmung.) In Wien hat es solche Dinge nicht gegeben. Was man uns da vorwirft, ist nichts als eine unerhörte Presstrolcherei, die hier begangen wird, sonst gar nichts. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen.)

Wenn man nun über das Kabinett, das uns da neu in alter Form vorgestellt wurde, ein Gesamturteil aussprechen soll, so ist es ein rein klerikales Kabinett, das nicht nur dadurch, daß der Herr Prälat Seipel sein Führer ist, diese klerikale Note erhalten hat. Diese Regierung steht im vollsten Widerspruch zu der weit überwiegenden Mehrheit des Volkes von Österreich. (Widerspruch und Zustimmung.) Es ist interessant, daß (auf die Mitte zeigend) von dieser Seite kein Widerspruch erfolgt ist, sondern nur von Ihrer Seite. Warum? Weil die Herren Landbündler und Großdeutschen, wenn sie draußen reden, von Freiheitslichkeit triefen und weil es noch anständige, ehrliche Menschen gibt, die in ihrer Naivität oder ihrem treuen Glauben noch immer meinen, daß das, was Sie draußen reden, das Entscheidende sei und nicht entscheidend, was Sie hier tun. Ihre Wähler — die Wähler der Großdeutschen kennt man nicht, es tut mir leid —,

aber die Wähler der Landbündler haben bisher in dem guten Glauben gewählt, daß es sich um eine freiheitliche Partei handelte. Und nun strafen diese freiheitlichen Parteien sich selbst Lügen und machen den Klerikalen die Mauer, damit sie ihre Macht gebrauchen können.

Es ist das Recht der parlamentarischen Mehrheit, eine Regierung zu bilden, und es ist ihre Pflicht, die Verantwortung für die Verwaltung zu tragen. Das erkennen wir als Demokraten selbstverständlich an. Aber das kann und wird nicht heißen, daß man die sozialdemokratische Opposition einfach mit der Brutalität der Zahl wird niederringen können. Wie sieht denn diese parlamentarische Mehrheit aus? Zahlenmäßig ist die Mehrheit ja nicht gar zu groß. Sie reicht aus, um eine Regierung zu stützen. Aber die Mehrheit ist außerordentlich schwach in bezug auf ihre innere Struktur. Die zahlenmäßig stärkste Gruppe, die Christlichsozialen, fehren als Geschlagene in dieses Haus wieder zurück. Das ist der Erfolg der glorreichen Führung des Herrn Dr. Seipel. In der grünen Steiermark, wo die Klerikalen besonders arg bluten müßten, da wagt man manchmal noch ein freieres Wort. Der Herr Rintelen erklärte auf dem Parteitag am vorigen Sonntag mit unsfreiwilligem Humor: Eine Ursache des ungünstigen Wahlausgangs waren die bekannten speziellen Ereignisse in Steiermark. (Heiterkeit.) Es scheint, daß da um den Grazer Schloßberg herum eine dichterische Atmosphäre herrscht. Wie schön er das nennt: Spezielle Ereignisse der schönen grünen Steiermark! Das Abenteuer des Herrn Prisching, die Reise des Herrn Ahrer — spezielle Ereignisse! Ja, ich glaube, auch der Herr Rintelen ist ja ein spezielles Ereignis der Steiermark. (Lebhafte Heiterkeit. — Beifall und Händeklatschen.) Zu den steirischen Spezialitäten gehört es, daß der Herr Rintelen nach Osten geflohen ist, in die schwarze Oststeiermark, der Herr Ahrer aber möglichst weit nach Westen, der Mann, der zur unrechten Zeit am rechten Ort erschienen war und der fortgefahrene ist — man weiß leider nicht, ob er nicht wieder zur geeigneten, das ist die Wahlzeit, zurückkehren wird.

Auf diesem Parteitag hat der Herr Generalsekretär Dr. Stepan Herrn Dr. Seipel ganz glatt ins Geicht gefragt: Die Einheitsliste hat, wenigstens in Steiermark, verübt. Der Herr Seipel hat so erfolgreich manövriert, daß nicht die Gegner Blut lassen müßten, sondern daß seine eigene Partei die Zeche bezahlen müßte.

Die verehrten Herren Großdeutschen sind die Sieger der Einheitsliste. (Heiterkeit.) Bisher hat man nur von einem Treppenwitz der Weltgeschichte gesprochen, von nun ab wird man von einem Treppenwitz der österreichischen Politik reden. Der Sieg der Großdeutschen ist die Niederlage des Herrn Seipel. Sie haben Glück gehabt, wie es noch nicht

da war; diese Einheitsliste mußte für sie erfunden werden, damit Sie doch wieder in die Politik hineinkommen. Und noch dazu haben Sie gesiegt, Sie sind noch stärker herinnen, als sie früher waren. Werne gewählt zu werden, ohne Wähler zu haben, das ist das Entscheidende. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen.)

Der Herr Dr. Seipel hat heute — er hat ein feines Empfinden für die Dinge, die da im Hause schwirren — in seiner Rede betont und dabei ist nicht ein Lächeln über seine Lippen gekommen — das ist an und für sich selten, aber auch in diesem Falle geschah es nicht —, er hat also gemeint, diese drei Parteien, die da die Regierungsmehrheit sind, sind vollkommen selbständige Parteien. (Heiterkeit.) Es ist ungemein drollig, daß erstens die Großdeutschen einen eigenen Club haben — sie haben wirklich einen eigenen Club mit einem Obmann und Schriftführern, wie es halt so üblich ist —, aber noch lustiger muß es sein, es ist mir nur leider nicht gegönnt, das zu erleben, wenn Herr Dr. Seipel in den Club der Großdeutschen kommt und mit diesem Club verhandelt. Das muß zum Kugeln sein. (Heiterkeit.) Diese Herren, die doch vor jedem bösen Blick des Herrn Seipel zittern, verhandeln mit dem Herrn Seipel wie gleichberechtigte Faktoren und Vertragsteile. Besondere Sympathien werden die großdeutschen Herren bei den christlichsozialen Abgeordneten, die diesen hohen Schwung der Politik noch nicht erreicht haben, kaum besitzen.

In einer recht schwierigen Lage sind die neun Herren Landbündler. Sie haben eine gute politische Situation endgültig verpaßt, sie sind etwas gar zu stürmisch gleich nach der Wahl in die Regierungslaupe hineingelaufen. Sie können politisch vor ihren Wählern nur bestehen, wenn sie immer wieder den Beweis erbringen, daß sie die 85 Stimmen der anderen mit ihren 9 Stimmen zu terrorisieren vermögen. Nur so können sie noch vor den Wählern bestehen. In den ersten 14 Tagen ist es ganz gut gegangen. Aber sonst? Wenn auch diese drei Parteien untereinander so einig wären, wie sie es nicht sind, dürften sie es gar nicht nach außen hin zeigen, weil sonst der Portefeuilleschacher gar zu stark in Erscheinung treten würde.

Diese Mehrheit ist brüchig, diese Mehrheit ist nicht tragfähig, sie ist ausschließlich zusammengehalten durch die Angst vor der Sozialdemokratie und durch den Haß gegen die Arbeiter. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen.) Sofort gerät dieser kunstvolle Bau ins Wanken, wenn man Fragen grundsätzlicher Natur aufwirft und sie zu ihrer Beantwortung auffordert. Der Herr Dr. Seipel hat heute schon ein wenig — das heißt für seine Person sehr viel — diesen zwei selbständigen Parteien Rechnung tragen müssen. Er hat das in folgende Worte gekleidet: Das Schicksal jener Bürger anderer Staaten,

die mit uns gleichen Blutes und gleicher Sprache sind, geht uns unmittelbar zu Herzen. In dem Maße wird diese Erkenntnis forschreiten, als es nach der Zeitlage zulässig sein wird. Meine Herren! Gilt das großdeutsche Programm, daß der Anschluß an Deutschland mit allen Mitteln und zu allen Zeiten herbeigeführt werden soll, oder nicht? Das ist die Frage. Der Herr Seipel, der besonders in seinen Auslandreden so vorsichtig, mit leidenschaftloser Kühle über diese Dinge redet, ist mir nicht genug Garantie dafür, daß Sie Ihr Programm einhalten werden. (Heiterkeit.) Ich frage den Landbund, ob seine Auffassung noch zu Recht besteht, daß das Reichsvolksschulgesetz im Burgenland sofort durchzuführen ist. (Stürmischer, anhaltender Beifall und Händeklatschen.) Der Herr Dr. Schönauer hat seinen Namen und den Namen des Landbundes vor diesen Antrag gestellt, er hat den großen Erfolg gehabt, daß dieser Antrag angenommen wurde, und wir fragen nunmehr den Herrn Dr. Schönauer, ob er bereit ist, diesen Antrag wieder einzubringen und für ihn zu stimmen. (Sever: Er hat jetzt den Vizekanzler, der muß trachten, daß der Beschuß des Nationalrates durchgeführt wird!) Ich frage, ob die großdeutschen und die landbündlerischen Abgeordneten auf denselben Standpunkte stehen, auf dem sie seinerzeit standen und auf dem die Sozialdemokratie immer stand. (Sever: Wenn es nicht anders geht, muß Herr Seipel inzwischen auf Urlaub gehen!) Die Regierung hat einen klaren Auftrag des Nationalrates erhalten, und sie ist verpflichtet, diesen Auftrag auch durchzuführen. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen.) Dabei soll nicht das unglaubliche Gaukelspiel unerwähnt bleiben, das sich die Großdeutschen hier geleistet haben. Hier im Hause, vor der Öffentlichkeit, haben sie für den Antrag Schönauer gestimmt, aber dann haben die zwei Herren, Herr Dr. Dinghofer und Herr Dr. Schürff, im Ministerrat den Auftrag, den sie sich selbst erteilt haben, verraten und haben den Klerikalen im Ministerrat die Mauer gemacht. Da war ihnen das Schicksal der deutschen Brüder im Burgenlande vollkommen gleichgültig. (Lebhafte Zustimmung.) Hier liegt ein nationaler Verrat der Großdeutschen und eine Pflichtverlegung des Herrn Bundeskanzlers Seipel vor. (Beifall.) Die Herren Landbündler werden über den Antrag Schönauer nicht hinwegkommen. Wir werden in kollegialster Weise diesen Antrag übernehmen und werden den Herrn Dr. Schönauer Gelegenheit geben, baldigst seine Stellungnahme mit aller Klarheit vor aller Öffentlichkeit zu skizzieren. (Dr. Schönauer: Die können Sie heute schon hören!) Ich nehme diese Erklärung mit großem Vergnügen zur Kenntnis, aber mit den Erklärungen allein begnügen wir uns nicht, denn wir sind gewitzigt; wir werden dann schauen, wie die Abstimmung ausfällt.

Und nun hat uns heute der Herr Bundeskanzler Seipel diesen „Bürgerblock“ vor Augen geführt. Er sagte, alles Trennende soll zurückgestellt werden, denn groß ist die wirtschaftliche Not, da darf sich niemand zurückstellen, da müssen alle Kräfte her; die Krise ist furchtbar, und da ist es die erste Aufgabe: Alles Trennende — das sind die Kulturrefragen — zurück! Und nun, meine verehrten Damen und Herren, was war das erste, was der Herr Seipel in Aussicht gestellt hat? Eine Überprüfung des Wahlrechtes. Meine Herren! Das ist die Bewegung vor den kleinen und kleinsten Parteien. Er gibt ihnen die ferne Hoffnung, insbesondere den Herren Großdeutschen, daß doch einmal ein Wahl-System entdeckt werden könnte, bei dem sie sogar in einer Wahl aus eigener Kraft ein Mandat bekommen könnten. (Heiterkeit.) Sie wissen gar nicht, wie das ist; es schmeckt ausgezeichnet.

Wir fragen nun: Was tut Seipel und die Regierung, um dieser Krise wirklich entgegenzutreten? Was ist es, das alle bewegt, alles Trennende, das Kulturelle, zurückzustellen und die Kräfte zur gemeinsamen Arbeit aufzurufen? Mit Recht hat der Herr Bundeskanzler darauf verwiesen, daß die Arbeitslosigkeit einen so großen Umfang angenommen hat, daß sie zur schwersten Krise führen muß, daß es Hunderttausende gibt, die arbeiten wollen und nicht arbeiten können, die man nicht arbeiten läßt, sondern denen man eine unmöglich kleine Arbeitslosenunterstützung anweist. Meine Herren! Das Gebot der Stunde ist: Arbeit schaffen! Wie schaffen Sie Arbeit? Das ist die Frage, die wir an Sie stellen! (Lebhafte Beifall und Händeklatschen.) So schafft man nicht Arbeit, indem man wieder den Zolltarif, der schwere Belastungen bedeutet, in die erste Reihe rückt, obwohl wir gezeigt haben, wie man den Bedürfnissen der Landwirtschaft gerecht werden kann, ohne die städtische Bevölkerung zum Ausbeutungsobjekt zu machen. Der Herr Bundeskanzler Seipel sagt: Wir wollen die Weltwirtschaftskonferenz ernst nehmen. Herr Bundeskanzler! Wir nehmen Sie beim Wort. Nehmen Sie das ernst, was der Vertreter Österreichs, Herr Dr. Schüller, in Genf gesagt hat, und wir werden zufrieden sein. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen.)

Sie fokettieren wieder mit dem Abbau des Mieterschutzes. Meine verehrten Herren! Den Mieterschutz, den werden Sie nicht abbauen. Da sind gewichtige Interessen damit verbunden. Wenn Sie heute ausgesprochen haben: alles Trennende zurück, um den Mieterschutz abbauen zu können, dann sind Sie, verehrter Herr Bundeskanzler, auf dem Holzweg. (Zelenka: Samt dem Pistor!) Der Herr Abg. Pistor scheint nur, die Verhüttungsspille für die wütend gewordenen Hausherren zu sein.

Der Herr Bundeskanzler hat auch die Einbringung zweier Gesetze über die Bürgerschulen und die

Mittelschulen angekündigt. Ich kann dem Herrn Bundeskanzler sagen, daß wir diese Gesetze sachlich genau und streng überprüfen werden. Ob diese Gesetze die Grundlage zu Verhandlungen sein werden, kann ich heute noch nicht sagen, aber von vornherein will ich mit allem Nachdruck erklären: Diese Gesetze werden durchgeführt werden können, wenn Sie sich möglichst weit von den Richtlinien des Herrn Schmitz entfernen. (Lebhafter Beifall.) Schon jetzt sei festgelegt: wenn es wahr ist, daß der Herr Bundeskanzler nur ein Gesetz für die Bürgerschulen und die Mittelschulen eingebracht hat, dann liegt schon ein Kardinalfehler vor; denn dahin gehört das dritte, vielleicht das wichtigste Gesetz als Voraussetzung für die anderen zwei: das Gesetz über die Lehrerbildung. Das ist eine Voraussetzung. Wir müssen darauf bestehen, daß die neue Schulorganisation so durchgeführt werde, daß die Einheitsschule vom 6. bis zum 14. Jahre geschaffen wird. Wir haben den strengsten Auftrag unserer Wähler, das Bildungsprivileg endlich abzubauen. In Wien haben wir vorbildliche schulreformatorische Arbeit in bezug auf die Organisation und die innere Erneuerung geleistet, und diese Arbeit werden wir durch kein Gesetz und durch keine Verordnung in irgend einer Weise stören lassen. Die Wiener Schulreformarbeiten sind aufgebaut auf der beispielgebenden begeisterter Arbeit der Wiener Lehrerschaft, auf den Ergebnissen der Wissenschaft und der praktischen Arbeit und aufgebaut auf außerordentlichen Opfern, die die Gemeinde Wien für die Schule bringt. Unterschätzen Sie diese Dinge nicht! Wir können diese achtjährige hingebungsvolle Arbeit nicht zerstören lassen, die Arbeit, die volle Erfolge gebracht und uns die Achtung der Fachmänner des In- und Auslandes eingetragen hat. Unterschätzen Sie aber auch nicht, daß es sich hier nicht um eine politische, sondern um eine sachliche Frage handelt, daß es sich um das Schicksal der Kinder aller Eltern aller Parteien handelt, und nehmen Sie zur Kenntnis, daß die Schulreform in Wahrheit eine Herzenssache der Arbeiterschaft geworden ist. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Dieser brüchigen Mehrheit steht eine Opposition gegenüber, in sich gesetzigt, geführt durch einen einheitlichen Willen und geleitet durch ein einheitliches Programm, wesentlich gestärkt durch den Wählerfolg. Die christlichsozialen und großdeutschen Herren mußten in die Wahl gehen und dabei ihren Namen verleugnen, sie mußten in den Parteiblättern schreiben: Wählet nicht christlichsozial, wählet nicht großdeutsch, das sind ungültige Stimmzettel — wählet die Einheitsliste! Sie wußten, daß ihre Namen arg ramponiert sind. Wir sind als Sozialdemokraten in den Wahlkampf gegangen, wir hatten nichts abzuleugnen! Wir haben unser Parteiprogramm als Wahlprogramm und haben dort, wo wir die

Mehrheit haben, ein Aufbauprogramm der Wählerschaft geboten, das sich wesentlich unterscheidet von dem Programm dieser Regierung. Meine verehrten Herren! 227.000 Stimmen haben wir mehr erhalten, und was uns besonders freut, daß hinter uns in steigendem Ausmaße die Frauen sind, daß wir in Wien 102.000 Frauen politisch organisiert haben, was unsere Freude ist (lebhafter Beifall), daß hinter uns die Jugend steht. Diese 71 Mandate sind das Resultat nicht irgendwelcher gekünstelter politischer Kombinationen, sondern das Resultat einer starken ehrenlichen Organisation, das Resultat einer ehrenlichen Aufklärungsarbeit und das Resultat der aufbauenden Tätigkeit der Sozialdemokratie dort, wo man ihr die Macht dazu gegeben hat. (Lebhafter Beifall.) Die ungeheuren Leistungen der Sozialdemokratie in Wien sind heute für uns das beste Wahlagitationsmittel. Wir können da von vornherein auf solche Wahlaufrufe verzichten, die nicht werben, sondern die die Parteien auf das schmählichste diskreditieren, die in die Gosse steigen müssen, um Wahlargumente für sich zu erhalten. (Lebhafter Beifall.)

Wir stellen dem Programm des Herrn Bundeskanzlers Seipel unsere Forderungen gegenüber. Auch der Herr Bundeskanzler hat von der Altersversicherung gesprochen. Das ist nicht die wahre Liebe, Herr Bundeskanzler! Sie haben hier wieder etwas versucht, das die Öffentlichkeit auf diesem Gebiete schwer irreführen kann. Sie haben hier ausgesprochen, wir wollen alles daran setzen, um die Voraussetzungen zu schaffen, damit das Gesetz in Kraft treten könne; schon in der nächsten Zeit wird ein Vorschlag an den Haupptausschuß gelangen, um eine Verordnung herauszugeben. Da glauben jetzt unsere armen alten Leute: Ah, jetzt wird der Haupptausschuß in die Lage kommen, den Zeitpunkt des Inkrafttretens festlegen zu können. Das ist doch die Verordnung, die festgesetzt soll, wie der Wohlstandsindex festgelegt werden soll. Sie treiben böses Spiel mit den Hoffnungen unserer alten, armen Arbeiter. (Lebhafter Beifall.) Wir brauchen diesen Wohlstandsindex nicht; wir wissen, daß das Geld da ist und für die alten arbeitenden Menschen da sein muß. (Lebhafter Beifall.) Wir haben in Wahrheit Achtung vor dem Alter. Hier liegt eine schwere Schuld der bürgerlichen Gesellschaft vor, die endlich einmal beseitigt werden muß. Wir verlangen, daß sich der Nationalrat sofort mit der Frage beschäftigt, wie die Altersfürsorgerenten abgeändert werden können. Unsere Leute können es nicht verstehen, daß bei der Zahlung der Monat 20 Tage und beim Arbeiten 30 Tage haben soll. Sie verstehen es nicht, daß man nur für 20 Tage die Sorge übernimmt. Das ist eine unmögliche und unhaltbare Bestimmung. Im Oktober soll diese Bestimmung in Kraft treten, aber bis dahin muß Zeit gefunden werden, um dieses Unrecht zu beseitigen. (Lebhafter Beifall.)

Der Herr Bundeskanzler hat die Versicherung der Land- und Forstarbeiter hier angekündigt. Diese Versicherung ist sehr notwendig. Aber wir fragen: Warum kommen die Landarbeiter nicht in die allgemeine Sozialversicherung hinein? (Lebhafter Beifall.) Warum wollen Sie eine eigene Versicherung haben? Das Spezialgesetz soll nur dazu dienen, die landwirtschaftlichen Arbeiter selbst gegen die industriellen Arbeiter noch schwer zu schädigen, sie sollen die Parias unter der Arbeiterschaft bleiben. Sie können es nicht verwinden, daß aus dem Knecht ein landwirtschaftlicher Arbeiter werden soll. (Lebhafter Beifall.)

Die Verordnung über den Vächterschutz läuft ab. Wir wollen eine gesetzliche Regelung dieser für die Landwirtschaft außerordentlich wichtigen Frage.

Unser entschlossener Wille ist es, daß der Mieter- schutz aufrechterhalten bleibt. (Lebhafter Beifall.) Der Herr Bundeskanzler Seipel hat heute erklärt, die ernsteste Aufgabe sei die Schaffung eines modernen Mietenrechtes, und er sagte: Wir verlangen, daß diese Frage mit allem Ernst behandelt wird. Das ist komisch, Herr Seipel: ernst nennen Sie die Behandlung der Frage, wenn man nur die Interessen der Hausherren im Auge hat (Beifall und Händeklatschen), und demagogisch nennen Sie die Behandlung der Frage, wenn man die Interessen der Mieter verteidigt. So liegen die Dinge. (Beifall und Händeklatschen: — Bundeskanzler Dr. Seipel: Unernst ist Obstruktion!) Unernst ist die Obstruktion dann, wenn man ein brauchbares Gesetz nicht zur Beschlusffassung bringen läßt. Aber Gott sei Dank, ist die Obstruktion bei einem ernsten, die Interessen der ungeheuren Mehrheit der Bevölkerung verlebenden Gesetz das letzte Mittel der Verzweiflung, das man anwendet und das wir uns auch nicht nehmen lassen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Wahrhaftig, Herr Bundeskanzler Seipel, Sie können sich über diese Opposition nicht beschweren, daß sie undemokratisch wäre. Wir haben nur dann zu diesem Mittel gegriffen, wenn wir wirklich dazu gezwungen waren. (Lebhafte Zwischenrufe.)

Präsident Dr. Waber (der während vorstehender Ausführungen den Vorsitz übernommen hat): Ich bitte, nicht zu unterbrechen! Das Wort hat der Herr Abg. Glöckel.

Glöckel (fortfahrend): Der Herr Bundeskanzler hat heute in seiner Rede angekündigt, daß er die Kleinrentenvorlage einbringen wird, und zwar unverändert. (Bundeskanzler Dr. Seipel: Nein, geändert!) Also nicht unverändert. Wir haben das größte Interesse daran, daß diesem Hause eine Vorlage unterbreitet werde, die von den Kleinrentnern akzeptiert werden kann, daß es nicht wieder eine Vorlage ist, die von den Kleinrentnern als Verhöhnung aufgefaßt werden muß. Wir wollen, daß

diese Frage, deren Schwierigkeit wir nicht verkennen, ernst, aber erfolgreich in diesem Hause gelöst wird. (Beifall und Händeklatschen.)

Meine verehrten Herren! Besonders feierlich gestaltete sich der Beginn der Rede des Herrn Bundeskanzlers. Er begrüßte das Volk und besonders die Beamten dieses Staates. Dieser Gruß ist sicherlich berechtigt. Er war nur etwas auffallend, und man fragte sich: Warum grüßt der Herr Bundeskanzler so freundlich? Und jetzt erfahren wir, daß der Mieter- schutz eine Bresche bekommen soll. Da werden die Beamten von dem Gruß wenig haben. (Bundeskanzler Dr. Seipel: O ja!) O nein! Der Gruß läßt sich nicht valorisieren (Heiterkeit), das ist nicht möglich. Wir verlangen ein Reichsgesetz, um die Personalvertretungen für die Bundesangestellten und Lehrer zur Tat werden zu lassen. Wir verlangen, daß das den Altpensionisten zugesetzte schreiende Unrecht beseitigt werde. (Beifall und Händeklatschen.) Das sind einige der dringendsten Fragen, die unmittelbar auf den Tisch des Hauses gehören.

Und in den kulturellen Fragen, meine Herren, da werden wir die Mühe den anderen Parteien abnehmen. Wir werden dafür sorgen, daß die sogenannten freiheitlichen Parteien in die Lage kommen, ihren freien Sinn zu erkennen. Wenn Sie schon die freiheitlichen Ideen verraten, dann verraten Sie sie vor aller Öffentlichkeit — dafür werden wir sorgen. (Beifall und Händeklatschen.)

Und nun, meine verehrten Herren, will ich zusammenfassen. Einer innerlich schwachen Mehrheit dieses Hauses, die von einer Regierung geführt wird, die zum großen Teil mit den Bankskandalen belastet ist, die nicht in der Lage ist, ein umfassendes wirkliches Aufbauprogramm vorzulegen, das die gegenwärtige furchtbare Krise zu überwinden in der Lage wäre, die sich darauf beschränkt, ihre Kraft dadurch vortäuschen zu wollen, daß sie die Ministerbank provokatorisch zusammensezt, dieser Mehrheit steht eine entschlossene Opposition gegenüber, eine Opposition, die nicht nur stark ist in den Mandaten, nicht nur stark ist im Parlament, sondern auch ihre Stärke findet außerhalb des Parlaments. (Zustimmung.) Diese Regierung des Bürgerblocks werden wir bekämpfen. Wir müssen sie bekämpfen, denn sie ist mit dem ausdrücklichen Zweck gebildet worden, den Einfluß der Arbeiter und Angestelltenchaft zu beschränken. Sie hat den Zweck, die Sozialdemokratie einzukreisen. Herr Bundeskanzler Dr. Seipel, wir begrüßen diesen Zustand als einen außerordentlichen Fortschritt. Das, was sich hier gebildet hat: hier Bürgerblock, hier die Vertreter der arbeitenden Schichten, das wird zur Auflösung der Massen mehr beitragen als tausende Artikel und tausende Werbeblätter. (Lebhafter Beifall.) Mehr noch. Sie sind ausgezogen, um das Selbstbewußtsein des Bürgertums zu heben.

Was haben Sie erreicht? Wir Sozialdemokraten sehen erst, wie stark wir sind, daß sich alle zusammenfüßen, um mit uns den Kampf aufzunehmen zu können. (Lebhafter Beifall.) Wir begrüßen die jetzige politische Konstellation, den sie zeigt augenfällig, daß Sie am Ende der politischen Kombinationsmöglichkeiten sind. Das letzte taktische Mittel müßten Sie in Anwendung bringen — es gibt keine weitere Entwicklung auf Ihrem Gebiete. Das ist das letzte System einer bürgerlichen Regierung, und dann, meine Herren, tritt die Sozialdemokratie auf den Plan! (Stürmischer, anhaltender Beifall und Händeklatschen. — Redner wird glückwünscht.)

Kunsthaf: Hohes Haus! Wir haben heute die neue Regierung gewählt, und der Herr Bundeskanzler hat in einer Erklärung angezeigt, was die Aufgabe der neuen Regierung sein wird. Es hat der unmittelbare Herr Vorredner sich bemüht, die Behauptung zu beweisen, daß die Rede des Bundeskanzlers außerordentlich dürftig gewesen sei. Wenn ich mir die Argumentation gegenwärtig halte, die zu diesem Zwecke von Seiten des Herrn Vorredners gebraucht wurde, dann muß ich sagen, es ist ihm sehr schlecht gelungen, seinen Groll zu verborgen über den Inhalt der Rede des Bundeskanzlers, und sein Unvermögen, diese Rede zu widerlegen. Es ist der Herr Bundeskanzler, wie es Aufgabe einer Regierung ist, selbstverständlich nicht den Weg parteipolitischer Exkursionen gegangen, sondern er hat, weil eben eine Regierung auch dann, wenn sie von Parteien gewählt ist, doch die Pflicht hat, über den Parteien zu stehen, die Dinge so betrachtet und geschildert, wie sie vom Standpunkte des allgemeinen staatlichen Interesses und des allgemeinen Volksinteresses eben nur beurteilt werden können.

Es hat der Herr Bundeskanzler einige sehr wichtige Fragen angeschnitten, zunächst auf dem Gebiete der Außenpolitik, er hat in seinen Ausführungen zum Ausdruck gebracht, daß in ihm und in der Regierung, die er zu vertreten hat, das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit aller Deutschen lebendig ist und die Fähigkeit besitzt, sich ohne Übertreibungen und ohne Schellengeläute auszuwirken, lebenswarm und lebenswahr. Wir unterstreichen diese Erklärung des Herrn Bundeskanzlers, weil auch in uns das Gefühl der Zusammengehörigkeit vor allem mit jenen lebendig ist, die, von dem alten Lande Tirol losgerissen, nun in Fremdherrschaft ihr Leben fristen müssen. Wir unterstützen diese Ausführungen, weil auch wir glauben, daß nicht nur im Interesse des Friedens allein, sondern auch aus nationalen Rücksichten heraus die Pflicht besteht, dafür zu sorgen, daß der durch den Friedensvertrag geschaffene Zusammenschluß der Deutschen im Burgenlande mit den Deutschen in Österreich nicht gestört werden darf. (Lebhafter Beifall und

Händeklatschen.) Wir schließen uns der Hoffnung des Herrn Bundeskanzlers an, daß es den Bemühungen der in Betracht kommenden Kreise, daß heißt den Bemühungen der Regierung in Rom und in Budapest, gelingen werde, hintanzuhalten, daß der gegenwärtige Zustand noch mehr vergistet werde, als dies bereits der Fall ist, daß man es in Rom genug sein lassen wird an dem, was an Leid über unsere Südtiroler Volksgenossen bereits gekommen ist (Sehr richtig!), und daß man in Budapest die Versuche aufgibt, zwischen den Deutschen des Burgenlandes und den Deutschen des übrigen Österreich Unfrieden und Unsicherheit zu schaffen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Der Herr Bundeskanzler hat von den Beziehungen zum Deutschen Reiche gesprochen. Wenn er meinte, daß die geistigen Beziehungen einer Steigerung nicht bedürfen und auch nicht fähig sind, so ist das auch unsere Meinung. Demn mit Recht konnte der Herr Bundeskanzler auf die geschichtlichen Tatsachen verweisen, die diese geistige Einheit geboren und im Laufe der Jahrhunderte zu einer unzerstörbaren gemacht haben. (Beifall.)

Freilich, wenn das, was der Herr Bundeskanzler zum Ausdruck gebracht hat, dem Redner der Minderheit zu wenig war, dann darf ich an diesen Ausdruck der Unzufriedenheit die Bemerkung knüpfen, daß es außer der geistigen Einheit eines Volksstammes, die über Ländergrenzen und Reichsgrenzen unbeirrt hinwegwirkt, auch noch andere Imponderabilien gibt, die für die Gemeinsamkeit, für das gemeinsame Fühlen, für die Gemeinsamkeit des Lebens und des Handelns einer Nation unter Verhältnissen, wie sie durch die Friedensverträge geschaffen wurden, von Bedeutung sind. Diese Voraussetzungen liegen in sehr starkem Maße auf dem Gebiete des Wirtschaftslebens, auf dem der Volkswirtschaft, auch auf dem der Sozialpolitik. Wenn der Wunsch, den Weg vorzubereiten, der schließlich zu einer Einheitslichkeit nicht nur im nationalen, sondern auch im wirtschaftlichen und sozialen Leben der deutschen Nation führt, nicht Heuchelei ist, dann besteht das Gebot, auch auf den Gebieten des wirtschaftlichen und des sozialen Lebens die Unterschiedlichkeiten, die Täler auszufüllen, die da vor allem in der Gesetzgebung gegeben sind. Wenn die Frage so gestellt wird, kommen wir allerdings sofort darauf, daß den Sozialdemokraten das Privileg der Anschlußfreundlichkeit, das sie für sich in Anspruch nehmen (Widerspruch), absolut nicht zukommt. (Beifall.)

Ich greife nur eine Frage heraus, die auch Gegenstand der Erörterung gewesen war, die vom Herrn Bundeskanzler in der Regierungserklärung erwähnte Mietenfrage. Es hat mich sonderbar berührt, daß die sozialdemokratische Opposition in dem Augenblick und just in dem Augenblick, als

der Bundeskanzler von der Notwendigkeit der Schaffung eines modernen Mietenrechtes gesprochen hat, förmlich in Kaserei verfallen ist. (Rufe: *Sehr richtig!*) Daß der Begriff modern und der Begriff Mietenrecht, was auch Mieterrecht heißt, auf die Opposition eine so abschreckende Wirkung ausüben kann, das bildet für mich den Beweis, daß die Herrschaften aus der Wählerversammlungssphäre noch nicht herauszukommen vermochten. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Dr. Dannenberg: Sagen Sie, was das heißt, modernes Mietenrecht!) Modernes Mietenrecht, was das heißt, werden Sie sehr klar und deutlich erfahren, wenn die betreffende Vorlage von der Regierung eingebracht wird und Sie bis zu diesem Zeitpunkt schon die Fähigkeit wiedergefunden haben, eine ernste Angelegenheit nicht vom Standpunkt der Wahlen, sondern vom Standpunkt der sachlichen Notwendigkeiten zu beurteilen. (Beifall und Händeklatschen. — Bravo! — Rufe.)

Ich habe auf diese Frage im Zusammenhang mit der Feststellung der Verhältnisse im Deutschen Reiche deswegen Bezug genommen, weil gerade auf diesem Gebiete eine nicht nur gesetzestechnisch, sondern auch volkswirtschaftlich ganz ungeheure Kluft entstanden ist, deren Ausfüllung nicht durch irgendeinen einfachen Gesetzgebungsakt oder Staatsvertrag erfolgen kann. Ich habe deswegen darauf verwiesen, weil ja allen bekannt ist, daß dem Standpunkte unserer Opposition, daß an dem gesetzlichen Zustand, den wir jetzt in bezug auf das Mietwesen haben, unter keinen Umständen und in keinem Belange gerüttelt werden darf, im Deutschen Reiche ein anderer Standpunkt entgegensteht, der Abbau des Mieterschutzes in einem solchen Tempo, das ich nicht in jedem Augenblick ganz zu verstehen vermag. Der Standpunkt: an dem Mietengesetz darf nicht gerüttelt werden, ist in Deutschland bereits von allen Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, aufgegeben worden. (Lebhafte Hört!-Hört!-Rufe.) Auch die Sozialdemokraten im Deutschen Reiche finden natürlich an dem Tempo und dem Ausmaß der Änderung des Mietengesetzes dieses und jenes auszuzeichen und üben manche herbe Kritik, aber sie sind an der Schaffung des jetzigen Zustandes — wenn man hier von einer Schuld an diesem Zustand sprechen kann — genau so mitbeteiligt, wie die übrigen Parteien des deutschen Reichstages es sind.

So haben wir jetzt zwei Extreme in der Gesetzgebung auf einem so wichtigen volkswirtschaftlichen Gebiet, wie es das Wohnungs- und Mietenwesen ist: bei uns das unverrückbare Festhalten an einem Zustande, der — mag man ihn auch vom strengsten Mieterstandpunkte aus beurteilen — nicht aufrecht erhalten werden kann (*Sehr richtig!*), dem ein Zustand in Deutschland gegenübersteht, der weit über die Valorisierung des Friedenszinses hinausgeht.

Diese Gegensätzlichkeit kann man verteidigen, je nach dem Standpunkt, auf welchen man sich stellt. Aber diese Gegensätzlichkeit kann man dann nicht verteidigen und dann nicht verewigen wollen, wenn man vor sich das Ziel hat eines Zusammenschlusses der beiden Reiche und der Volksmassen, die in den beiden Staaten leben. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Forstner: „Mieterschutz gesichert!“) Die Frage der Sicherung des Mieterschutzes können Sie nur als Verlegenheitsphrase im Zusammenhang mit dem vorbringen, was ich jetzt festgestellt habe. (*Sehr richtig!*) Ich kann Ihnen sagen: Der Mieterschutz, im Sinne der Sicherung der Wohnung, steht außer jeder Gefahr, und wenn eine Mietengesetzvorlage hier im Hause vorgelegt werden wird, so wird diese Sicherung ein Bestandteil des Mietenrechtes sein müssen, oder es ist eben kein modernes Mietenrecht. (Beifall. — Ruf: *Ein jüdischer Dreh!*) Der würde es sein, wenn ich in Ihre Schule gegangen wäre, dann hätte ich das Talent dazu. Die Mitteilung der Regierung ist eine solche, die verdient, mit vollem Ernst behandelt zu werden. Sicherlich aber zeigt es von keinem politischen Ernst, wenn man die bloße Mitteilung, ein modernes Mietenrecht zu schaffen, mit Lärm, Hohn und Aufregungszuständen beantwortet. (Lebhafte Zustimmung.) Ich möchte in dieser Frage der Opposition einen Rat geben: Abwarten und sich das moderne Mietenrecht dann anschauen. Ich nehme diesen Rat auch für meine Person auf. Ich kenne nur die Ankündigung eines modernen Mietenrechtes. Die Regierung wird diese Ankündigung zur Tat machen, und dann weiß ich, daß es auch meine wie jedes anderen Abgeordneten Pflicht sein wird, das zu überprüfen, was die Regierung von ihrem Standpunkte aus für notwendig und möglich hält, und es, falls ein Widerspruch besteht, mit dem in Einklang zu bringen, was wir als gewählte Abgeordnete mit den Interessen des Volkes und den Möglichkeiten der Wirtschaft für vereinbarlich halten. (Lebhafte Zustimmung und Händeklatschen.) Die Ankündigung einer Regierungsvorlage trägt nicht den Charakter einer Ordre zum Parieren, sie darf auch nicht als Armeekommandobefehl bewertet werden, sondern nur als Bekenntnis der Regierung zu einer bestimmten Absicht und als Einladung an das Parlament, an der Durchführung dieser Absicht nicht im Hinblick auf die Wünsche der Regierung, sondern nur im Hinblick auf das Wohl des Volkes und des Vaterlandes mitzuwirken. (Lebhafte Bravo!-Rufe.)

Der Herr Bundeskanzler hat in seiner Erklärung der Maßnahmen auf dem Gebiete des Sozialversicherungswesens gedacht. Er hat erwähnt, daß es Aufgabe dieses Nationalrates sein werde, die Möglichkeiten zur vollen Inkraftsetzung des Altersversicherungsgesetzes raschestens zu schaffen. Auch das ist vom Herrn Vorredner nicht gebilligt worden und wurde sogar als eine Heuchelei und als ein frevels

Spiel mit den Hoffnungen der Arbeiterschaft bezeichnet. Ich will in diesem Augenblick den Wunsch aussprechen, daß diese Erklärung des Bundeskanzlers, die als eine Aufforderung an den Nationalrat aufzufassen ist, so ihre Verwirklichung und Erfüllung finde wie seine Aufforderung an den alten Nationalrat, vor seinem Auseinandergehen noch das Gesetz über die Alters- und Invaliditätsversicherung zu schaffen. Es ist auch damals aus dem Lager der Opposition der Ruf ertönt, daß das nicht möglich sein werde. Wir wissen, wie es ausgegangen ist. Am Schlusse haben die Herren doch mitgetan und haben eine sehr einfache Erklärung für ihren Schritt in dem Sache gefunden: Der Spatz in der Hand ist halt doch besser als die Taube auf dem Dache. Und so ist es in dem alten Nationalrate trotz aller schweren Konflikte und trotz aller Kriegserklärungen, die von außen an Regierung und Nationalrat eingangen sind, möglich gewesen, das Gesetz über die Altersversicherung durch einstimmigen Beschuß zu verabschieden. (Sehr richtig!) Wenn diese letztere Tatsache dem Willen entsprang, das Gute zu fördern und nicht zu opfern gegenüber dem Phantom eines Besseren, und wenn dieser Wille auch in diesem Hause wirksam sein wird, dann wird dieses Haus raschstens die Voraussetzungen schaffen, unter denen die volle Inkrafttretung des Alters- und Invaliditätsgeges gesetzes erfolgen kann. Wir wünschen diesen Augenblick in möglichste Nähe gerückt, wann er gekommen sein wird, läßt sich freilich vorher nicht sagen. Wir wollen heute für uns nicht mehr in Anspruch nehmen und wollen der Öffentlichkeit nicht mehr sagen, als daß in uns das Pflichtbewußtsein lebt, in dieser Frage möglichst rasch zum ganzen Ende zu kommen. (Lebhafter Beifall.) Wenn die Sozialdemokraten uns auf diesem Wege Arbeitsgesellschaft leisten wollen, so werden wir das begrüßen. Wenn sie es ablehnen, so werden wir den Weg allein vorwärtsgehen und dem arbeitenden Volke, auch den alten Arbeitern zeigen, daß ihr Interesse in der Hand der Mehrheitsparteien gut geborgen ist. (Lebhafter Beifall.)

Ein ganz interessantes Problem hat die Regierungserklärung mit der Ankündigung der zwei Regierungsvorlagen über Reformen auf dem Gebiete des Volks- und Mittelschulwesens aufgerollt. Ich bin ebenfalls nicht in der Lage, zu dem Inhalt dieser beiden Gesetze Stellung zu nehmen, weil ich die beiden Gesetzesvorlagen noch nicht kenne. Aber ich darf namens der christlichsozialen Partei aussprechen, daß sie sich dessen bewußt ist, daß die Verhältnisse auf dem Gebiete der Volksschulbildung ebenso wie auf dem Gebiete der Mittelschulbildung dringend nach einer Ordnung rufen. In dieser Auffassung sind wir mit den Sozialdemokraten einig. Daß wir auch in der Begriffstellung von Ordnung übereinstimmen, kann ich leider nicht sagen; denn wenn ich auch manches und vieles von dem, was

in Wien, aber nicht nur in Wien allein, auf dem Gebiete der Schule geschaffen wurde, gelten lassen will, so muß ich doch sagen, daß vieles auf diesem Gebiete nur Experiment ist, dessen Ergebnis abgewartet werden muß, bevor man zu einem endgültigen Urteil gelangt. Es ist daher zumindest ein unbescheidenes Verlangen, wenn man dem Nationalrate zumutet, den Zustand auf dem Gebiete des Schulwesens, wie er sich in Wien herausgebildet hat, in unbedingtem Vertrauen auf die Marke Glückel gewissermaßen widerspruchlos und unbeschaut hinzunehmen. Zu einem solchen Vorgehen werden Sie uns nicht gewinnen können. Bei aller Anerkennung der Notwendigkeit auch gesetzlicher Maßnahmen auf dem Gebiete der Schulreform werden wir und müssen wir uns vorbehalten, über Ziel, Zweckmäßigkeit und Inhalt einer jeden solchen Reform unsere eigene Meinung zu haben.

Im Zusammenhang damit hat der Herr Abg. Glückel eine Szene aufgeführt, von der er wahrscheinlich gemeint hat, daß sie uns zu Tränen röhren sollte. Sie war sehr rührselig in der Aufmachung; mich hat sie bei allem Ernst, der sonst dieser Frage innwohnt, eher zum Gegenteil vom Weinen veranlaßt. Es hat der Herr Abgeordnete — was ja den größten Teil seiner Rede gebildet hat — einige Vorwürfe im Wahlkampf in die Debatte geworfen und hat daran eine Verantwortlichkeit des Unterrichtsministers festgestellt, wo es keine gibt. Er hat sich, um mich trivial auszudrücken, einen Watschenmann aufgestellt und diesen geohrfeigt. Nun ist aber ein österreichischer Unterrichtsminister kein Watschenmann, und das Parlament ist keine Praterbude. Daher war diese Aufmachung ganz daneben gegangen. (Zustimmung.) Es ist behauptet worden, daß in einer Wahlflugschrift arge Angriffe gegen die Zustände im Wiener Schulwesen erhoben worden seien. Ob das in der Verallgemeinerung geschehen ist, wie es uns hier mitgeteilt worden ist, weiß ich nicht. (Ruf: Ja! Ja!) Das wäre zu überprüfen, und ich werde das überprüfen. Aber Sie werden mir zugeben, daß ein Mann in der Stellung wie ich nicht die Möglichkeit hat, in einem Wahlkampf alle Dinge, welche die Druckmaschine an den Tag bringt, durchlesen und überprüfen zu können. (Ruf: Nicht einmal seine eigene Flugschrift?) Nun, ich habe Herren von Ihnen schon oft ertrappt, die nicht einmal die „Arbeiter-Zeitung“ gelesen haben. (Heiterkeit.) Hohes Haus! Es soll da eine Geschichte von dem Nackturnen ganz verallgemeinert worden sein. (Ruf: Ist!) Ich kann nur sagen: soll. Sie werden doch nicht glauben, daß für mich das, was der Herr Glückel sagt, ein Evangelium ist. Vorläufig sage ich: soll, und wenn ich mich anders überzeugt habe, werde ich sagen: es ist. Es soll da eine Geschichte vom Nackturnen verallgemeinert worden sein. Wenn das der Fall war, so ist das gewiß

eine unzulässige Übertreibung. Aber ganz aus dem Finger gesogen ist die Geschichte nicht. (Widerspruch.) No, wir haben so etwas schon einmal gehabt, ich bitte um Entschuldigung. Der Fall hat die Öffentlichkeit und auch den Wiener Stadtschulrat beschäftigt. Es hat den Fall gegeben, daß eine Turnlehrerin sich selbst nackt ausgezogen und von den Kindern auch verlangt hat, das gleiche zu tun. (Zwischenrufe.) Diesen Fall hat es gegeben, ich bin aber weit entfernt davon, aus diesem Fall auf einen gegebenen Zustand schließen zu wollen. Es ist das eine exzentrische Handlung einer vielleicht exzentrisch veranlagten Lehrerin gewesen, und soweit ich den Fall in Erinnerung habe, ist er vereinigt und ist einer Wiederholung der Sache vorgebeugt worden. Aber so wenig, als es berechtigt ist, aus einem einzelnen Fall auf einen gegebenen Zustand im Schulwesen überhaupt zu schließen, so wenig ist es gerechtfertigt, den Unterrichtsminister für eine Zeitschrift verantwortlich zu machen. Nein, da müssen Sie sich schon mit dem Redakteur, mit dem wirklichen oder verantwortlichen Redakteur auseinandersetzen. (Dr. Bauer: Den haben wir auch geklagt, der hat es auch nicht gelesen! Er ist nicht einmal zur Verhandlung gekommen!) Das muß dann ein verslirfter Kerl sein, der muß eine tüchtige Nachahmungsgabe der verantwortlichen Redakteure der "Arbeiter-Zeitung" besitzen. (Heiterkeit.) Die haben auch in der Regel das Gebrechen, daß sie nichts geschrieben und nichts gelesen haben.

Es ist ebenso unzulässig, wenn der Herr Abg. Glöckel den Unterrichtsminister verantwortlich macht dafür, daß Kindern in Tirol Schnaps zum Trinken gegeben wird. Die Schulverwaltung gibt ihnen ja keinen Schnaps zum Trinken. (Heiterkeit.) Den Schnaps kriegen sie zu Hause bei ihren Eltern. Das ist aber eine Erscheinung, die es leider nicht allein in Tirol gibt. In Tirol hat man sich die Mühe genommen, diesen Zustand statistisch zu erfassen. Vielleicht kriegen wir ein noch erschreckenderes Bild, wenn wir uns die Mühe geben, bei uns diesen Zustand zu erfassen. (Zustimmung.) Jeder, der das Wiener Leben kennt, weiß, daß es eine grobe Unsitte im Wiener Leben gibt, die verheerend wirkt. Sie besteht darin, daß man den sogenannten Buzel, wenn die Kinder recht unruhig sind, in Schnaps taucht und so den Kindern in den Mund steckt. Aber auch das ist nicht eine Sache der Schulverwaltung, das ist die Folge, sagen wir, einer mangelhaften Erziehung breiter Schichten unseres Volkes, eine Folge mangelhafter Erziehung, die es mit sich bringt, daß die überwiegende Masse der gereiftesten Bevölkerung sich absolut ablehnend verhält gegenüber dem Hinweis auf die Gefährlichkeit des Alkoholkonsums. Dafür einen Unterrichtsminister verantwortlich machen zu wollen und ihn fragen, ob er an Ort und Stelle Erhebungen gepflogen hat und was

er jetzt zu tun gedenkt, das ist ganz und gar unzulässig, und wenn das der Chef des Wiener Schulwesens tut gegenüber dem Unterrichtsminister, so ist das überdies noch eine grobe Geschmacklosigkeit. (Zustimmung.)

Wir haben die Rede des Herrn Abg. Glöckel angehört, mit der er auf die Regierungserklärung Antwort gegeben hat. Als ich seine Rede vernommen habe, da ist mir eingefallen, daß ich heute eine Einladung bekommen habe zur neuesten Bildungsattraktion der sozialdemokratischen Partei im Saal des Philadelphiateaters (liest): "Politischer Kabarettabend. Programm: Der Rück nach rechts. — Die große Attraktion: Ho ruck! — Ein Begräbnis erster Klasse. — Zum ersten-, zum zweiten-, zum drittenmal! — Der Mord in Hainburg. — Siegesfeier in der Familie Wahl Zinsgeier." (Zwischenrufe.) Ich habe mir berichten lassen über das, was dort den Leuten geboten wird. Zum Beispiel ein Begräbnis der Einheitsliste, hinter dem ausgerechnet noch dazu ein Jude in der Maske des Bundeskanzlers mit einer gebrochenen Kerze nachgeht. (Lebhafte Pfui!-Rufe.) Ich habe dabei gedacht, daß das sicherlich auf dem Wege zur Hebung der Volksbildung kein Schritt nach vorwärts, sondern ein gewaltiger Schritt nach rückwärts ist. (Sehr richtig!) Und als ich den Herrn Glöckel hier so reden hörte, wie er gesprochen hat, da habe ich mir gedacht: Jetzt kenne ich den Impresario dieses politischen Kabaretts! (Lebhafte Beifall und Händeklatschen.)

Geehrte Frauen und Herren! Wir bedanken uns bestens für die große Sorge, die der Herr Abg. Glöckel sich unsertwegen auferlegte. Ich hoffe mir, daß ihm diese Sorge nicht den Schlaf seiner Nächte raubt. Er ist so besorgt um das Schicksal der Parteien, die sich in der Regierung zusammengefunden haben, um die Qualitäten der Männer, die auf der Regierungsbank sitzen. Im Munde eines wahren Demokraten klingt es sehr verdächtig, wenn er sich einen Mann zur Zielscheibe seiner Späße nimmt, weil er nicht zufällig als Unterlehrer in Pension gegangen ist. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen.) Schiegl: Ihr wißt nicht einmal, was Demokratie heißt! — Zahlreiche Gegenrufe.) Die Sorge um die Freiheit der Parteien, die sich zur gemeinsamen Arbeit zusammengefunden haben, war geradezu rührend und wir müssen gestehen, daß wir uns um unser eigenes Geschick und um unsere Zukunft bisher noch viel zuwenig Gedanken gemacht haben, also eigentlich ein leichtsinniges Wölklein sind. Bei dieser Sorge um das Wohl derer, die sich zur Regierungsmehrheit zusammengetan haben, erinnere ich mich, daß es so etwas wie ein gemeinsames Vorgehen, ein gemeinsames Sitzen auf der Regierungsbank in diesem Hause schon vor der Arbeitsgemeinschaft der Christ-

lichsozialen und der Großdeutschen gegeben hat, also auch vor der Arbeitsgemeinschaft der Christlichsozialen, Großdeutschen und Landbündler, das war die sogenannte Koalition in den seligen Renner-Zeiten. (Heiterkeit.) Ah, damals haben die Herren gefunden, daß es ihrer Würde und ihrer Freiheit nicht widerspricht, sich mit den schwärzesten Christlichsozialen auf einer Bank zusammenzusetzen, da waren Sie um all die Belange nicht besorgt, die Ihnen heute keine Ruhe des Gewissens mehr lassen, um die Chereform, um den § 144, um die Schulreform usw., da haben Sie alles geschluckt, so lange die Christlichsozialen Ihnen nur die Möglichkeit gaben, daß der Herr Dr. Renner in der Herrengasse und der Herr Seitz am Ballhausplatz residieren konnten. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Seitdem das vorüber ist, finden sie in der Suppe nichts als Haare und den Wein so sauer, daß er ungenießbar ist. Was nicht ist, kann werden; vielleicht kommt eine Zeit, wo wir wieder eine Arbeitsgemeinschaft mit Sozialdemokraten und irgendeiner Partei werden zu begrüßen haben. Ich aber stelle fest: Was sich zur Regierungsmehrheit zusammengefunden hat, das hat sich zusammengefunden, um unserem Volke das zu geben, wovon es heißt, daß es das erste ist: Zuerst leben und dann philosophieren! (Rufe: So ist es!) Das Leben unseres Volkes und unseres Landes ist auf das schwerste bedroht, und dieses nackte Leben zu retten, haben wir uns zu gemeinsamer Arbeit zusammengetan und es übernommen, auch das Leben der Sozialdemokraten in diesem Staate gegen die sozialdemokratische Partei mitzureden. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Wir hätten uns geschämt, unseren eigenen Namen zu nennen, und seien so weit gekommen, den Wahlaufruf zu überschreiben: "Österreicher und Österreicherinnen!" Ich erinnere mich und die meisten werden sich auch noch erinnern: bis vor wenigen Tagen konnte man in Wien an allen Ecken und Enden der Stadt die Danksgung des sozialdemokratischen Wiener Parteivorstandes lesen. Da ist nichts gestanden, von Genossen oder Sozialdemokraten, sondern mit der Überschrift "Wiener und Wienerinnen!" hat dieser Aufruf begonnen. (Beifall.) Wenn man sich so etwas selbst hat zuschulden kommen lassen, dann soll man nicht andere deswegen anklagen, sondern: schweigen.

Man hat vom Herrn Glöckel auch das Wort vernommen, über Wahlschwindel soll man nicht reden, denn die Wahlbehörden haben bereits festgestellt, daß es keinen Wahlschwindel gegeben hat. (Heiterkeit.) Nehmen Sie zur Kenntnis, Herr Abg. Glöckel und die Herren von der sozialdemokratischen Partei, über den Wahlschwindel wird geredet werden und nicht nur in Versammlungen! Mit dem Wahlschwindel wird sich der Verfassungsgerichtshof zu beschäftigen haben (lebhafter Beifall und Hände-

klatschen), und wir werden sehen, ob der Verfassungsgerichtshof dieselbe Objektivität des Urteiles besitzt, wie sie die Wiener Stadtwahlbehörde geübt hat. (Zwischenrufe.) Hier sitzt ein Zeuge, der Herr Dr. Renner. Als wir unter der Führung des Herrn Dr. Renner an die Stelle des bürokratischen Wahlapparats dessen Demokratisierung gestellt haben, da war er es, der gesagt hat, aus der Hand der beamteten Personen muß der Apparat in die der Vertreter der frei gewählten Parteien des Volkes, der unmittelbaren Vertreter des Volkes kommen. Die Beamten — meinte er damals — haben nicht die Möglichkeit, objektiv ihres Amtes zu walten, denn morgen sind sie vielleicht schon als Mehrheitsbeamte einer bestimmten Partei unterstellt, wie das im demokratischen Staate der Fall zu sein pflegt. Herr Dr. Renner, was sagen Sie dazu, wenn es in Wien ungeniert geschehen darf, daß eine Wahlkommission einen Wahlakt abschließt, darüber ein Wahlprotokoll fertigt, der Abschluß erfolgt im Beisein beider Parteien, die Fertigung erfolgt von beiden Parteien, nach zwei Tagen aber geht der Vorsitzende dieser Wahlkommission, ohne irgend jemanden von der Wahlkommission als Zeugen mitzunehmen, in das Lokal, wo der Wahlakt aufbewahrt ist, öffnet diesen eigenhändig und eigenmächtig und findet dann, daß ein Fehler unterlaufen ist, daß 100 Stimmzettel zu viel den Christlichsozialen zugezählt worden sind. (Lebhafte Heiterkeit. — Sever: Man hat sich um 100 verschrieben!) Wenngleich es sich nur um einen Schreibfehler handeln sollte, so ist die Korrektur dieses Schreibfehlers nicht mehr dem Vorsitzenden allein überantwortet. (Lebhafte Zustimmung.) Das geht gegen den ganzen Sinn der Wahlbestimmungen. Wozu hat man denn die Vertrauensmänner der Parteien? Damit sie die Gewähr dafür bieten, daß keine einseitige Korrektur des Wahlaktes vorgenommen werden kann. Aber in diesem Falle ist es geschehen, und nun beruft man sich darauf und sagt: Es war ja ein beeideter Beamter des Magistrats dabei. (Lachen.) Ich habe kein Recht, dem beeideten Beamten des Magistrats irgendeinen Vorwurf zu machen oder ihm mit Misstrauen zu begegnen. Ich habe jedoch das Recht und die Pflicht, festzustellen, daß die Öffnung des Wahlaktes nur im Beisein der Kommissionsmitglieder hätte erfolgen dürfen. (Zwischenruf.) Da hat dann der Vorsitzende auch nichts mehr dort zu tun; wenn der Alt einmal bei der Wahlbehörde ist, hat der Vorsitzende auch nichts mehr damit zu tun. Sie kennen ja auch den Fall, den ich selber mitgeschaut habe. In einem Lokal des Wiener Magistrats, in einem versteckten Winkel — ich bin dort nicht eingedrungen, sondern ich habe zu dem leitenden Beamten gesagt: Zeigen Sie mir das! — konnte ich mich überzeugen, daß dort Wahlakten aufgerissen waren und Tausende von Stimmzetteln auf der Erde herumgeküngelt sind.

(Lebhafte Hört!-Hört!-Rufe.) Ich konnte mich davon überzeugen, daß ich ohne jede Schwierigkeit, ja sogar ohne jede Gefahr, dabei erwacht zu werden, durch Hinzulegung oder durch Begnahnme von Stimmzetteln den Wahlaft hätte durcheinanderbringen können. Ich habe den Beamten gefragt: Ja, Sie, wo gehörn denn die Stimmzetteln hin, die da herumfugeln, einzelne davon zerstreut? Darauf gab er mir zur Antwort: Herr Stadtrat, das weiß ich nicht. Wir werden jetzt alle Wahlaften sichten und wo die Stimmzettel fehlen, dortbin gehörn sie eben! (Lebhafte Heiterkeit und Rufe: Unerhört! Ruf: Wahlprotokoll!) Gewiß, entscheidend ist das Wahlprotokoll. Wenn ich aber die Richtigkeit des Wahlprotokolls überprüfen will — und das ist das Recht jeder Partei —, dann muß ich den unverehrten Wahlaft dazu haben, denn sonst ist die Prüfung auf Grund der Protokolle allein eine Farsce. Auch in diesem Falle beruft sich der Magistrat wieder darauf, daß diejenigen, denen die Manipulation mit den Wahlaften überantwortet worden ist, beeidete Beamte sind. Wieder allen Respekt vor den beeideten Beamten, aber auch alle Sorge für diese beeideten Beamten; denn, wie ich Ihnen gesagt habe, war ja der Zustand dort so, daß jeder, auch die unbeeideten Diener ohne weiteres Korrekturen an den Wahlaften hätten vornehmen können. Noch dazu ist diese Manipulation ohne Wissen des Vorsitzenden der Stadtwahlbehörde vorgenommen worden. Ich habe damals beim Herrn Bürgermeister Vorstellungen erhoben, und er hat mir erklärt, er wisse von all dem gar nichts, und er hat auch dem Magistratsdirektor gegenüber erklärt: Davon ist mir absolut nichts bekannt. Da muß ich sagen: In einem demokratischen Staat haben die Bureaucraten nicht das Recht, ohne Wissen des Vorsitzenden der Stadtwahlbehörde Altenüberprüfungen und Richtigstellungen vorzunehmen. (Austerlitz: O ja!) Nein! (Seitz: Glauben Sie, daß der Herr Seipel die Stimmzettel zählen wird?) Nein, aber als das primitivste hätte ich mir von einer geordneten Verwaltung vorgestellt, daß der Magistratsdirektor sich vom Obmann der Wahlbehörde die Erlaubnis oder den Auftrag holt, Wahlaften zu öffnen. Das hätte ich erwartet. (Lebhafte Zustimmung und Händeklatschen.)

— Zwischenrufe Austerlitz.) Den Witz mit der Beleidigung der Beamten schenken Sie sich. (Seitz: Auch der Herr Bundeskanzler gibt den Beamten nicht erst einen Auftrag, daß sie etwas Selbstverständliches machen, sondern das Bundeskanzleramt macht das Selbstverständliche ohne Auftrag! So ist es auch in Wien!) Zunächst weiß ich nur, wie es im Wiener Magistrat zugegangen ist, und kann mich nicht darauf einlassen, wie es beim Bundeskanzleramt zugegangen sein soll. (Seitz: Es ist in Wien genau so vorgegangen worden, wie es Vorschrift war!)

Über alle diese mysteriösen Dinge und über vieles andere wird noch gesprochen werden. (Seitz: Aber die Hauptwahlbehörde hat selbst unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers die Frage entschieden!) Entschuldigen Sie, die Frage konnte gar nicht anders entschieden werden, weil zum Bundeskanzleramt nur der durch das eigenmächtige Eingreifen des Magistrats, wie er sich ausdrückt, richtiggestellte Wahlaft hinübergekommen ist. (Seitz: Aber Ihre Vertrauensmänner haben doch mit Namen und Siegel und Unterschrift bestätigt, daß das richtig ist! Ich kann doch nicht mehr machen, als Sie zu fragen, welchen Vertrauensmann sie wählen, und wenn er das unterschreibt, so muß ich es doch glauben!) Wenn der Vertrauensmann unterschrieben hat, so habe ich Ihnen schon einen Fall gesagt, wo der ehemalige Gemeinderat Thonner zwei Tage nach Abschluß des Altes eigenmächtig den Wahlaft im XVIII. Bezirk geöffnet hat. (Seitz: Das ist auch nicht richtig!) Ja, das ist richtig. Dann bestimmen Sie halt in Zukunft: Die Wahlen werden von den Beamten des Wiener Magistrats durchgeführt, und hören Sie mit dem Schwindel auf, zu sagen, der Wahlaft wird demokratisch durchgeführt; dann weiß man, woran man ist. Aber von Demokratie und demokratischem Wahlapparat reden und den Wahlapparat dann durch Beamte und Bureaucraten zu ersezten, das ist kein klarer Zustand. Entscheiden Sie sich für das eine oder für das andere. (Zustimmung.)

Im Verlaufe der Verhandlungen ist auch der Herr Heeresminister zum Handküß gekommen. Er bildet angeblich die ständige Provokation der sozialdemokratischen Partei, weil er sich angeblich in seiner Stellung als Heeresminister ausschließlich nur als Parteimann fühlt. Ich würde Sie freundlichst einladen, verfassungsmäßig für die Verwaltung der Wiener Ämter, sagen wir zum Beispiel für die Verwaltung etwa der städtischen Unternehmungen, denselben Zustand zu schaffen, wie er verfassungsmäßig für die Verwaltung des Heereswesens geschaffen ist. (Sehr richtig!) Sezen Sie in jedes Amt drei Gemeinderatskommissäre mit den Rechten hinein, die die Parlamentskommissäre im Heeresministerium haben (Sehr richtig!), und dann erst reden Sie davon, daß der Minister, selbst wenn er es wollte, nur als Parteimann funktionieren kann. Dann machen Sie auch das, was durch Nationalratsbeschluß eingeführt ist! Die Aufnahme beim Heereswesen in die Wehrmacht erfolgt nämlich in der Reihe der Anmeldung; jeder, der sich meldet, bekommt eine Nummer, und keine Nummer darf vor einer anderen einberufen werden. Machen Sie das so, geben Sie jedem Stellenwerber bei der Gemeinde Wien eine Anmeldeungsnummer, und berufen Sie ihn dann in der Reihenfolge ein! Das tun Sie natürlich nicht, sondern bei Ihnen heißt es, bei der Gemeinde Wien werden nur die Leute aufgenommen, die der bestimmten

Branchengewerkschaft angehören, und die bestimmte Branchengewerkschaft gewährt die Aufnahme nur dann, wenn der Betreffende bereits längere Zeit Mitglied — aber nicht nur der gewerkschaftlichen, sondern zugleich auch der politischen Organisation ist. (Hört! — Smitka: Das ist nicht wahr, das ist eine Lüge!) Schauen Sie, Herr Smitka, wenn Sie nicht ein so alter Bekannter von mir wären, würde ich Ihnen jetzt eine Grobheit sagen. (Heiterkeit.) Aber ich lade Sie freundlichst ein, alle Kollektivverträge der Gemeinde Wien mit ihren Angestellten durchzulesen. (Dr. Bauer: Wo steht das von der politischen Organisation?) Das steht nicht drinnen, aber das ist die Praxis. Entschuldigen Sie vielmals, alles schreiben Sie nicht schwarz auf weiß nieder, für so dumm schaut Sie kein Mensch an. (Sever: Früher hat es geheißen, Sozialdemokraten und Deutschnationale werden nicht angestellt! — Pölzer: Sozi und Nazi!) Über das Kapitel habe ich ja mit Ihnen schon einmal geredet. Früher sind diese Leute unter dem Gesichtswinkel Monarchie oder Republik nicht angestellt worden, weil sie den Eid auf die Monarchie leisten mußten . . . (Pölzer: Und die Nazi?) Weil sie Alddeutschland verlangt haben, also nicht in der Lage waren, den Eid auf die Monarchie zu leisten. Jetzt frage ich Sie aber, ob Sie jemanden anstellen würden, der Ihnen sagt, er leistet den Eid auf die Republik nicht, er ist Monarchist. Werden Sie ihn anstellen? (Forstner: Solche Arbeiter gibt es nicht! Der Betreffende ist entweder christlichsozial oder närrisch!) Das ist natürlich die allereinfachste Methode. Aber ich meine, wenn der Arbeiter christlichsozial oder närrisch ist, so hat er deswegen doch nicht aufgehört, ein Arbeiter zu sein. (Schönsteiner: Der diesen Zwischenruf gemacht hat, hat nie ein Empfinden für einen Arbeiter gehabt! Närrisch oder christlichsozial, das sind die zwei Gesichtspunkte, unter denen Sie Arbeiterpolitik betreiben! — Lebhafte, anhaltende Zwischenrufe.)

Präsident Dr. Waber (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte, nicht zu unterbrechen! Das Wort hat der Herr Abg. Kunischak.

Kunischak (fortfahrend): Ich kann nur feststellen, daß die Behauptung, der Heeresminister übe sein Amt in parteimäßiger Weise aus . . . (Schönsteiner: Ein ganz ordinärer Kerk! Ein frecher, ordinärer Kerk sind Sie! — Forstner: Und Sie san a blöder Kerk! — Anhaltende Zwischenrufe und Unruhe.)

Präsident Dr. Waber (wiederholt das Glockenzeichen gebend): Das Wort hat der Abg. Kunischak!

Kunischak (fortfahrend): Ich kann nur feststellen, daß die Behauptung, der Heeresminister führe sein Amt als Parteimann, durch gar nichts bewiesen, aber durch eine Reihe von Gesetzgebungsaftken striktest widerlegt erscheint. Es war daher auch ein ganz

unberechtigter Angriff, den der Herr Abg. Glöckel hier gemacht hat, offenbar eine Verlegenheitsphras gegenüber der Aufgabe, zu dem Stellung zu nehmen, was der Bundeskanzler an positiven Tatsachen vorgetragen hat.

Ich darf bei dieser Gelegenheit wohl auch an alle Parteien des hohen Hauses die dringende Bitte richten, dem vom Herrn Minister in Aussicht gestellten Militärversorgungsgesetz wohlwollende Prüfung und raschste Verabschiedung zuteil werden zu lassen.

Gegen eines noch will ich Stellung nehmen. Der Herr Vorredner hat von einem Bürgerblock gesprochen. Ich weise diese Behauptung vom Bürgerblock ganz entschieden zurück. (Zustimmung.) Es ist kein Bürgerblock. Wenn Sie sich die Menschen anschauen, die in diesem angeblichen Bürgerblock hier als Nationalräte fungieren, und wenn Sie sich die Wählermassen ansehen, die für diesen sogenannten Bürgerblock gestimmt haben, dann werden Sie daraus allein zur Überzeugung gelangen, daß man von einem Bürgerblock nicht reden kann. Es ist daher auch ganz unzutreffend, daß dieser sogenannte Bürgerblock die Absicht habe, die Arbeiterschaft zu bekämpfen (lebhafter Beifall und Händeklatschen), die Arbeiterschaft um ihre Rechte, die Arbeiterschaft um ihre Freiheiten zu bringen. In diesem sogenannten Bürgerblock stehen Zehntausende von organisierten christlichsozialen und nationalen Arbeitern und Angestellten. (Beifall.) In diesem Bürgerblock stehen auch Zehntausende von solchen, die aus ihrem Indifferenzismus heraus die Pflicht gegenüber ihrem Stande, in die Organisation einzutreten und in derselben mitzuwirken, noch nicht erkannt haben, aber in ihrem innersten Wesen doch mit der Sozialdemokratie nicht das geringste zu tun haben. Wie wir es ablehnen, unsere Vereinigung als einen Bürgerblock bezeichnen zu lassen, so lehnen wir es ab, an die Behauptung zu glauben, daß Sozialdemokratie und Arbeiterschaft ein übereinstimmender Begriff seien. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Der Kampf — das ist die Wahrheit — richtet sich in vollem Bewußtsein und in voller Zielflarkeit gegen die sozialdemokratische Partei, nicht aber gegen die in ihr organisierten Arbeiter. (Gelächter und Zwischenrufe.) Der Kampf richtet sich gegen die sozialdemokratische Partei als die Verneinung des Staatsbegriffes, als die Verneinung des wirklichen und wahren nationalen Prinzips, als die Verneinung des christlich-deutschen Kulturideals. (Lebhafter Beifall.) In diesem Sinne sind wir eine Kampfgemeinschaft gegen die sozialdemokratische Partei. Und wenn der Herr Abg. Glöckel gemeint hat, es werde bald der Zeitpunkt kommen, wo alle politischen Kombinationsversuche versagen, ausge schöpft sind und die Sozialdemokratie unbehinderlich auf den Plan tritt, dann wünsche ich ihm hiezu nur die entsprechende Geduld und das entsprechend lange

Leben, an dessen Ende doch eine grobe Enttäuschung stehen wird. (Stürmischer, anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Dr. Wotawa: Hohes Haus! Sie werden es mir zugute halten, wenn ich mich nicht in Rekriminationen des vergangenen Wahlkampfes einlasse. Ich glaube, mit der Wahl ist das abgeschlossen, und wir haben uns der Arbeit zuwenden. Wir haben hier nicht Kritik an dem Parteikampf der Vergangenheit zu üben, das können wir in reichlichem Maße außerhalb des Hauses tun, das können wir mit Hilfe unserer Presse tun.

Ich glaube, der Appell, den der Herr Bundeskanzler heute an das Haus gerichtet hat, sollte doch wahrhaft und wirklich die Linie sein, auf der wir uns zu finden haben. Die Regierungserklärung, die heute hier abgegeben worden ist, spricht allerdings zunächst die Absicht und den Wunsch der drei in der Regierung vereinigten Parteien aus. Es ist aber in dieser Erklärung eigentlich nichts enthalten, was nicht ein jeder in diesem Hause unterschreiben könnte. Zunächst muß auch ich von dieser Stelle aus feststellen, daß wir als Großdeutsche es begrüßen, daß die Arbeitsgemeinschaft der drei Parteien, die heute in der Mehrheit vertreten sind, zustande gekommen ist. Wir freuen uns, daß zu der schon bisher bewährten Verbindung zwischen Christlichsozialen und Großdeutschen nunmehr auch die Partei des Landbundes hinzutreten ist, und wir sind der Meinung, daß gerade der Hinzutritt des Landbundes für uns Großdeutsche, weil wir ja manche gemeinsame Programmpunkte haben, ein erfreuliches Ereignis ist, das uns gewiß auch dadurch nicht getrübt wird, daß unsere Gegner, die Opposition hier im Hause, an der Tatsache herumgemäkelt haben und in Zukunft noch herummäkeln werden, daß sich die Parteien, die auf nationaler und freiheitlicher Grundlage stehen, in der Regierung gefunden haben und nunmehr in dieser Mehrheit eine engere gemeinsame Bindung haben, die uns Großdeutsche natürlich nicht hindern wird, das enge Verhältnis, das wir bisher zur christlichsozialen Partei gehabt haben, aufrechtzuerhalten und zu pflegen, zu pflegen im Sinne jenes Programms, das der Herr Bundeskanzler hier vorgetragen und das er dahin zusammengefaßt hat, daß wir zunächst Trennendes zurückzustellen haben, um uns in der gemeinsamen wirtschaftlichen Arbeit zu finden.

Deshalb will ich schon jetzt sagen: Die Herren der Opposition werden sich täuschen, wenn sie diesem Arbeitsprogramm, dessen Durchführung wir uns vorgenommen haben, dadurch Schwierigkeiten zu bereiten glauben, daß sie, um Agitationsstoff für ihre Arbeit außerhalb dieses Hauses gegen uns zu sammeln, uns hier von Zeit zu Zeit kulturfächerische Sprengbomben ins Haus legen wollen. Meine Herren und Frauen, wir weichen den Kulturforderungen

der Zeit nicht aus. Wir unterscheiden zwischen der Pflege dessen, was Gesamtinteresse unseres ganzen österreichischen Volkes auf kulturellem Gebiete ist, und dem, was uns gegenseitig aneinandertreiben kann. Ich möchte aber doch, bevor ich auf diese Dinge innerpolitischer Art zu sprechen komme, zunächst feststellen, daß, wie mir scheint, in der abgelaufenen Debatte die außenpolitischen Fragen vielleicht doch nicht in einem ganz entsprechenden Ausmaß behandelt worden sind.

Wenn man die Rede des Herrn, der hier namens der Opposition sprach, betrachtet, so hat er eigentlich vom Anschluß und vom großdeutschen Gedanken nur in einer höhnenden Weise gegenüber den zwei Parteien gesprochen, die diesen Programmfpunkt bisher in die allerwederste Linie geschoben haben. Ich muß doch sagen, daß auch er als Freund unseres österreichischen deutschen Volkes eigentlich die Pflicht und Schuldigkeit vor allem gehabt hätte, an dieser Stelle zu sagen, daß wir die Formulierung des Bundeskanzlers, die äußere Politik werde in der bisherigen Weise fortgeführt werden, zwar vom Standpunkt der Regierung ohne weiteres akzeptieren, daß wir hier aber als Volksvertreter, als großdeutsch denkende Volksvertreter — großdeutsch im weitesten Sinn des Wortes genommen — diese Fassung, die auf Grund des politisch-diplomatischen Tattes formuliert wurde, eigentlich doch noch in ganz anderem Sinne zu unterstreichen haben. Denn wenn die Regierungen Österreichs bisher noch immer gehalten sind, das, was im Innersten des österreichischen deutschen Volkes lebt, den Grundgedanken des Anschlusses an offizieller Stelle nicht auszusprechen, so haben doch wir hier unter allen Umständen zu sagen, daß für uns das erste und oberste Ziel auch unserer Wirtschaftspolitik nur die weitestgehende wirtschaftliche Annäherung sein kann, die schließlich gekrönt sein muß von dem Gedanken auch des politischen Anschlusses. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Wir freuen uns, feststellen zu können, daß auch die Regierung alles das zu fördern bereit ist, was sich an Gedanken und Aufgaben im Sinne geistiger und wirtschaftlicher Angleichung und Annäherung an das Deutsche Reich und das deutsche Volk darstellt. Aber wir müssen doch sagen, daß es nicht unmöglich ist, daß vom Boden der parlamentarischen Tribüne Österreichs aus manchen Errüttlern und manchen Auffassungen, die immer wieder auftauchen, trotzdem sie hundertmal widerlegt wurden, hier von Seiten der Volksvertretung in aller Form widersprochen werden. Es ist erst wenige Tage her, daß der rumänische Außenminister uns wieder einmal gnädigst die Lebensfähigkeit Österreichs zugesprochen hat, daß man wiederum in Genf versucht, durch eine Rede des ehemaligen Generalkommisärs Zimmerman auf Zusammenhänge wirtschaftlicher Art hinzudeuten, die in seinen Augen wünschenswert

sind, uns aber gar nicht zusagen. Wir lassen uns diese Lebensfähigkeit als einen Trost nicht vorhalten, weil wir eben an diese Lebensfähigkeit nicht glauben, auch wenn man sie uns hundertmal einreden will. Das System Coué hier anzuwenden und uns anleiten zu wollen, durch fortwährendes Vorschlagen unserer Lebensfähigkeit schließlich wirklich daran zu glauben, daß wir es sind, veragt bei der österreichischen Bevölkerung. Wir werden zunächst in den kommenden Jahren offiziell und inoffiziell von Seiten der Volksvertretung all das im weitestgehenden Maße fördern müssen, was auf dem Gebiete der geistigen und wirtschaftlichen Annäherungsarbeit überhaupt zu fördern möglich ist. Ich möchte darauf hinweisen, daß die österreichische Bevölkerung sich ja eine Reihe von Organisationen geschaffen hat, welche diese Angleichungs- und Annäherungsarbeit in ganz besonderem Maße fördern, und sie dabei zu unterstützen muß auch für die offiziellen Stellen eine ganz wesentliche Aufgabe sein.

Die Aufgabe, die der Herr Bundeskanzler dem Hause für die nächste Zeit gestellt hat, umfaßt eine ganze Reihe wirtschaftlicher Programmfpunkte, und ich werde, nachdem so ausführliche Reden gehalten worden sind, nicht auf die einzelnen Dinge, die in der Regierungserklärung enthalten sind, zurückkommen. Nur zwei Dinge wollen Sie mir zugute halten, noch einmal besonders hervorheben zu wollen. Das ist zunächst die Frage des Wahlrechtes, die gestreift wurde. Ich möchte hier ausdrücklich feststellen, daß es mit Ausnahme vielleicht engster Parteikreise die allgemeine öffentliche Meinung ist, daß unser Wahlrecht, so wie es heute vorhanden ist, nicht der öffentlichen Meinung entspricht. Die Mängel des Listenwahlrechtes sind ganz klar und deutlich, hier sie jetzt zu erörtern, ist ja nicht der Augenblick. Ich zweifle aber nicht, daß wir auch nicht zum alten System einfach wieder zurückkehren können, sondern daß wir einen Weg werden suchen müssen, bei dem auf der einen Seite die Persönlichkeit des Kandidaten mehr zur Geltung kommt, als es bei dem jetzigen Listenwahlrecht der Fall ist, und auf der anderen Seite doch das grundsätzliche Bekenntnis des Kandidaten zu einer bestimmten Richtung dabei aufrecht-bleiben muß. Ich meine, daß, wenn wir diesen Grundsatz in Zukunft werden zu verwirklichen trachten, wir die Wünsche weitester Kreise auch innerhalb der sozialdemokratischen Reihen befriedigen können, die heute auch der einfachste Mann ausspricht. Eine gewisse Abneigung gegen den Parlamentarismus, die wir in der Öffentlichkeit bemerken können, fußt ganz gewiß auf der Tatsache, daß bei der Art des heutigen Wahlrechtes eine unmittelbare Anteilnahme an der eigentlichen politischen Arbeit weitesten Kreisen der Wählerschaft außerordentlich erschwert wird. Wenn der Herr Bundeskanzler also angekündigt hat, daß er dieser Frage nähertreten wird, beziehungsweise

dem Hause nahelegt, ihr nahezutreten, werden wir es außerordentlich begrüßen und die ersten sein, die betreiben, daß die Frage in diesem Hause eifrig studiert wird.

Eine zweite Frage, die mir auf den Lippen schwiebt, die in der Regierungserklärung eigentlich nicht berührt worden ist, ist mir unter dem Eindruck der liebenswürdigen Zwischenrufe und Reden, die sich vorhin abgespielt haben, gekommen. Ich meine — Sie verzeihen mir vielleicht, daß ich es als Neuling in diesem Hause ausspreche —, daß, wer morgen in den Zeitungen die unerhörten Zwischenrufe, die da gefallen sind, lesen wird, ganz gewiß wiederum zu dem Gedanken kommt: Mit einem solchen Parlament ist nicht viel anzufangen. Täuschen Sie sich nicht, die Bevölkerung hat ein sehr scharfes Auge, und wenn Sie jeden Augenblick wieder eine derartige Bloßstellung des Parlaments vornehmen, wird die Bevölkerung — was wir nicht wollen — die Achtung vor dem Parlament langsam vollständig verlieren. (Rufe: So ist es!) Und ich meine, es ist dann auch für die Kreise, die in diesem Hause ein reines Produkt politischer Parteien sehen und sich darüber beklagen, daß in diesem Hause wirtschaftliche Interessen zu wenig vertreten werden, eine sehr naheliegende Sache, den Vorschlag zu machen, daß die wirtschaftlichen Kreise neben diesem Hause noch ihre besondere Interessenvertretung finden sollen. Unsere Partei hat auch wiederum wie in der abgelaufenen Gesetzgebungsperiode einen Antrag eingebracht, der die Schaffung einer Wirtschaftskammer vorschlägt und durch den angeregt werden soll, daß wir uns neuerdings ernstlich mit der Frage beschäftigen, wie es möglich ist, die wirtschaftlichen Kreise dieses Staates für die politisch-wirtschaftliche Arbeit dieses Hauses zu interessieren. Wir wollen dies dadurch erreichen, daß wir neben das politische Hause eine zweite, eine wirtschaftliche Kammer, stellen. Ich unterschätze gewiß nicht die Schwierigkeiten, die diesem Projekt entgegenstehen, und ich bin weit davon entfernt, zu glauben, daß wir diese Frage ohne weiteres und spielend lösen können; aber ich gebe meiner innersten Überzeugung Ausdruck, wenn ich sage: Je mehr sich dieses Hause bloßstellt, desto mehr wird es seine Kompetenz in den Augen der Bevölkerung schmälern müssen.

Sehr geehrte Herren und Frauen! Der Herr Bundeskanzler hat eine Reihe wirtschaftlicher und sozialer Gesetzesvorlagen angekündigt. Alle diese Arbeiten sind in diesem Hause sachlich zu behandeln. Wenn wir zunächst die Zolltarifvorlage ins Auge fassen, so müssen wir daran denken, daß sie den Bedürfnissen vieler und verschiedenartiger wirtschaftlicher Kreise entspricht, wir müssen uns aber auch sagen, daß diese Zollvorlage, mag sie gebilligt werden oder nicht, gewiß nur einen augenblicklichen Wunsch der Bevölkerung erfüllt, weil wir einen weiter-

gehenden größeren Wunsch im Augenblick nicht erfüllen können, ich meine den Gedanken einer Zollunion mit dem deutschen Wirtschaftsgebiet. Wir werden alle Maßnahmen, die auf diesem Gebiete vorgeschlagen werden, immer nur als Übergangsmaßnahmen und Notauswege uns abringen lassen, bis wir es ermöglicht haben, daß uns der Weg zu einem vollständigen wirtschaftlichen Zusammenschluß mit dem großen deutschen Wirtschaftsgebiet freigegeben wird. Wir haben es als Großdeutsche ganz besonders begrüßt, daß sich in der letzten Zeit gerade die wirtschaftlichen Kreise dieses Staates, die sich bis vor kurzem zum Teil ablehnend gegen den Gedanken des wirtschaftlichen Zusammenschlusses verhalten haben, in mehrfachen Kundgebungen für diesen Gedanken unbedingt ausgesprochen haben. Soviel von industrieller Seite geschah dies — ich erinnere an den Handelskamertag — wie auch von landwirtschaftlicher Seite — ich erinnere an den Beschuß des Reichsbauerntages und der Landwirtschaftskammer von Niederösterreich. Wir freuen uns, daß so schließlich und endlich der Weg auch für die allgemeine öffentliche Meinung, nicht nur in Österreich, sondern in ganz Europa, freiemacht wird, so daß eine friedliche Lösung des großen einen Problems, dem vor allem unsere Partei den Namen dankt, gesichert sein wird. Schon heute haben wir doch ganz gewaltige Fortschritte auf dem Gebiete der wirtschaftlichen und geistigen Annäherung zu verzeichnen. Sie hier jetzt aufzuzählen, dazu ist nicht der Ort und nicht die Zeit, aber ich meine, daß wir dadurch, daß wir uns auch mit kulturellen Fragen der Angleichung intensiver beschäftigen, als es in früheren Jahren der Fall war, vielleicht doch das Demoralisierende des Zustandes, in dem wir jetzt leben, mildern werden. Wir verneinen heute einen Staat, in dem wir doch leben und für den wir uns sorgen müssen. Das nationale Recht, das wir haben, das Selbstbestimmungsrecht wird sich schließlich und endlich stärker erweisen als alle völkerrechtlichen Bindungen, die vorläufig existieren.

Auch von diesem Gesichtspunkte aus begrüßen wir es, wenn in der Regierungserklärung der Strafgesetzentwurf angekündigt wird, von dem wir wissen, daß er sich in einer möglichst großen Übereinstimmung mit dem deutschen Strafgesetzentwurf befindet, der in kürzester Zeit im Deutschen Reichstag eingebracht werden wird. Wir halten die Erledigung dieses Strafgesetzentwurfes für eine wertvolle Angleichungsarbeit, die das Parlament, so schwer diese Arbeit vielleicht auch sein mag, mit aller Kraft in die Hand zu nehmen haben wird.

Wir treiben bei all diesen Bemühungen eine Politik des Optimismus, wie ich ausdrücklich hervorheben will, weil diese Feststellung sich in einen gewissen Widerspruch zu einer Äußerung des Herrn Bürgermeisters Seitz stellt, der, ich glaube am 1. Mai, uns vor-

geworfen hat, wir Mehrheitsparteien seien die Parteien des Pessimismus, wir treiben eine Politik des Pessimismus im Gegensatz zur anschlußfreundlichen Partei der Sozialdemokratie, indem wir von der Genfer Politik ausgehen, und er bezeichnete diese Genfer Politik als eine Politik des Pessimismus. Ich muß doch auch von dieser Stelle aus sagen: Die Genfer Politik, die wir Großdeutschen mit fester Überzeugung gemacht haben, ist doch nur der stärkste Ausdruck eines Optimismus, unseres festen Glaubens gewesen, daß wir unser Sechsmillionenvolk in eine sicher kommende bessere Zeit als Ganzes unzerstört hinüberretten müssen. Ich zweifle, ob die Rettungsmittel, die damals, im Jahre 1922, die Opposition vorgeschlagen hat, nicht vielleicht ihrerseits Ausdruck eines letzten und hoffnungslosen Pessimismus gewesen sind.

Hohes Haus! Wir haben schon von meinem Herrn Vorredner die Zurückweisung der Unterlegung gehört, als ob es hier in diesem Hause eine Partei der arbeitenden Schichten und eine Partei der „anderen“ — ich weiß nicht: des Bürgertums oder wie sie heißen soll — gäbe. Wir haben keinen Kampf als „Bürgerblock“ geführt, sondern wir haben den Kampf geführt gegen jene Auffassung, die sich am schärfsten in der Theorie des Klassenkampfes ausspricht, jene Auffassung, die die Bevölkerung in zwei Lager teilen will, die sich sozusagen naturgemäß bis aufs Messer zu bekämpfen haben. Wir haben dies abgelehnt, und unsere programmatische Grundlage hat dem den Gedanken der deutschen Volksgemeinschaft entgegengesetzt. Wir werden es immer ablehnen, zu behaupten, daß arbeitende und Angestellenschichten in ein Lager, in das Lager des Marxismus gehören, wir werden immer behaupten, daß es auch unter ihnen viele Tausende gibt, die der Auffassung sind, daß die marxistische Anschauung eine die Volksgemeinschaft zerstörende Anschauung ist, gegen die wir mit aller Energie den Kampf zu führen haben.

Das Wort „Bürgerblock“ ist niemals von uns gebraucht worden, das hat uns eine böswillige Opposition nachgesagt, und wenn da und dort vielleicht in der Presse dieses Wort in einer Weise gebraucht wird, die uns unsympathisch ist, so ist es durchaus nicht von unseren Parteien ausgegangen, wir meinen vielmehr, daß die reiche ständische Gliederung unseres Volkes es eben nicht gestattet, eine derartige Klassenbezeichnung einzuführen.

Die Hauptaufgabe, die auch die Regierungserklärung vorsieht, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, ist eine vom Tag dictierte, die vorläufig vielleicht nur mit Notstandmaßnahmen behoben werden kann, weil wir die Grundüberzeugung haben, daß, solange wir nicht ein großes Wirtschaftsgebiet haben, in das wir eingegliedert sind, auch diese bedauerlichste aller Wirtschafterscheinungen nicht wird vollständig behoben werden können. In unserem

armen Lande ist das Vermögen und das Kapital eine Ausnahme geworden, und wir sind deshalb der Meinung, daß die Regierung vollständig recht tut, wenn sie nach wie vor den Sozialversicherungsfragen, der sozialen Versorgung in weitestgehendem Maße entgegenkommt und Rechnung trägt. Wir erklären auch heute wieder und haben einen diesbezüglichen Antrag eingebracht, daß wir das Sozialversicherungswerk, das man so schön begonnen hat und das schon weit ausgebaut ist, erst dann vollendet finden kann, wenn auch die Altersversicherung der Selbständigen endlich in die Wege geleitet wird. (Beifall.) Heute, wo auch die sogenannten Selbständigen mit der aus eigenen Kräften zustande gebrachten Altersversorgung nicht rechnen können, wo ihr Vermögen und Kapital in der Vergangenheit zerflossen ist, muß man auch für sie Sorge tragen. Dieses Gesetzgebungswerk wird dann erst den vollständigen Abschluß der Sozialversicherung bilden, die wir als Ideal für unseren Staat uns vor Augen halten.

Ich komme nun noch zu einer Frage, die in der Regierungserklärung angekündigt ist, und das sind die beiden Schulgesetze. Ich möchte mir dazu, da in kurzer Zeit ohnedies in diesem Hause über diese Dinge geredet werden wird, zunächst nur ein paar Worte gestatten. Wir schneiden hier eine Kulturfrage an, nicht eine Kulturmampffrage, und ich bin mit dem Herrn Abg. Glöckel vollständig einer Meinung, wenn er sagte, daß wir diesen Gegenstand rein sachlich behandeln wollen. Ich glaube, daß diese Fragen bei einigem guten Willen von allen Seiten zu lösen sind, wenn sie eben sachlich gelöst werden. Es ist aber nicht nur diese Frage, sondern es gibt eine ganze Reihe von anderen Fragen, die in das Kapitel der Kulturpolitik gehören, die wir ruhig unter uns erörtern und auch in diesem Hause ruhig behandeln können, ohne daß es Gefahr läuft, in die Luft zu gehen, denn zwischen Kulturpolitik und Kulturmampfpolitik ist ein Unterschied. Ich meine, wenn wir wenigstens so weit saniert sind, daß wir nunmehr auch an Kulturpolitik denken können, so ist das ein Zustand, den wir ausnutzen müssen. Wenn wir unser Unterrichtsbudget anschauen, so können wir die erfreuliche Tatsache verzeichnen, daß es im Laufe der letzten Legislaturperiode sich in seinen Ausgaben für Kulturfragen verdreifacht hat. Freilich, 6 Millionen Schilling sind noch immer ein außerordentlich geringer Betrag, aber wir sollen bei günstiger Entwicklung der Staatseinnahmen Kulturpolitik so weit treiben, daß wir im Laufe der nächsten Legislaturperiode nicht das Dreifache, sondern das Dreizigfache des Betrages von 1923 für unsere kulturellen Bedürfnisse einstellen können. Wir werden so reichliche Arbeit finden, daß wir über Kulturmampffragen uns nicht in den Haaren zu liegen brauchen.

Zur Behandlung der Kulturfragen gehört, wie ich schon erwähnt habe, die Frage des Strafgesetzbuches, dazu gehört die Frage der Regelung des burgenländischen Schulwesens. Alle diese Fragen lassen sich nach meiner Meinung bei gegenseitigem guten Willen lösen. Es ist nach meiner Meinung eine unerlässliche Sache, daß die österreichische Schulgesetzgebung im Burgenland endlich Eingang findet, denn wir haben dort noch die ungarische Schulgesetzgebung. Es ist gar keine Frage, daß, wenn wir die Meinungen der burgenländischen Bevölkerung bei Regelung dieser Frage berücksichtigen, wir zu einer einvernehmlichen, wenn auch vielleicht nur provisorischen Lösung der Frage kommen können. Mir erscheint in diesem Falle schon mit Rücksicht auf die magyarische Gefahr im Burgenland eine österreichische Schulgesetzgebung als unumgängliche Notwendigkeit.

Ich komme, meine sehr verehrten Herren und Frauen, zum Schluß. Sicher ist auch schon der Wille der Regierung und hoffentlich auch der Wille dieses Hauses, überhaupt Schulfragen gesetzlich zu regeln, ein außerordentlicher Fortschritt. In der Verfassung klafft ja noch immer eine Lücke; noch immer ist die Frage der Schulgesetzgebung überhaupt verfassungsmäßig nicht geregelt, und wenn wir uns daran wagen, langsam eine Schulgesetzgebung zu schaffen, so ist das ein Zeichen der inneren Erstarkung unseres Staatswesens, das wir immerhin zu werten und zu begrüßen haben.

Aber im Vordergrunde steht die Wirtschaft. In den verschiedenen wirtschaftlichen Kreisen, die vor allem an jenen Arbeiten interessiert sind, die von der Regierungserklärung behandelt werden, wird hoffentlich der Gedanke zum Durchbruch gelangen, daß die Wirtschaft eine Einheit ist von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, von Konsumenten und Produzenten. Diese Entwicklung wird schließlich auch zur Folge haben, daß auch jene Lohn- und Gehaltsempfänger, die heute noch immer weit hinter der Valorisierung zurück sind, zu jenem Einkommen kommen können, das ihnen gerechterweise gebührt. Wenn die Regierungserklärung in diesem Zusammenhange auch der Kleinrentner gedenkt, so meine ich, daß wir hier in allererster Linie eine dringende Pflicht, die das letzte Haus versäumt hat, zu erfüllen haben, und wenn wir vielleicht auch hier zunächst nur etwas bieten, was als provisorisch zu betrachten ist, als ein Übergangsstadium, so wird es doch besser sein, als wenn wir überhaupt nichts bieten und infolge des gegenseitigen Parteienkampfes die Wünsche derer, die draußen stehen, gar nicht erfüllen.

Zum Schluß, meine verehrten Frauen und Herren, will ich nicht unterlassen, folgendes zu sagen: Wenn die Regierungserklärung unserer auslanddeutschen Brüder gedacht hat, so haben wir Großdeutschen

dies mit besonderer Wärme begrüßt, denn wir haben die engsten Beziehungen mit jenen deutschen Volksgenossen, die außerhalb des heutigen Österreich leben. Die wärmste Pflege dieser Beziehungen in der Gegenwart und Zukunft betrachten wir für die Deutschösterreicher als ein wertvolles Erbe des alten Staates. Wir glauben, sicher zu gehen, wenn wir aus der Versicherung, die in der Regierungserklärung enthalten ist, den Schluss ziehen, daß wir auch hier, nachdem wir die ärgste Not beim Aufbau unseres Staates überwunden haben, die Pflege der engsten kulturellen Beziehungen mit den Auslanddeutschen in verstärktem Maße aufnehmen können. Es ist so, daß wir nur kleinweise in den letzten Jahren aufgebaut haben, daß wir nur schrittweise unter der schärfsten Kritik der Opposition vorwärtsgekommen sind. Ich glaube aber, daß trotzdem der Weg, den das alte Haus mit seiner Mehrheit gegangen ist, der richtige war, nämlich Schritt für Schritt vorwärtszukommen, um schließlich und endlich doch das aufzubauen, was wir im Rahmen der stets gegebenen unzulänglichen Grenzen überhaupt aufbauen können. Ein vollkommenes, blühendes Staatswesen hier auf diesem engen österreichischen Alpenboden aufzurichten, ist uns unter den vorhandenen Verhältnissen nicht gegeben. Aber das größere Ziel zu sehen und im Sinne dieses größeren Ziels zu arbeiten, also im wahrsten Sinne des Wortes im großdeutschen Sinn zu arbeiten, das ist die Aufgabe, die wir auch dadurch zu erfüllen hoffen, daß wir eben an der neuen Mehrheit mitarbeiten und daß wir jene Regierung unterstützen, die die drei Mehrheitsparteien am heutigen Tage hier eingesetzt haben. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Während vorstehender Rede hat Präsident Miklas den Vorsitz übernommen.)

Dr. Schönbauer: Hohes Haus! Zum erstenmal haben die Abgeordneten des Landbundes heute eine Regierung gewählt, in deren Mitte ein Vertrauensmann unserer Partei sitzt. Der Entschluß, uns an der Regierungsbildung, und zwar durch Entsendung eines Vertrauensmannes, zu beteiligen und eine feste Arbeitsmehrheit mit zwei anderen Parteien zu bilden, war naturgemäß für uns nicht leicht. Die Ministersorgen haben dabei keine Rolle gespielt. Niemand von uns hat ein Verlangen, in diesem Staate Minister zu werden, und wenn nun unser Freund Hartleb in die Regierung eingetreten ist, so müssen wir ihm danken, daß er dieses mühevolle und undankbare Amt übernommen hat. (Zustimmung.) Unser Schritt war aber folgerichtig gegeben durch unser Programm, durch unsere politischen Leitgedanken. Was wir als erste und wichtigste Aufgabe der gesamten deutschen Politik erkannt haben, ist das: wir müssen möglichst viele deutsche Menschen auf deutscher Scholle ernähren können. Unter diesem Gesichtspunkte aber betrachten wir auch die Wirt-

schaftspolitik in diesem Staate, solange wir gezwungen sind, österreichische Politik zu machen, und nicht als ein Teil des gesamten deutschen Staates an der gesamtdeutschen wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben können. Auch in diesem Staate wollen wir also diesen Grundsatz zur Geltung bringen, möglichst viele Menschen auf eigener Scholle zu ernähren, und dazu glauben wir, ist eine Stärkung des agrarischen Einflusses im Staate notwendig. Diese haben wir dadurch erreicht, daß der Landbund einen Vertreter in die Regierung geschickt hat. Und wenn gar nichts anderes die Folge dieses Eintrittes wäre, als daß jetzt ein markiger deutscher Bauer mehr in der Regierung sitzt, wäre das für uns genug. (Zustimmung.) Mich hat es sehr gewundert und auch enttäuscht, daß der Sprecher der Opposition etwas verächtlich und höhnisch über diesen deutschen Bauer Hartleb gesprochen hat, und noch mehr, als ein Zwischenruf auf Seiten der Opposition gefallen ist, der beleidigend war. Auf ihn will ich nicht näher eingehen, denn der, der ihn gemacht hat, richtet sich damit selbst. Aber das eine will ich doch sagen: „Freie Bahn dem Tüchtigen“, haben wir so oftmals als Leitsatz der Opposition, der sozialdemokratischen Partei gehört. Sie als Anhänger einer wirklichen Demokratie, wie Sie sagen, müßten sich doch freuen, daß ein einfacher deutscher Bauer und nicht ein Akademiker als Vertreter des Landbundes in das Ministerium eingetreten ist. (Lebhafter Beifall.) Warum verächtlich oder gering schäbig auf ihn herabschauen? Auf den Posten, auf denen er bis jetzt im öffentlichen und im Wirtschaftsleben gestanden ist, hat er sich immer gut bewährt. (Zwischenruf Glöckel.) Es wurde der Eindruck hier erweckt, als ob die Opposition auf diesen Herrn Hartleb, weil er auf einem Ministerposten sitzt, gering schäbig herabschauen würde. Ich stelle zur Aufklärung fest, wie sind stolz darauf, daß es ein einfacher Bauer ist, der in das Ministerium als Vertreter des Landbundes eingetreten ist.

An unserem weiteren politischen Wirken wird aber dieser Eintritt in die Regierung keinerlei Veränderungen bringen. Wir sind nach wie vor der Überzeugung, daß dieser Staat auf die Dauer unmöglich in den heutigen Grenzen bestehen kann und daß wir den Anspruch haben, auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes, das von unseren Feinden während des Krieges verkündet worden ist, einverleibt zu werden in unser Mutterland, in ein einheitliches Reich. (Lebhafter Beifall.) Solange wir aber getrennt sind, werden wir auf diesem Boden immer den Grundsatz vertreten: Wirtschaftspolitik voran, Parteipolitik zurückstellen. (Zustimmung.) Und weil wir demgemäß nach wie vor mit unseren schwachen Kräften mitarbeiten wollen an dem wirtschaftlichen Aufbau unserer deutschen Heimat, nach diesem fürchterlichen, verlorenen Kriege, darum haben wir

uns entschlossen, auch in eine feste Arbeitsmehrheit einzutreten, obwohl wir uns darüber klar waren, daß, rein parteipolitisch gedacht, wir besser draußen geblieben wären. Wir sagen uns aber, wenn es zur Entscheidung kommt, dürfen nicht parteipolitische Erwägungen in den Vordergrund gestellt werden, sondern dann muß schließlich die nationale Pflicht für den Entschluß maßgebend sein. (Sehr richtig!)

Die Regierungserklärung des Herrn Bundeskanzlers hat darauf hingewiesen, daß vor allem wirtschaftliche Arbeit und wirtschaftliche Maßnahmen in der Folgezeit notwendig sein werden. In dieser Beziehung glauben wir, die Regierungserklärung noch ergänzen zu sollen und nachdrücklich darauf hinweisen zu müssen, daß wirtschaftliche Forderungen vom Landbund seit jeher im Interesse des ganzen Volkes erhoben worden sind, die wir auch an der Schwelle dieses neuen Nationalrates nicht verschweigen wollen. Wir sind der Meinung, daß das letzte allgemeine Ziel unserer Wirtschaftspolitik sein muß, viele, gute und für den Konsumenten billige Lebensmittel hier zu erzeugen. Wir wollen unsern Teil dazu beitragen, nur müssen uns die Voraussetzungen gewährt werden, um dieses Vorhaben auch in die Tat umzusetzen.

Wir sagen: viel erzeugen. Darin liegt vor allem der Wunsch nach einer Produktionssteigerung. Wir wollen diese, wir verlangen sie dringend im Interesse des ganzen deutschen Volkes in Österreich. Viele Städter denken gar nicht an die ungeheuren Gefahren, die darin liegen, daß ein so großer Teil unserer Nahrungsmittel, die in diesem Staate verbraucht, insbesondere in Wien verzehrt werden, aus dem Auslande kommt. Ist der Gedanke nicht furchtlich, daß in dem letzten Jahr über 700 Millionen Goldkronen dazu verwendet wurden, um Lebensmittel und Getränke aus dem Auslande einzuführen? Denken Sie doch, welche Gefahr es für den Staat bedeutete, wenn einmal in der Nachbarschaft ein Krieg ausbräche! Deutschösterreich wird aus eigenem Willen keinen Krieg beginnen und keinen Krieg führen. Aber wer kann die Garantie übernehmen, was sich bei den anderen Staaten in Europa entwickeln wird? Wir wissen von der ungeheuren Spannung, die jetzt zwischen Italien und Jugoslawien herrscht. Was geschähe, wenn, was Gott verhüten möge, dort einmal ein Krieg ausbricht? Die Lebensmittelimport würde nicht nur von diesen Staaten, sondern auch von den anderen Agrarstaaten in der Nachbarschaft sofort gedrosselt, wenn nicht völlig eingestellt werden. Damit würde sogleich ein Mangel an Lebensmitteln bei uns eintreten, und es würden alle die, die heute nicht für Maßregeln zur Stärkung der inländischen Erzeugung zu haben sind, wieder nach Zwangsmaßnahmen schreien und unseren Produzenten vorwerfen, daß sie zu wenig hergeben wollen; sie würden wieder

nach Requisitionen rufen. Über diese Gefahr sollen wir uns nicht hinwegtäuschen lassen durch eine anscheinend glänzende Lebensmittelversorgung aus dem Auslande. Was wir im Inland erzeugen können, das müssen wir erzeugen, dies ist unsere nationale und staatliche Pflicht, und dazu müssen die Voraussetzungen geschaffen werden.

Hieher gehört eine vernünftige Zollpolitik, die uns zugleich ein Mittel zur Erreichung guter Handelsverträge liefern soll, hieher gehört aber weiter, worauf wir noch mehr Wert legen, die Regelung der Einfuhr im Sinne des Schutzes des Absatzes unserer heimischen Produkte. Die Schweiz ist uns hier mit dem richtigen Beispiel vorangegangen. Sie hat den Grundsatz in der Wirtschaftspolitik verwirklicht: was man im Inlande haben kann, soll man im Inland nehmen, damit nicht Geld ins Ausland geht, die Wirtschaft darunter leidet und die Abhängigkeit vom Auslande immer größer wird.

Das sind die Maßnahmen, die wir im alten Nationalrat vorgeschlagen haben und die wir Ihnen ganz unverändert und in voller Schärfe, im Bewußtsein unserer Verantwortlichkeit, auch im neuen Nationalrat immer wieder vorlegen werden.

Wollen wir aber billige und gute Lebensmittel erzeugen, dann bedarf es auch erstens der direkten Förderung der Landeskultur und zweitens eines entsprechend billigen Kredites und der Berringerung der Steuer- und Gebührenlast. Unser Bestreben ist es, viele, gute und für den Konsumenten billige Lebensmittel auf der heimischen Scholle zu erzeugen. Da müssen uns aber auch die anderen Parteien, muß uns die Regierung mit dem entsprechenden Verständnis entgegenkommen. Wenn es uns zum Beispiel gelingt, eine Kreditorganisation aufzubauen, die direkten Kredit von der Nationalbank zum normalen Wechselzinsfuß der Nationalbank erhält, dann ist ein großer Schritt nach vorwärts getan. Heute — das muß ich auch an dieser Stelle wieder betonen —, ist es leider Gottes so, daß wir von der Nationalbank direkt nicht einen Groschen Kredit für die Landwirtschaft erhalten, sondern daß alles an die großen Banken geht, daß es unsere Raiffeisenkassen erst aus der dritten und vierten Hand nehmen müssen, infolgedessen das Geld teurer in der Hand haben und daher auch gezwungen sind, den Kredit an die bäuerlichen genossenschaftlichen Mitglieder teurer abzugeben. Hier muß Wandel geschaffen werden, und hier ist ein Wandel möglich, indem im Einvernehmen und mit Unterstützung der Regierung und des Parlaments Spitzenorganisationen, einheitliche Kreditverbände insbesondere der Genossenschaften der Landwirtschaft und des Gewerbes gebildet werden und ihnen jene Kredite, die heute nur den Großbanken zukommen, von der Nationalbank direkt zugeführt werden. (Zustimmung.) Nach diesen Grundsätzen, die wir seit jeher vertreten

haben, wollen wir unsere Arbeit auch im neuen Nationalrat einrichten. Dass eines unserer Mitglieder in der Regierung sitzt, wird uns nicht hindern, unsere Überzeugung in jeder Beziehung weiterzustreten. Und wenn der Sprecher der Opposition erklärt hat, dass nicht nur die Großdeutschen, sondern auch wir von Freiheitlichkeit und Freiheit vor unseren Wählern getrieben haben und dass uns nun die Opposition auf die Probe stellen werde, ob dieser Freiheit auch hält, dann sage ich, dass Herr Präsident Glöckel sich in dieser Beziehung getäuscht hat. Niemals haben wir erklärt, dass wir den Freiheit vertreten. Wir haben vielmehr immer — und ich selbst war zu wiederholten Malen Sprecher meiner Gruppe — erklärt, wir sind durchaus konservativ eingestellt, aber wir sind auch nicht gegen den kulturellen Fortschritt, soweit wir ihn zur Entwicklung der Geistesgaben unseres deutschen Volkes für nötig halten. Wir sind keine klerikale Partei, wir sind aber auch keine freisinnige Partei, wir sind und bleiben staatspolitisch und kulturpolitisch eine Partei der Mitte, die sich durch keine politische Konstellation aus dieser Stellung bringen lassen wird.

Und so ist für uns auch nach unserem Eintritt in die Regierung auch jene Frage leicht zu entscheiden, die Herr Präsident Glöckel angefochten hat, die Frage der Burgenlandsschule. Wir stehen naturgemäß auch weiterhin auf dem Standpunkt — und haben den Partnern unserer Arbeitsgemeinschaft ehrlich und aufrichtig gesagt, was wir nach wie vor verlangen —, dass in dem österreichischen Bundeslande, das Burgenland heißt, österreichische Schulgesetze und nur österreichische Schulgesetze gelten, dass wir die Zustände, die heute dort herrschen, für unwürdig eines Rechts- und Kulturstaates halten und dass hier Wandel geschaffen werden muss.

Ich muss Sie dabei aber auch an meine Ausführungen am 22. Dezember v. J. erinnern. Ich habe damals mit voller Klarheit und Deutlichkeit hervorgehoben, den Landbündlern wird es niemals einfallen, die konfessionelle Schule den Leuten wider ihren Willen zu nehmen, sondern wir stehen auf dem Standpunkt, das österreichische Schulgesetz ermöglicht auch den Weiterbestand von konfessionellen Schulen, seien es katholische oder evangelische.

Das ist der Standpunkt, den ich am 22. Dezember hier vertreten habe, und genau denselben vertrete ich heute. Mit welchen Mitteln wir trachten, möglichst rasch die österreichische Schulgesetzgebung im Burgenland zu verwirklichen, das müssen Sie unsere Sorge sein lassen. (Zustimmung und Zwischenrufe.) Aber an unserer Überzeugung lassen wir nicht rütteln. Wir haben es offen und ehrlich unseren Partnern erklärt, weil wir der Meinung sind, nur wenn man mit offenen Karten spielt, gibt es eine ehrliche Arbeitsgemeinschaft. Wir wollen von den Forderungen, die wir für notwendig halten, nicht

irgend etwas nachlassen, um vielleicht einen größeren Einfluss in der Regierung zu haben. Über allen momentanen Erwägungen steht für uns eben die Pflicht, das zu bekennen, was wir für wahr und richtig halten. Wir sagen deshalb, wir werden solche Fragen, die uns trennen, nicht in gehässiger Weise anschneiden, werden aber natürlich trachten, das so schnell als möglich durchzuführen, was wir eben für die kulturelle Entwicklung unseres Volkes für nötig halten. Gerade dadurch ist — wie gesagt — auch die Grundlage für eine ehrliche und aufrichtige Arbeitsgemeinschaft gegeben, dass man sich nicht über seinen Willen gegenseitig hinwegtäuscht.

Für uns wird also der Grundsatz maßgebend sein, den wir seit jeher und besonders vor dem Volke immer vertreten haben: Parteipolitik zurück, Wirtschaftspolitik um Gottes willen voran! Wirtschaftspolitik deswegen — und das erfüllt uns mit so großer Befriedigung —, weil es die einzige nationale Politik ist, die sich dieser deutsche Östmarkstamm überhaupt leisten kann. (Lebhafter Beifall.) Wir alle glauben und hoffen, dass in nicht zu ferner Zeit der Tag kommen wird, an dem auch die übrigen Staaten und Staatsmänner in Europa und über dem Wasser einsehen, dass es barbarisch wäre, das deutsche Volk zu zwingen, in zwei Staaten zu leben, wobei der eine Stamm abgeschnürt wird, nicht nur kulturell, sondern vor allem wirtschaftlich, und langsam verkümmern muss. Die Grenzen müssen fallen, darüber ist für uns kein Zweifel. Und wenn wir heute Regierungspartei geworden sind, so möchte ich das doppelt und dreifach unterstreichen: Wir werden stets dafür eintreten, dass alle Verträge, die unser Staat mit irgendeinem anderen Staat oder mit einem Staatenverbande abgeschlossen hat, ehrlich und loyal erfüllt werden. Wir werden uns aber nie das Recht verkümmern lassen, das die Entente so oftmals verkündet hat: das Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes. (Lebhafter Beifall.) Und auf Grund dieses Selbstbestimmungsrechtes unseres Volkes sagen wir: Die deutsche Scholle, auf der unsere Vorfahren schon gelebt haben, wollen wir deutsch erhalten, wir wollen aus ihr herausholen an Nahrungsmitteln für unser Volk, was nur möglich ist, wir hoffen aber auf den Tag, wo der Ruf nicht nur ein Sehnsuchtsruf, sondern Erfüllung sein wird, wo wir sagen können: Heim ins Reich! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Glöckel: Hohes Haus! Ich habe mich zum Worte gemeldet, um eine kurze tatsächliche Berichtigung vorzubringen. Nach dem stenographischen Protokoll hat der Herr Abg. Kunisch über das Mackturnen hier folgendes gesagt (liest): „Aber ganz aus dem Finger gesogen ist es ja nicht. Wir haben ja so etwas schon einmal gehabt. Der Fall hat die Öffentlichkeit und auch den Wiener Stadt-

schulrat beschäftigt. Es hat den Fall gegeben, wo eine Turnlehrerin sich selbst nackt ausgezogen und von den Kindern auch verlangt hat, das gleiche zu tun. Diesen Fall hat es gegeben, ich bin aber weit entfernt davon, aus diesem Falle auf einen gegebenen Zustand schließen zu wollen. Es ist das eine exzentrische Handlung einer vielleicht exzentrisch veranlagten Lehrerin gewesen und, soweit ich den Fall in Erinnerung habe, ist er bereinigt worden."

Darauf habe ich nun folgendes zu erwidern: Der Herr Abg. Kunischak erklärt, er habe das Flugblatt, in dem vom Nackturnen die Sprache ist, nicht gesehen. Es ist ein unglücklicher Zufall, daß Herr Kunischak gerade seine Flugblätter nicht sieht. Ich muß noch einmal vorlesen, was in dem Flugblatt drinnen steht (*liest*): „Man erfuhr, daß an den Wiener Schulen sozialdemokratische Turnlehrerinnen ihre Turnstunden so erteilen, daß sie sich splitternackt ausziehen und von den Kindern das gleiche verlangen. Das ist die sittliche Erziehung in den roten Parteischulen!“ Das steht in dem Flugblatt. Nun, meine Herren, dieser Fall ist wirklich aus den Fingern gesogen. Tatsächlich hat sich die Öffentlichkeit mit einem solchen Fall beschäftigt, und zwar ist die Öffentlichkeit mit ihm dadurch belästigt worden, daß der berüchtigte, reklamfütige Herr Dr. Hans Gürtler in einer Wiener Gerichtsverhandlung diesen Fall zum erstenmal in die Öffentlichkeit gebracht hat. Und zwar hat der Herr Dr. Hans Gürtler in gewissenloser Weise . . .

Präsident (unterbrechend): Herr Abgeordneter, es geht doch nicht an, einen Abwesenden zu beleidigen. (*Lebhafte Zwischenrufe*.)

Glöckel: Ich bin gewohnt, meine Worte zu begründen, und wenn der Herr Präsident . . .

Präsident: Der Herr Dr. Gürtler kann sich nicht verteidigen.

Glöckel: Ja, Herr Dr. Gürtler kann sich hier nicht verteidigen, das ist wahr, aber wenn ich den Herrn Dr. Hans Gürtler gewissenlos nenne, sage ich das nicht leichtfertig, sondern ich werde beweisen, daß dieses Urteil volle Berechtigung hat.

Was ist nun die Tatsache? Tatsache ist, daß der Stadtschulrat sich mit dieser Frage nie beschäftigt hat. Der Herr Abg. Kunischak hat also unrecht. Das wirkliche Vorkommen hat sich in folgender Weise abgespielt: Das Turnwesen in Österreich ist durch eine wirklich dankeswerte Leistung zweier Personen vorbildlich umgestaltet worden, das ist der Herr Ministerialrat Dr. Gaulhofer und Frau Dr. Margarete Streicher. Das sind zwei Personen, die nicht unserer Partei, sondern der Mitte angehören und die im Inlande und Auslande allgemein anerkannt werden, die wirklich unser österreichisches Turnwesen in vorbildlicher Weise umzugestalten vermochten. Diese Frau Dr. Streicher — ich nenne hier öffentlich ihren Namen, weil er das erstmal in der Ge-

richtsverhandlung genannt wurde und weil ich diese Gelegenheit wirklich dankbar begrüße, um dieses furchtbare Unrecht, das da geschehen ist, von öffentlicher Tribüne aus wieder gutzumachen —, eine ernste und hervorragende Frau, hielt in einem Fortbildungskurs für Lehrerinnen — also nicht für Kinder, wie der Herr Kunischak hier gesagt hat — eine Unterrichtsstunde ab und nach Schluß derselben hat sie die Damen, da sie echauffiert waren, eingeladen, in den Duschbadanlagen, die an den Turnsaal angebaut waren, ein Duschbad zu nehmen. Selbstverständlich kann man ein Duschbad nicht in einem Winterrock nehmen. Sie mußten sich deshalb auskleiden. Das ist die Tatsache.

Und nun wollen Sie beurteilen, erstens, daß der Turnkurs, daß die Frau Dr. Margarete Streicher gar nicht dem Stadtschulrat, sondern dem Unterrichtsministerium unmittelbar untersteht. Würde also etwas vorgekommen sein, so trifft das nicht den Stadtschulrat, sondern das Unterrichtsministerium.

Und jetzt beurteilen Sie, ob es nicht von Herrn Dr. Hans Gürtler gewissenlos war, die Ehre einer hochstehenden Frau einfach in den Schmutz zu ziehen. (*Lebhafte Zustimmung und Händeklatschen*.) Ich nehme die Mahnung des Herrn Präsidenten, Abwesende, die sich nicht verteidigen können, nicht anzugreifen, gerne zur Kenntnis; aber die Frau Dr. Streicher war im Gerichtsaal abwesend, und sie hat bis hente keine Gelegenheit gehabt, sich zu verteidigen. Das habe ich gerne in diesem Moment übernommen. (*Neuerlicher Beifall und Händeklatschen*.)

Beurteilen Sie, wie man aus diesem völlig harmlosen Vorfall eine Waffe gegen uns zu schmieden versucht, beurteilen Sie, wie — sagen wir es jetzt höflich — mit leichtem Herzen Herr Kunischak eine Verteidigung durchzuführen sucht, die wahrhaftig auf sehr schwachen Füßen ruht. (*Beifall und Händeklatschen*.)

Da die Rednerliste erschöpft ist, ist die Debatte über die Regierungserklärung abgeschlossen.

Nächster Punkt der T. O.: Wahl der Geschäfts- ausschüsse.

Gewählt werden:

in den Finanz- und Budgetausschuß:

Mitglieder: Bauer Otto, Buchinger, Danneberg, Eisenhut, Ellerbogen, Hödermayer, Geisler, Gürler Alfred, Hampel, Heiml, Kollmann, Lagger, Leuthner, Odehnal, Partik, Pirchegger, Probst, Renner, Schiegl, Sever, Skaret, Steiner, Straffner, Tauschitz, Wolfer, Witternigg;

Ersatzmänner: Allina, Heizinger, Deutsch, Streeruwitz, Eisler, Kern, Heuberger, Paulitsch, Klimann, Terzabel, Geyer, Ederich, Fremdlich, Binder, Heigl, Weidenhoffer, Janicki, Pölzer, Seitz,

Stika, Tomischik, Haueis, Waber, Pistor, Wiesmayer, Zelenka;

in den Justizausschuß:

Mitglieder: Aigner, Austerlitz, Cleßin, Eisl, Falle, Födermayr, Forstner, Heinl, Hözl, Odehnal, Panner, Pichler, Popp, Proft, Raab, Ramek, Rauhofer, Rieger, Rintelen, Schönauer, Seidel Amalie, Schuschnigg, Waber, Waiz, Volkert, Witternigg;

Ersatzmänner: Hofer, Bauer Otto, Wagner, Baumgärtel, Danneberg, Markchläger, Pölzer, Heigl, Horvatek, Volkert, Streeruwitz, Ertl, Leuthner, Renner, Manhalter, Gürler Johann, Mayerhofer, Schiegl, Luttenberger, Pistor, Seitz, Kneifl, Barboch, Bureich, Sever, Tisch;

in den Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft:

Mitglieder: Bichl, Binder, Brachmann, Buchinger, Duda, Eishen, Fahrner, Födermayr, Geisler, Gritschacher, Hammerstorfer, Hareter, Haueis, Hermann, Hollersbacher, Klug, Manhalter, Müller, Plasser, Pölzer, Proft, Schneeberger, Schneidmädl, Tensl, Wiesmayer, Barboch;

Ersatzmänner: Tauschitz, Gangl, Ebner, Rintelen, Eisl, Dersch, Straßner, Burgstaller, Heuberger, Klezmayr, Falle, Lagger, Steiner, Lasser, Luttenberger, Pirchegger, Geyer, Moßhammer, Scheibein, Strunz, Witternigg, Witzany, Zelenka, Birbaumer, Duscher, Wagner.

in den Ausschuß für soziale Verwaltung:

Mitglieder: Birbaumer, Boschet, Domes, Drexel, Eldersch, Ertl, Forstner, Gierslinger, Graier, Heizinger, Hieber, Ferzabek, Klezmayr, Kolb, Lestkowar, Mayerhofer, Meischner, Pichl, Richter, Schlesinger, Spalowsky, Smitka, Strießnigg, Wagner, Weidenhoffer Zwanzger;

Ersatzmänner: Raab, Allina, Bauer Otto, Odehnal, Baumgärtel, Duscher, Hözl, Födermayr, Fahrner, Streeruwitz, Janecek, Heigl, Markchläger, Schuschnigg, Gangl, Waiz, Meißner, Popp, Seidel Amalie, Seidel Richard, Partik, Schneeberger, Pistor, Klömann, Rintelen, Witzany;

in den Verfassungsausschuß:

Mitglieder: Aigner, Austerlitz, Cleßin, Dersch, Ebner, Eisl, Ellenbogen, Gabriel, Gangl, Graier, Gürler Alfred, Hofer, Horvatek, Janicki, Kneifl, Kunzschaf, Lasser, Mayerhofer, Pichler, Pölzer, Ramek, Rieger, Rösch, Schönsteiner, Waiz, Zangl;

Ersatzmänner: Bauer Franz, Bauer Otto, Waber, Geyer, Danneberg, Hözl, Leuthner, Pichl, Drexel, Botawa, Pirchegger, Baumer, Popp, Renner, Schuschnigg, Gürler Johann, Seitz, Dölfel, Odehnal, Sever, Paulitsch, Volkert, Witternigg, Kolb, Heizinger, Schönauer;

in den Zollausschuß:

Mitglieder: Bauer Otto, Buchinger, Dewathy, Domes, Eldersch, Födermayr, Freindlich, Geisler,

Geyer, Gierslinger, Gürler Alfred, Haueis, Heinl, Janecek, Klömann, Klimberger, Müller, Partik, Pistor, Schiegl, Schneeberger, Sever, Spalowsky, Streeruwitz, Strunz, Barboch;

Ersatzmänner: Ebner, Mayerhofer, Rintelen, Forstner, Hareter, Kern, Lagger, Steiner, Eishen, Burgstaller, Weidenhoffer, Kneifl, Volkert, Pölzer, Straßner, Proft, Sailer, Odehnal, Tauschitz, Scheibein, Schlesinger, Stika, Paulitsch, Heizinger, Witternigg, Wagner;

in den Rechnungshofausschuß:

Mitglieder: Bauer Otto, Buchinger, Cleßin, Danneberg, Eishen, Ellenbogen, Födermayr, Gürler Alfred, Heinl, Klömann, Lagger, Leuthner, Odehnal, Partik, Proft, Renner, Schiegl, Schönauer, Sever, Skaret, Steiner, Volkert, Waber, Weidenhoffer, Witternigg, Zaner;

Ersatzmänner: Allina, Heizinger, Hampel, Deutsch, Streeruwitz, Eisl, Kern, Luttenberger, Ferzabek, Geyer, Eldersch, Freindlich, Gierslinger, Heigl, Janecek, Pölzer, Seitz, Tauschitz, Stika, Tomischik, Kneifl, Binder, Klömann, Paulitsch, Zelenka, Wiesmayer;

in den Ausschuß für Erziehung und Unterricht:

Mitglieder: Drexel, Glöckel, Hofer, Horvatek, Kolb, Kunzschaf, Leuthner, Markchläger, Dölfel, Rintelen, Stika, Tisch, Volkert, Weißer, Witzany, Wollek, Botawa, Zangl;

Ersatzmänner: Paulitsch, Brachmann, Gierslinger, Falle, Schuschnigg, Volkert, Lagger, Aigner, Ferzabek, Pichler, Popp, Scheibein, Seidel Amalie, Seitz, Witternigg, Gangl, Barboch, Ammann;

in den Ausschuß für Handel:

Mitglieder: Bauer Alois, Brinnich, Eldersch, Ellenbogen, Fahrner, Freindlich, Gürler Johann, Hartmann, Heinl, Heuberger, Hohenberg, Klimberger, Meißner, Partik, Pistor, Streeruwitz, Unterberger, Weidenhoffer;

Ersatzmänner: Domes, Raab, Forstner, Gabriel, Klömann, Hermann, Baumer, Janecek, Heigl, Steiner, Pichl, Scheibein, Zwanzger, Volkert, Dewathy, Bauer Franz, Gritschacher, Hollersbacher;

in den Ausschuß für Heereswesen:

Mitglieder: Baumgärtel, Binder, Burgstaller, Deutsch, Dewathy, Duscher, Falle, Heigl, Ferzabek, Klömann, Lasser, Luttenberger, Schuschnigg, Sever, Skaret, Strunz, Waiz, Witternigg;

Ersatzmänner: Bauer Alois, Bauer Franz, Birbaumer, Brachmann, Zangl, Klezmayr, Janecek, Aigner, Ertl, Wagner, Lagger, Pirchegger, Haueis, Leuthner, Pölzer, Schlesinger, Heizinger, Witzany;

in den Ausschuß für Verkehrswesen:

Mitglieder: Bichl, Ertl, Forstner, Graier, Gürler Johann, Haueis, Heizinger, Heuberger,

Hollersbacher; Kollmann, Moßhammer, Odehnal, Sailer, Scheibein, Seidel Richard, Tomschit, Weiser, Zelenka;

Ersatzmänner: Tauschitz, Brinnich, Abram, Straffner, Zanner, Steiner, Geyer, Paulitsch, Rintelen, Parrer, Ellenbogen, Binder, Hözl, Janicki, Klimberger, Rösch, Stika, Tisch;

in den Unvereinbarkeitsausschuß:

Mitglieder: Aigner, Cleffin, Danneberg, Dewath, Drexel, Ederich, Gürtler Alfred, Odehnal, Seitz, Sever;

Ersatzmänner: Födermayr, Waber, Leuthner, Ammann, Kneifl, Eisler, Leskovar, Waiß, Ellenbogen, Schieg.

Ammann und Frau Popp erhalten einen vierwöchigen Urlaub.

Eingelangt sind Regierungsvorlagen, betr.: Regelung des Mittelschulwesens (Mittelschulgesetz) (B. 1); Bürgerschulnovelle (B. 2); Errichtung eines Bundesministeriums für Justiz (B. 3); Ergänzung des Bundesgesetzes vom 30. Juli 1925 über den Erwerb und den Verlust der Landes- und Bundesbürgerschaft (B. 4); Soldatenversorgungsgesetz (B. 5); Protokoll über die Schiedsklauseln (B. 6); Änderungen der Notariatsordnung (B. 7); Behandlung junger Rechtsbrecher (Jugendgerichtsgesetz) (B. 8); Erweiterte Wormundschaft (B. 9); Dritte Zolltarifnovelle (B. 10); Übereinkommen zwischen Österreich und Italien zur Beendigung der reistlichen, zwischen dem österreichischen und dem italienischen Prüfungs- und Ausgleichsamt anhängigen Forderungen (B. 11); Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Republik über die steuerliche Behandlungen von Eisenbahn- und Schiffahrtsunternehmungen (B. 12); Bericht über die Vorschläge der I. Internationalen Arbeitskonferenz in Washington vom Jahre 1919 (B. 13); Bericht über den Entwurf eines von der I. Internationalen Arbeitskonferenz angenommenen Übereinkommens über die Beschäftigung der Frauen vor und nach der Niederkunft (B. 14); Bericht über den Entwurf eines von der I. Internationalen Arbeitskonferenz angenommenen Übereinkommens über das Mindestalter für die Zulassung von Kindern zur gewerblichen Arbeit (B. 15); Bericht über die Beschlüsse der II. Internationalen Arbeitskonferenz in Genua

vom Jahre 1920 (B. 16); Bericht über die Vorschläge der III. Internationalen Arbeitskonferenz in Genf vom Jahre 1921 (B. 17); Bericht über den Entwurf eines von der III. Internationalen Arbeitskonferenz angenommenen Übereinkommens über die Arbeitsunfallentschädigung in der Landwirtschaft (B. 18); Bericht über den Vorschlag der VI. Internationalen Arbeitskonferenz in Genf vom Jahre 1924 über die Ausnutzung der Freizeit der Arbeiter (B. 19); Bericht über den von der VII. Internationalen Arbeitskonferenz in Genf im Jahre 1925 angenommenen Entwurf eines Übereinkommens über die Entschädigung aus Anlaß von Betriebsunfällen, den Vorschlag über die Mindestsätze der Entschädigung aus Anlaß von Betriebsunfällen und den Vorschlag über die Rechtsprechung in Streitigkeiten bei Entschädigung aus Anlaß von Betriebsunfällen (B. 20); Bericht über den von der VII. Internationalen Arbeitskonferenz in Genf im Jahre 1925 angenommenen Entwurf eines Übereinkommens und den Vorschlag über die Gleichbehandlung einheimischer und ausländischer Arbeitnehmer bei Entschädigung aus Anlaß von Betriebsunfällen (B. 21); Bericht über den von der VII. Internationalen Arbeitskonferenz angenommenen Entwurf eines Übereinkommens und den Vorschlag über die Entschädigung aus Anlaß von Berufskrankheiten (B. 22); Förderung des Luftverkehrs (B. 23); Tiroler Landeschulratsgesetz (B. 24); III. Schulgesetznovelle für Tirol (B. 25); Beitritt Österreichs zum Völkerbund (B. 26) und Abänderung der Völkerbundssatzung (B. 27).

Das Bundeskanzleramt teilt im Sinne des § 6, Absatz 4, des Bundesverfassungsgesetzes vom 25. Jänner 1921, B. G. Bl. Nr. 85, die in der Zeit vom 1. März bis 30. April 1927 erlassenen Verordnungen zur Herstellung der Rechtsangleichung im Burgenlande mit. Diese Verordnungen werden den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

Nächste Sitzung: Dienstag, den 24. Mai 1927, 3 Uhr nachm., T. O.:

1. Erste Lesung der Dritten Zolltarifnovelle (B. 10).
2. Erste Lesung der Regierungsvorlage, betr. das Mittelschulgesetz (B. 1) u. betr. die Bürgerschulnovelle (B. 2).

Schluß der Sitzung: 6 Uhr 20 Min. abends.